



Kurdenprozess in der Türkei

Trotz aller Proteste – Anwälte der Minderheit werden weiter verfolgt. **Seite 8**

Foto: AFP/Adem Altan

Brutale Neonazis

Im Jahr 2013 schlugen Rechtsextreme in Berlin 57 Menschen zusammen. **Seite 11**

Adèles Liebe

Im Kino: Cannes-Sieger »Blau ist eine warme Farbe«. **Seite 15**

Foto: Alameda Film



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 19. Dezember 2013

68. Jahrgang/Nr. 295 Berlinausgabe 1,60 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Keine Hoffnung aus Brüssel

Simon Poelchau über EEG-Umlage und Rabatte für die Industrie

Ist es gut oder schlecht, dass die EU-Kommission am Mittwoch gegen Deutschland ein Beihilfeverfahren wegen der Industrierabatte bei der Ökostromumlage eingeleitet hat? Daran können sich die Geister jetzt scheiden.

Zumindest kritisierten Klima- und Verbraucherschützer zu Recht immer wieder diese Subventionen. Denn die Befreiungen von der EEG-Umlage für große Unternehmen treiben die Strompreise für kleine Verbraucher in die Höhe und schaden der Umwelt, weil damit der Industrie der Anreiz genommen wird, Energie zu sparen. Auch kann sich die Branche der Erneuerbaren über die Entscheidung aus Brüssel freuen. Schließlich wird die jetzige Förderung von Ökostrom nicht angetastet.

Doch eben das hätte die Kommission leicht machen können: So argumentiert sie, dass die Rabatte staatliche Beihilfen sind. Auch die EEG-Umlage könnte man als Eingriff in den Markt verstehen, denn mit ihr wird sichergestellt, dass die Betreiber von Ökostromanlagen einen festen Preis für ihr Produkt bekommen. Das dient zwar einem guten Zweck, nämlich der Förderung Erneuerbarer Energien, doch ist es nicht unbedingt vereinbar mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Wettbewerbskommission. Die setzt, wie es ihr Name schon andeutet, meist auf freien Wettbewerb.

Und so verkündete Brüssel auch, Leitlinien für eine »marktfreundliche« Förderung Erneuerbarer beschließen zu wollen. Hoffnung macht das nicht.

UNTEN LINKS

Oberhof sucht verzweifelt Schnee. Ohne den keine Tour de Ski, kein Biathlon-Weltcup und kein Oberhof im Fernsehen. Und die Touristen fahren nach Jerusalem, wo der Garten Gethsemane unter den Kristallen glitzert, oder nach Kiew, wo sie den vielen Schnee in Säcken auf die Barrikaden schmeißen. So sieht es aus. Wahrscheinlich ist daran auch diese Pechchristine aus der Thüringer Staatskanzlei schuld, die einfach nicht an die Goldmarie übergeben will, ehe sie nicht den ganzen Notgroschen an irgendwelche Regierungsfreunde für Ruhstandsgelächter, doppelte Bezüge oder Arztrechnungen verballert hat. Anstatt mal ein bisschen Schnee davon einzukaufen oder einfach die Betten etwas fleißiger auszusütteln, damit es im Land schneit. In Zukunft wollen die Oberhofer übrigens jede einzelne Flocke in riesigen Kühlschränken aufbewahren. Schnee von gestern rauszuholen ist immer noch besser, als an die Erfüllung eines Märchens zu glauben. *ott*



Foto: imago/McPHOTO

Berlin. Um die Rote Flora im Hamburger Schanzenviertel gibt es seit Jahren Streit. Seit beinahe einem Vierteljahrhundert ist das linksalternative Kulturzentrum besetzt, hat Bürgermeister kommen und gehen sehen, hat gesehen, wie die Schanze von einem alternativen Viertel zum teuren Yuppiekiez mutierte. Nun soll mit der Flora Schluss sein. Der Eigentümer Klausmartin Kretschmer, der das ehemalige Variété im Jahr 2001 vom Hamburger Senat kaufte, setzte den Besetzern ein Ultimatum. Wenn sie bis zum Freitag sein Eigentum nicht verlassen, will er mit Hilfe der Polizei räumen lassen, teilte Kretschmer mit.

Damit provoziert er einen Konflikt, der seit Jahren eigentlich keiner mehr war – und nervt

selbst Lokalpolitiker. Nach ergebnislosen beziehungsweise versuchten Vertragsverhandlungen in den Jahren 1989, 1992 und 2000 hatte der Hamburger Senat das besetzte Gebäude an den Immobilienhändler Kretschmer verkauft – mit der Auflage, dass es nur mit der Zustimmung des Senats weiterverkauft werden darf.

Der aktuelle Konflikt entzündete sich an den Ankündigungen des Eigentümers und seines Mieters Gerd Baer von der Firma Baer und Baer Consulting, ein sechsstöckiges kommerzielles Kulturzentrum bauen zu wollen, wo jetzt die Flora steht. Kurz nach Bekanntgabe der Pläne beschloss die Bezirksversammlung Altona im Oktober, das Gebäude dürfe weder

umgebaut noch abgerissen werden und solle als Kulturzentrum erhalten bleiben. Kretschmer und Baer warfen daraufhin den Floristen vor, neun Millionen Euro aus dem Konzertbetrieb eingenommen zu haben, versuchten ein Solidaritätskonzert zu unterbinden und stellten das Räumungsultimatum.

Die Floristen rufen für den kommenden Samstag zur Demo »Flora bleibt unverträglich!« auf. Die Polizei rechnet mit bis zu 6000 TeilnehmerInnen und schürt die Angst vor Gewalt und brennenden Mülltonnen. Die Demo, die sich um den Erhalt der Flora und die Zukunft der einsturzgefährdeten Esso-Häuser an der Reeperbahn dreht, beginnt um 14 Uhr – selbstverständlich in der Schanze. *jme Seite 3*

EU prüft deutsche Industrierabatte

Wettbewerbskommission leitet Beihilfeverfahren wegen Ausnahmen von der Ökostromumlage ein

Dass viele Unternehmen keine EEG-Umlage zahlen müssen, macht den Strom für Haushalte teurer. Brüssel nimmt die Rabatte nun unter die Lupe.

Von Simon Poelchau

EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia gratulierte Bundeskanzlerin Angela Merkel noch zu ihrer Wiederwahl. Viel weiter ging die Zuneigung des Spaniers zur alten und neuen Regierungschefin nicht: Der Wettbewerbschützer eröffnete am Mittwoch gegen Deutschland ein Beihilfeverfahren. Gegenstand der Untersuchung sind die Befreiungen energieintensiver Unternehmen von der sogenannten EEG-Umlage.

Noch am Vormittag hatte Merkel diese Industrierabatte verteidigt. »Wir brauchen wettbewerbsfähige Unternehmen«, sagte sie in ihrer Regierungserklärung im Bundestag. Zwar werde die Koalition »eng mit der Kom-

mission zusammenarbeiten«, aber auch »deutlich machen, dass Europa nicht dadurch stärker wird, dass auch in Deutschland noch Arbeitsplätze gefährdet werden«, so Merkel.

Nichtsdestotrotz befand Brüssel nun, dass einigen Firmen durch diese Rabatte ein »selektiver Vorteil« gewährt werde, der den »Wettbewerb im EU-Binnenmarkt wahrscheinlich verfälscht«. Dabei richtet sich das Verfahren nicht gegen das ganze Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit dem der Ausbau von Ökostrom finanziert werden soll: »Gut konzipierte staatliche Fördermaßnahmen können maßgeblich zur Verwirklichung der Energie- und Klimaschutzziele der EU für 2020 beitragen«, erklärte Almunia.

Was den Brüsseler Diplomaten missfällt, ist die Version des EEG aus dem Jahr 2012. Damals hatte Schwarz-Gelb die Möglichkeiten zur Befreiung von der Ökostromumlage massiv ausgeweitet. Weil

diese Rabatte über vom Staat kontrollierte Mittel finanziert werden, sind sie der Kommission zufolge staatliche Beihilfen.

Auch in Deutschland waren die Rabatte in der Vergangenheit in die Kritik geraten. So bekam die

»Wir haben ohnehin eine Novelle des EEG vor.«

Energieminister Sigmar Gabriel (SPD)

Kommission viele Beschwerden von Verbrauchern und Wettbewerbern. Denn durch die Befreiungen erhöht sich die Umlage für die restlichen Verbraucher.

Der frischgebackene Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) wies das Beihilfeverfahren als eine »Einmi-

schung« in nationale Energiepolitik zurück. Das EU-Wettbewerbsrecht sei nicht »angemessen« zur Behandlung des EEG. Bezüglich der möglichen Folgen des Verfahrens gab sich Gabriel gelassen: »Wir haben ohnehin eine Novelle des EEG vor.« Laut Koalitionsvertrag will Schwarz-Rot bis Sommer 2014 das Gesetz grundlegend reformieren.

Bei den Oppositionsparteien stieß das Beihilfeverfahren auf geteiltes Echo. Die LINKE-Umweltexpertin Eva Bulling-Schröter hält die Entscheidung aus Brüssel für nachvollziehbar: »Die Bundesregierung hat es versäumt, unnötige Konzernsubventionen abzubauen.« Für ihren grünen Kollegen Oliver Krischer jedoch ist das Verfahren »ein Desaster für die Energiewende und die Industrie«.

Schließlich will die Kommission europaweite Regeln für die Förderung von Erneuerbaren aufstellen. Und die sollen möglichst marktfreundlich werden.

Cameron will Sozialleistungen drastisch drosseln

London: EU-Einwanderern werden ab 2014 die Beihilfen gekürzt

London. Großbritannien kürzt die Unterstützungsleistungen für Einwanderer aus EU-Staaten. Der Grund: angeblicher Sozialhilfetourismus. Ab Jahresbeginn bestehe in den ersten drei Monaten nach Einwanderung kein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe mehr, erklärte Premier David Cameron am Mittwoch. Er will noch diesen Donnerstag ein entsprechendes Gesetz im Parlament verabschieden lassen. Hintergrund ist unter anderem die vollständige Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien ab Januar.

»Ich möchte klarstellen, dass Großbritannien für Geschäftstätige sehr offen ist, aber wir wollen keine Menschen aufnehmen, die sich daran nicht beteiligen«, erklärte Cameron mit Blick auf arbeitslose Einwanderer. »Die meisten EU-Bürger, die nach Großbritannien kommen, tun dies, um hier als Teil des gemeinsamen Marktes zu arbeiten, die Wirtschaft zu stärken und ihre Steuern zu zahlen«, fügte er hinzu. Allen anderen Einwanderern werde Großbritannien keine Arbeitslosenhilfe »ab dem Tag eins« mehr gewähren. Camerons Regierung klagt bereits seit Längerem über zu viele Einwanderer aus ärmeren EU-Staaten wie etwa Rumänien und Bulgarien, meist Angehörige der Roma-Minderheit, und wirft ihnen vor, die britischen Sozialsysteme zu belasten.

Im November legte die Regierung ein umstrittenes Maßnahmenpaket gegen missliebige Einwanderung vor, bislang gab es aber keinen konkreten Zeitplan. Kritik kam unter anderem aus Rumänien und von Seiten der EU-Kommission. Das vorgesehene Paket werde Großbritannien zu einem »weniger attraktiven Ort für EU-Einwanderer machen, die herkommen und versuchen, auf Staatskosten zu leben«, erklärte Cameron nun.

Kritiker Camerons halten das neue Gesetz für Spiegelfechterei. EU-Arbeitnehmer können in den ersten drei Monaten nach dem Umzug in ein anderes EU-Land ohnehin im Heimatland Sozialleistungen weiterbekommen. *Agenturen/nd*

KURZ

Klonfleisch nicht zum Verzehr

Brüssel. Geklonte Tiere sollen auch künftig in der EU nicht gegessen werden dürfen. Die EU-Kommission legte am Mittwoch zwei Entwürfe für Richtlinien vor, mit denen das Klonen von Tieren für die Lebensmittelproduktion und die Verwendung von Fleisch geklonter Tiere verboten werden. *dpa/nd*

Amnestiegesetz verabschiedet

Moskau. Die russische Duma hat ein vom Kreml eingebrachtes Amnestiegesetz verabschiedet. 446 der 450 Abgeordneten des Unterhauses stimmten am Mittwoch in dritter und letzter Lesung für das Gesetz, das bis zu 25 000 Häftlingen zugute kommen könnte, darunter auch den Musikerinnen der Punkband Pussy Riot. *AFP/nd*

Mehr Opium-Anbauflächen

Bangkok. In Myanmar ist die Anbaufläche für die Herstellung von Opium nach UN-Angaben 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent gewachsen. Demnach wird nun auf 57 800 Hektar Schlafmohn angebaut, berichtete das UN-Büro für Suchtstoff- und Verbrechensbekämpfung in Bangkok. *dpa/nd*

In eigener Sache

Aufgrund eines technischen Problems in unserer Druckerei kann ein Teil der Auflage nur in vermindertem Seitenumfang ausgeliefert werden. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Verständnis. Die komplette Ausgabe finden Sie unter nasD.de/havarieausgabe.

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK
ISSN 0323-4940



Bei ihrem letzten Treffen in diesem Jahr wollen die Staats- und Regierungschefs der EU über die Reform der Währungsunion sowie die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik beraten. Konkrete Beschlüsse werden jedoch kaum erwartet, auch wenn Angela Merkel, die mächtigste Politikerin in Europa, wieder fest im Sattel sitzt.



Im Rahmen der Mission EUFOR Tchad/RCA waren von März 2008 bis März 2009 etwa 3700 Soldaten aus 14 europäischen Ländern in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik eingesetzt.

Foto: dpa/Mohamed Mess

Agendapolitik für alle

Kanzlerin Merkel fordert verbindliche Reformen

Von Aert van Riel

Die EU steht möglicherweise vor weiteren großen Reformen. Bei dem an diesem Donnerstag beginnenden zweitägigen Gipfel in Brüssel werden die Staats- und Regierungschefs auch über den sogenannten Wettbewerbspakt diskutieren, ein Beschluss soll hierzu aber erst im Juni 2014 gefasst werden. Mit dem neuen Pakt sollen die Staaten der Eurozone zu einer stärkeren Haushaltsdisziplin gezwungen und Strukturreformen durchgesetzt werden. Auch die Bundesregierung meint, so die Krise in Europa überwinden zu können. »Die bisherigen regelmäßigen Empfehlungen der EU-Kommission zu Reformen in den Mitgliedsländern werden mehr oder weniger freundlich aufgenommen«, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung. Eine Verbindlichkeit entstehe daraus aber nicht. Zusagen müssten eingehalten werden. Deswegen seien »vertragliche Vereinbarungen« zwischen einzelnen Ländern und der EU-Kommission notwendig, wofür auch die EU-Verträge geändert werden könnten, so die CDU-Chefin vor dem Bundestag. Diese Reformverträge sind der Kern des »Wettbewerbspakts«.

Als größte Oppositionsfraktion antwortete die LINKE auf die Rede der Kanzlerin. Fraktionsvize Sahra Wagenknecht wies auf Selbstmorde, zunehmende Obdachlosigkeit und Unternehmenspleiten in Südeuropa hin, während Union und SPD über ihren Koalitionsvertrag verhandelt hatten. Das Vermögen europäischer Millionäre habe sich zeitgleich »um fast 100 Milliarden Euro erhöht«, konstatierte Wagenknecht. Dies seien die Folgen der Politik, die Merkel Europa diktiere. Mit dem »Wettbewerbspakt« würde sich aus Sicht der LINKE-Politikerin die Lage verschärfen. »In bilateralen Knebelverträgen sollen sich Regierungen dazu verpflichten, Unternehmenssteuern zu senken, Entlassungen im öffentlichen Dienst vorzunehmen und das Streikrecht einzuschränken«, kritisierte Wagenknecht.

Der SPD-Außenpolitiker Niels Annen widersprach heftig. Die Große Koalition und die sozialdemokratische Fraktion hätten daran gearbeitet, dass sich diese Krise nicht wiederhole. »Wir sind überzeugte Europäer. Deswegen sind wir in der Lage, uns auf eine gemeinsame wirkungsvolle Politik zu verständigen. Sie bedienen nur alte Klischees«, sagte Annen in Richtung der Linksfraktion. Andere SPD-Politiker vom linken Flügel der Partei hatten dagegen in den vergangenen Monaten erklärt, dass sie den »Wettbewerbspakt« ablehnen.

Aus einer anderen Richtung kommt die Kritik des Grünen Europapolitikers Manuel Sarrazin. Er hält die Reformen für notwendig, monierte aber, dass mit den angestrebten bilateralen Verträgen die EU-Kommission gegenüber großen Mitgliedsstaaten geschwächt werde. Denn nach dem Konzept des »Wettbewerbspakts« solle die Kommission nur dann als »Kettenhund« losgelassen werden, wenn die Eurogruppe, wo Deutschland den Ton angibt, das auch will.

Militärunion mit Abstrichen

Wirtschaftlichkeit ist auch in EU-Sicherheits- und -Verteidigungspolitik ein hohes Gut

Erstmals seit fünf Jahren ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU wieder einmal Thema eines Gipfeltreffens. Das ist in der derzeitigen Lage nicht so erstaunlich, wie es zunächst klingt.

Von Katja Herzberg

Mit der Forderung nach einem dauerhaften EU-Kriegsfonds warf Frankreichs Präsident François Hollande nicht mehr als einen kleinen Stein in das in den letzten Jahren still gewordene Wasser der EU-Sicherheits- und -Verteidigungspolitik. Wie für Regierungschefs oft üblich, versuchte er in erster Linie die Interessen seines Landes vorzubringen, in diesem Fall die Lasten für Militäroperationen auf breitere Schultern zu verteilen. Sprich: Auch andere EU-Staaten sollen für Einsätze zahlen, die Frankreich derzeit in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik anführt.

Eine solche Debatte war nicht beabsichtigt, als die EU-Kommission im Sommer ein Papier zum Zustand der Gemeinsamen Sicherheits- und Ver-

teidigungspolitik (GSVP) vorlegte. Darin klagte Brüssel über mangelnde Effizienz bei Kriseninterventionen, bei der Verteidigungszusammenarbeit und in der Rüstungsindustrie. Weiterführende Beschlüsse zu diesen Themen sind aber auch beim letzten Treffen der Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten in diesem Jahr nicht zu erwarten. Laut »Spiegel« habe insbesondere Deutschland entscheidende Einschränkungen bereits in dem Entwurf der Abschlusserklärung des EU-Gipfels an diesem Donnerstag und Freitag vorgenommen. In dem Papier, das dem Nachrichtenmagazin nach eigenen Angaben vorliegt, wurden konkrete Zeitangaben und Ziele gestrichen. Ein europäisches Drohnenprogramm werde demnach nicht mehr für den Zeitraum zwischen 2020 und 2025 angestrebt.

Der Europäische Rat soll sich auch nicht mehr dafür aussprechen, die »strategische Autonomie der Union« zu stärken. Dabei wären genau solche grundsätzlichen Wegmarken von Bedeutung, meint der Politikwissen-

schaftler Bernhard Rinke. »Eine europäische strategische Kultur ist erst im Entstehen«, sagt der an der Universität Osnabrück tätige Experte für die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber »nd«. »Die EU ist auf dem Weg, sich in eine Interventionsunion zu entwickeln. Aber nur ein Bruchteil der Maßnahmen und Missionen ist militärischer Natur.« Denn die EU-Staaten seien gespalten in der Frage, ob überhaupt bei Konflikten interveniert werden sollte und wenn ja, mit welchen Mitteln. Die Uneinigkeit sei auch vor dem Hintergrund der spezifischen historischen Erfahrungen der einzelnen Länder zu betrachten, wie etwa zwischen Frankreich und Deutschland.

Nachdem die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, von der die GSVP ein Teil ist, in den vergangenen Jahren im Schatten der Fiskalkrise stand, wachse nun der Druck auf die EU. Die USA verlagerten ihre Aktivitäten in den pazifischen Raum. »Dazu nehmen die Herausforderungen nicht ab«, so Rinke mit Blick auf den Arabischen Frühling, die Kon-

flikte in Syrien, Mali oder Somalia sowie die Entwicklungen in Europa wie in der Ukraine.

Nach fast 15 Jahren, in denen die Idee einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bereits in den Europäischen Verträgen veran-

»Die EU ist auf dem Weg, sich in eine Interventionsunion zu entwickeln.«

Bernhard Rinke, Politikwissenschaftler

kert ist, und mehr als 30 Operationen (von denen die meisten »Beobachtungs-« und »Ausbildungsmissionen« sind und aktuell noch 17 laufen), fehle der politische Wille, mehr Souveränität auf die Ebene der EU zu übertragen. Gleichwohl wirke die Union schon jetzt mit einem ganzen »Werkzeugkasten« an Instrumenten und Finanzierungstopfen auf Konflikte ein.

Ich finde es bemerkenswert, dass zum ersten Mal seit fünf Jahren ein Gipfeltreffen ausschließlich zum Thema Rüstung stattfindet«, beurteilt die Europaabgeordnete Sabine Lösing (LINKE) die Tagesordnung. Nicht erstaunlich sei, dass es jetzt erfolgt, obwohl die Wirtschaftskrise in vielen Ländern Europas anhält. »Es wird die Befürchtung formuliert, dass die Ausgaben für Rüstungsgüter weiter zurückgehen«, sagt Lösing. Dem soll mit verstärkter Zusammenarbeit begegnet werden. Letztlich gehe es aber »um eine Zunahme der militärischen Kapazitäten durch mehr Effektivität«.

Laut Lösing, die Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament ist, soll in Brüssel aber auch eine »klare militärische Strategie« entwickelt werden. Dies werde »gut verpackt als Charmeoﬀensive«, indem etwa militärische Lazarettsschiffe vor Krisengebieten auf das Meer geschickt werden. Dabei stünden die Sicherung der See- und Handelswege sowie die Abwehr sogenannter illegaler Einwanderer im Vordergrund.

»Die Krise ist nicht überwunden«

Wirtschaftsforscher Gustav Horn im Interview über die wirtschaftliche Lage der Eurozone



Gustav Horn ist wissenschaftlicher Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Mit ihm sprach Simon Poelchau über das Andauern der Eurokrise und die Notwendigkeit niedriger Zinsen.

Foto: imago/Methodi Popov

Gilt diese Prognose auch für Griechenland?

Nein. In Griechenland wird die Austeritätspolitik fortgesetzt. Deswegen wird dort im Gegensatz zu den anderen Krisenstaaten der Schrumpfungprozess weitergehen. Die griechische Wirtschaft wird weiter abrutschen und die Gesellschaft noch mehr verarmen. Alleine schon deswegen kann man nicht sagen, dass die Krise überwunden ist.

Europa ist also noch nicht über dem Berg. Gibt es etwas, das die Eurokrise wieder verschlimmern könnte?

Eine Gefahr ist, dass die Europäische Zentralbank (EZB) verfrüht ankündigen könnte, ihre Aufkäufe von Staatsanleihen zu beenden.

Was würde dann passieren?

In dem Moment wären die Kapitalmärkte sofort wieder verunsichert. Das würde wahrscheinlich auch Irland wieder unter den Rettungsschirm treiben, und es gäbe die gleichen Turbulenzen wie schon in den Jahren 2009 und 2010.

In Deutschland, heißt es, seien die Zinsen zurzeit zu niedrig.

Das halte ich für eine völlig verfehlte und größtenteils interessengeleitete Diskussion.

Warum sind Sie dieser Meinung? Hier wird das Interesse des Sparerers über das der Gesamtwirtschaft gestellt. Denn diese niedrigen Zinsen haben einen Sinn: Wir sollen jetzt nicht sparen, sondern unser Geld ausgeben, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

In Deutschland scheint diese Strategie aufzugehen. Die Menschen konsumieren wieder mehr und die Importe in die Bundesrepublik steigen. Führt das auch dazu, dass die Eurozone stabilisiert wird?

Dass die privaten Konsumausgaben hierzulande steigen, liegt vor allem daran, dass die Menschen aufgrund von höheren Tarifabschlüssen wieder mehr Geld in der Tasche haben. Das ist zunächst ein Stabilitätsanker für die deutsche Wirtschaft selbst. Aber weil sie die wichtigste im Euroraum ist, hat dies auch Auswirkungen auf

die gesamteuropäische Wirtschaft. Das ist der Pfeiler, auf dem jetzt die meisten Hoffnungen ruhen.

Könnte die Eurokrise Deutschland wieder auf die Füße fallen?

Wenn die Wirtschaft weiterhin so vor sich hin dümpelt und allein die Aktionen der EZB den Euroraum zusammenhalten, wird man irgendwann an eine Grenze kommen. Wachstumsraten um die ein Prozent in Deutschland und bestenfalls Stagnation in den Krisenländern tragen zu keinem stabilen politischen Prozess bei.

Was muss getan werden, damit dies nicht so bleibt?

Sicherlich müssen einige Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Das hilft aber alles nichts, wenn es keine Nachfrage gibt. Da könnte auch Deutschland viel für die konjunkturelle Belebung in Europa tun. Etwa, indem die Investitionsoffensive, die im Wahlkampf eine wichtige Rolle spielte, auch wirklich in angemessenem Umfang umgesetzt wird. Dies wäre nicht nur gut für Deutschland, sondern auch für ganz Europa.

Irland hat am Sonntag als erstes Land den Rettungsschirm verlassen. Ist damit die Eurokrise beendet?

Nein. Die Krise ist auf gar keinen Fall schon beendet. Irland ist zwar auf den Finanzmärkten etwas sicherer aufgestellt und man glaubt, dass Irland ohne das schützende Dach des Rettungsschirms wieder Kapital aufnehmen kann. Aber die Wirtschaftslage des Landes ist immer noch sehr schlecht. Und das gilt umso mehr für die Lage der anderen Krisenländer Spanien, Portugal und Italien.

In Ihrer jüngsten Prognose gehen Sie aber für nächstes Jahr von einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent für die Eurozone aus.

Zwar geht der Schrumpfungprozess in Ländern wie Spanien allmählich zu Ende, doch heißt das nicht, dass die Lage dort gut ist. Diese Länder sind viel ärmer geworden. Sie haben ein deutlich niedrigeres Bruttoinlandsprodukt und extrem hohe Arbeitslosigkeit erreicht. Deswegen kann man nicht sagen, dass die Krise überwunden ist, nur weil diese Länder in ihrer Talfahrt unten angekommen sind.

Widerständig in der Partymeile

Die Aktivisten des seit Jahrzehnten umkämpften Hamburger Kulturzentrums Rote Flora rufen für Samstag zur Demo

Fast ein Vierteljahrhundert besetzt und zu Hause im Hamburger Schanzenviertel. Es könnte alles halbwegs in Ordnung sein rund um die Rote Flora – wäre da nicht der Eigentümer Klausmartin Kretschmer, der mittlerweile auch der Politik auf die Nerven geht.

Von Folke Havekost, Hamburg

Unter der S-Bahn-Brücke spielt ein Straßenmusikant auf seinem Keyboard »Jingle Bells« in atemberaubender Geschwindigkeit. Es muss schnell gehen im Hamburger Schanzenviertel, erst recht in der Weihnachtszeit. Zwei Straßen weiter wird an der Fassade der Roten Flora für 2014 eine »antinationale Trilogie« annonciert, eine Reihe zur Kritik an Kapitalismus, Staat und Nation.

Wenn es nach Klausmartin Kretschmer geht, wird es dazu nicht mehr kommen. Dann läuft die Zeit der Roten Flora noch vor Weihnachten ab. Der Eigentümer des ehemaligen Varietétheaters hat ein Ultimatum gestellt, das am Freitag ausläuft. »Die Zeit der Duldung der Besetzung meines Eigentums ist ab sofort zu Ende, und ich muss Sie bitten und dringend auffordern, mein Eigentum sofort zu räumen«, schrieb er den Besetzern. Anderenfalls werde er die Behörden um Hilfe ersuchen.

Doch die Behörden sind wenig gewillt, den vorweihnachtlichen Wunschzettel des Immobilienkaufmanns abzuarbeiten, der die Flora 2001 von der Stadt erwarb. Damals versuchte der damalige Bürgermeister Ortwin Runde (SPD), mit dem Verkauf des Streitobjekts an private Hand ein Konfliktfeld kurz vor der Bürgerschaftswahl aus dem Weg zu räumen. Runde nutzte das wenig, er verlor die Wahl trotzdem. Doch auch unter CDU-Nachfolger Ole von Beust und Innensenator Roland Schill änderte sich nichts am Status des autonomen Kulturzentrums.

Burgfrieden zwischen Besetzern und Politik
Zwischen Politik und Besetzern hat sich ein Burgfrieden etabliert, den der aktuelle Senat unter Olaf Scholz kaum aufkündigen dürfte – zumal die einsturzgefährdeten Ezzo-Häuser und die ungewisse Situation der Lampedusa-Flüchtlinge die Stadt beschäftigen. »Niemand hat vor, an dem jetzigen Zustand im Großen und Ganzen etwas zu ändern«, erklärte Scholz schon kurz nach Amtsantritt 2011 zur Flora.

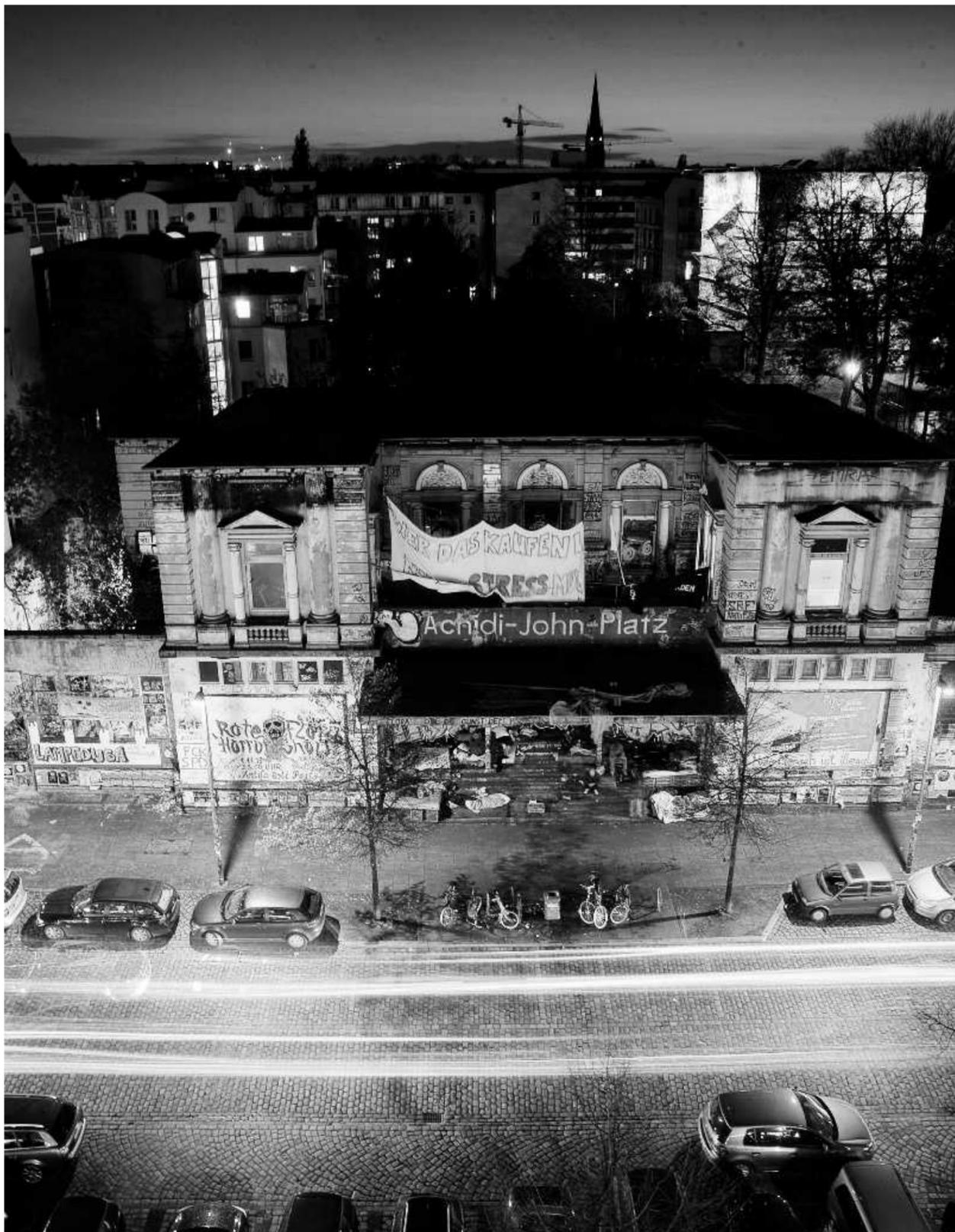
»Die linksextremistischen Besetzer der »Alten Flora« können sich scheinbar des ungebremsten Wohlwollens des Senats und des Bezirksamtes Hamburg Altona sicher sein«, wertet Kretschmers Berater Gert Baer. Zum aktuellen Ultimatum gibt es ein musikalisches Vorspiel: Die Hip-Hop-Band Fettes Brot gab am 3. November ein Solidaritätskonzert in der Flora, worauf Kretschmer zunächst eine Nutzungsgebühr verlangte, dann den Musikern Hausverbot erteilte und die Band – in Pressemitteilungen gern als »Fettes Brot« titulierte – schließlich wegen Hausfriedensbruchs anzeigte. Die Polizei lehnte einen Eingriff in die aus ihrer Sicht zivilrechtliche Auseinandersetzung ab.

Kretschmer verlangt zudem nach Ablauf seines Ultimatums 25 000 Euro Miete im Monat, bis eine Räumung juristisch durchgesetzt sei. Sein Kompagnon Baer rechnet vor, dass die Flora seit Beginn der Besetzung 1989 mit Konzerten etwa 9,2 Millionen Euro eingenommen haben müsste. Eine Zahl, die von den Betreibern nicht kommentiert wird. »Bei Fettes Brot hatten wir drinnen 500 Zuschauer und draußen etwa 1500«, erzählt Klaus, einer der Flora-Sprecher: »Wenn etwas hängen bleibt, wird es gespendet wie aktuell für die Lampedusa-Flüchtlinge oder für Renovierungsaktionen.«

Direkt gegenüber ist die Flora kaum ein Thema. Auf der Piazza im Schanzenviertel schlürfen Cafébesucher ihre Mittagspausengerichte. Der Platz wird spöttisch auch »Galao-Strich« genannt, weil hier der meiste Kaffee konsumiert wird, der nach Hamburg geschifft wird. »Eine neue Runde im Flora-Streit?«, fragt ein Gast mit gelangweiltem Unterton und widmet sich wieder seinem Laptop. Vor 80 Jahren fanden in der Flora auch Box- und Ringkämpfe statt.

»Häuser wurden besetzt und häufig erfolgreich in genossenschaftliche Wohnprojekte umgewandelt, der Abriss von Wohnhäusern zugunsten profitabler Neubauten teilweise verhindert und Großprojekte bekämpft«, erinnert sich Christian Arndt. Der 70-Jährige war Pastor der St. Pauli-Kirche, als in den 1980er Jahren die Besetzung der Roten Flora und der Hafenstraßen-Häuser die Stadt in Aufregung versetzten: »Es waren solidarische, bunte und in den Aktionen vielfältige Kämpfe.«

In den 1990er Jahren zogen Werbeagenturen nach, auf der Suche nach radikalem Schick und damals noch günstigen Büros. Das einstige Schmuddelviertel Sternschanze hat sich seitdem zur Renditehöhle gemauert. Für luxuriös sanierte Altbauwohnungen gehen mittlerweile siebenstelligen Beträge über den Tisch. »Das Viertel hat sich im Laufe der Jahre verändert von einem Wohnviertel hin zu einer zweiten Partymeile«, schildert Flora-Sprecherin Lotta: »Wir sind immer noch hier und mischen uns in die Kämpfe ein, um zu zeigen, dass wir eine an-



Mitten in der Schanze zu Hause: Abendstimmung an der Roten Flora

Foto: dpa/Pauline Willrodt

dere Vorstellung von Leben in der Stadt haben, dass es eben nicht so sein sollte, dass nur zahlungskräftige Menschen im innerstädtischen Bereich leben und sich aufhalten können.«

Auch die Flora ist ein profitables Objekt, zumindest theoretisch. Die Stadt hat Kretschmer 1,3 Millionen Euro zum Rückerwerb des Gebäudes geboten. Gemessen am Kaufpreis von 375 000 Mark im Jahre 2001 kein geringer Betrag, doch der Kulturinvestor spielt nicht mit. Vor zwölf Jahren galt Kretschmer als Hoffnungsträger, sprach von den Flora-Besetzern etwas verschurbelt als »kultureller Samenbank«. Inzwischen geht er vielen Politikern nur noch auf die Nerven. »Kretschmer gießt Öl ins Feuer«, sagte der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Arno Münster im »Hamburger Abendblatt«. In regelmäßigen Abständen lanciert der Eigentümer, dass es private Kaufinteressenten gebe. Zuletzt brachte er eine »große amerikanische Bekleidungsfirma« ins Spiel.

Luxuspläne fürs alternative Zentrum

Vor kurzem legten Kretschmer und Baer Pläne für ein »FLORA Stadtteilkultur- und Veranstaltungszentrum – ehemals »Rote Flora« genannt« vor. Danach sollen in einer fünfgeschossigen Bebauung die historische Fassade rekonstruiert (»Das wird wunderbar aussehen«) werden und Musikclubs wie eine Veranstaltungshalle mit mindestens 1500 Plätzen im Gebäude Platz finden. Das Duo wirbt mit »mehreren hundert sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in der Schanze.«

»Die Auseinandersetzung mit Gert Baer ist ein Beispiel für die Privatisierung öffentlichen Raumes und das ist am Ende eine politische Auseinandersetzung mit dem Senat«, sagt Flora-Sprecher Klaus. Eine von der Stadt ins Gespräch gebrachte genossenschaftliche Umwandlung des Gebäudes hat die Flora abgelehnt, weil auch dies den öffentlichen Raum

verkleinern würde. Im Internetblog »Flora bleibt unverträglich« wird Kretschmers Räumungsdrohung nun als »offene Kriegserklärung« gewertet: »Offenkundig ist ihr kurzfristiges Kalkül, mit der Terminsetzung Öl ins Feuer zu gießen und die Konflikte in Hamburg zuzuspitzen, um die Rote Flora politisch zu isolieren«, heißt es dort in ähnlicher Diktion wie beim SPD-Abgeordneten Münster: »Seit Wochen werden sie nicht müde, die Flora als »linksextremes«, gar terroristisches Projekt zu bezeichnen.« Baer bot in einem Schreiben den jetzigen Betreibern ein Platz in der Kretschmer-Flora an, wenn sie »ihr politisches Ziel der alternativlosen Abschaffung

Vor zwölf Jahren galt der damals neue Flora-Eigentümer Klausmartin Kretschmer als Hoffnungsträger. Inzwischen geht er vielen Politikern nur noch auf die Nerven.

der Demokratie, der Verfassung und des Staates aufgeben.«

Über die Ziele der Roten Flora wird gleichsam gestritten, so eindeutig wie in Baers Standardformulierung stellt sich der autonome Mikrokosmos nicht dar. Dass beispielsweise ein Sprecher des neokonservativen Netzwerks »Stop the Bomb«, der in seinen Reden häufig einen Kriegskurs gegen Iran fordert, dort auftrat, stößt mancherorts auf Widerspruch. »Sie ist schon lange nicht mehr Stachel im Fleisch der neoliberal Herrschenden, eher schon Fleisch von ihrem Fleisch«, kritisiert Altpastor Arndt: »Floristen demonstrieren heutzutage mit und unter US-amerikanischer Flagge und schweigen zu der deutschen und US-amerikanischen

Menschenschlächtere und -quälerei im Namen der westlichen Wertegemeinschaft zur Sicherung von Märkten und Ressourcen.« Die Kommunistische Assoziation Hamburg schmähte die Flora als »Event-Center« des »Merkel-Jugend-Elektropop«.

Widerstand und Bebauungsplan

Für den Sonnabend haben die Rotfloristen zu einer Großdemonstration aufgerufen, zu der »mehrere tausend Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen und Spektren« erwartet werden. Die Polizei rechnet mit 6000 Teilnehmern. Die Stadt schaut schon über diesen Termin hinaus, der zuständige Bezirk Altona hat sich verwaltungsrechtlich präpariert. Im Januar wird der im Oktober verabschiedete städtische Bebauungsplan rechtskräftig, in dem eine Nutzung als Stadtteilzentrum ebenso festgeschrieben ist wie ein Rückkaufrecht der Stadt zum Verkehrswert der Immobilie – der deutlich unter dem bisherigen Angebot liegen dürfte.

Kretschmer kündigte an, gegen den Bebauungsplan ein Normenkontrollverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht anzustrengen. Für ihn ist das Ultimatum eine Offensive gegen das Zeitspiel der Behörden. Allein sein Vorwurf, Bürgermeister Scholz unterstütze »eine kriminelle und terroristische Vereinigung«, hat sich bislang noch nicht in einer Anzeige niedergeschlagen.

Zwischen Techno- und Punkkonzerten, zwischen Proberäumen und Fahrradselbsthilfegruppe geht das florale Leben derweil weiter. Vor zwei Wochen wurde in der Flora der 24. Jahrestag der Besetzung gefeiert, für Heiligabend ist eine Reggae-party angesetzt. Ein paar Häuser weiter werden Christrosen verteilt: Der Blumenladen »Grüne Flora« vertreibt saisonale Pflanzen aus dem Umland. Das Motto ist nahezu zeitlos, selbst in einem Quartier, in dem die Zeit drängt: »Wir setzen auf Qualität und Nachhaltigkeit.«

Von Heesters zum Heizungsbau

Bürgermeister kommen und gehen – Flora bleibt

Von Reinhard Schwarz

Einst sangen und tanzten hier Johannes Heesters, Zarah Leander und Hans Albers – im »Gesellschafts- und Concerthaus Flora« im Hamburger Schanzenviertel. Das ist lange her. Seit 1989 ist das 1889 eröffnete einstige Varietétheater besetzt und als »Rote Flora« überregional so bekannt, dass es auch von Stadtführungen angesteuert wird. Die »Flora« überstand seit 1989 fünf Bürgermeister von SPD und CDU sowie neun Senatsbildungen mit wechselnden Koalitionen. Anlass der Besetzung der Flora, die zuletzt einen Discountmarkt beherbergte, waren Pläne für die Errichtung eines riesigen Musicalneubaus, um dort das »Phantom der Oper« aufzuführen. Dazu kam es nicht, das Musicaltheater wurde einen Kilometer weiter westlich gebaut.

Mit der Besetzung des Flora-Restbaus sah sich der SPD-Senat mit dem damaligen Bürgermeister Henning Voscherau (ab 1988 im Amt) mit einem neuen Dauerthema konfrontiert, das bis heute für Aufregung sorgt. 1987 war es dem damaligen Senatschef Klaus von Dohnanyi gelungen, den Hafenstraßenkonflikt durch eine Vertragslösung zu entschärfen.

Die Rotfloristen hatten sich um zwei Politikthemen organisiert: zum einen der Kampf gegen die Umwandlung und Kommerzialisierung des Schanzenviertels, das mit seiner fast noch intakten gründerzeitlichen Baustruktur ab den 1980er Jahren immer attraktiver für Künstler, Musiker und Studenten wurde. Aber auch Makler und Immobilienfirmen hatten das Viertel ins Visier genommen, nach und nach wurden alteingesessene Läden durch Boutiquen und Kneipen verdrängt. Das zweite Thema der Floristen bildete der Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung, es nahm nach dem Mauerfall einen immer größeren Raum ein.

Von den bürgerlichen Medien wurde die Flora vor allem als Unruheherd dargestellt. Immer wieder gab und gibt es militante Auseinandersetzungen im Viertel, häufig nach den einmal im Jahr veranstalteten Straßenfesten. Wenig bekannt ist hingegen, dass die Besetzer gleich nach der Inbesitznahme mit dem Ausbau der einstöckigen Theaterruine begannen. So musste die Rückwand des Hauses erst noch gemauert werden, denn die bloße Holzkonstruktion bot keinen Schutz vor Kälte – zudem wurde die Nachbarschaft bei Musikveranstaltungen unnötig beschallt. Nach einem Brand im November 1995 wurde fachmännisch eine Heizung eingebaut. Heizung, Wasser, Strom und Müllgebühren bestreiten die Rotfloristen nach eigenen Angaben aus den Erlösen des Veranstaltungsprogramms mit Konzerten und Disco. Entscheidungen werden im Plenum gefällt, so heißt es jedenfalls. Es gelte das Konsensprinzip. Gemeint ist damit: Es wird so lange diskutiert, bis alle einer Meinung sind.

KOMMENTIERT

Regierungen bleiben erpressbar

Hermannus Pfeiffer über den EU-Kompromiss zur Bankenabwicklung

Banken sind besser als ihr Ruf. Wenn sie ihren Job gut machen, versorgen sie Wirtschaft, Betriebe und Verbraucher mit Geld und Kredit. Banken sind aber auch gefährlich: Eine Pleite kann ganze Volkswirtschaften gefährden. Die Politik steckt in einem Dilemma: Zieht sie die Daumenschrauben zu fest an, trocknet sie den Geld-Ware-Geld-Kreislauf aus. Ist sie wie heute – sechs Jahre nach Ausbruch der Krise – immer noch zu nachlässig, bleiben Großbanken bedrohlich und Regierungen erpressbar.

Der Kompromiss, den die EU-Finanzminister auf ihrem gestrigen Treffen fanden, dürfte den heute beginnenden Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs überdauern. Es bedarf aber eines weiteren Kompromisses mit den »linkeren« Vorschlägen des EU-Parlaments, um die zweite Säule der Bankenunion zu festigen: Wer entscheidet über die Schließung von Pleitebanken? Nationale Egoismen stehen einer weitergehenden europäischen Lösung im Wege.

Damit die EU-Staaten den Erpressern entzählen, müssten Banken weit mehr Eigenkapital für den Risikopuffer zurücklegen. Doch die Geldgiganten rechnen sich schön, warnt der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht. Und selbst wenn die verabschiedeten Regeln konsequent umgesetzt würden, blieben Großbanken und Schattenbanken einfach zu groß.

PERSONALIE

Die Kämpferin

Von Oliver Händler

Barack Obama fährt nicht zu den Olympischen Spielen nach Sotchi. Ein Boykott wegen des Anti-Homosexuellen-Gesetzes in Russland sei das aber nicht, sagt er. Von dieser Idee halte er wenig. Er war ja 2010 und 2012 schon nicht dabei. Der Delegation, die der US-Präsident im Februar nach Russland schicken wird, gehört zwar kein Regierungsmitglied an, ein politisches Signal sendet er damit trotzdem. Denn mittendrin ist Billie Jean King, Tennislegende sowie seit Jahrzehnten Kämpferin für gleiche Rechte von Frauen – und Homosexuellen.

Die gerade 70 gewordene Rekordgewinnerin von Wimbledon hatte 1970 für eine Revolution gesorgt, als sie mit dem Vorläufer der heutigen WTA die erste Tennisturnierserie für Frauen ins Leben rief. Damals zahlten Veranstalter Männern ständig steigendes Preisgeld, während das der Frauen stagnierte. Das Verhältnis stand irgendwann bei 12:1. Mancherorts wurden Frauen gar nicht mehr eingeladen. Doch King sorgte für die Wende: War sie 1971 die erste Frau, die 100 000 Dollar im Jahr verdiente, sind heutige Spitzenspielerinnen bei sieben Millionen angekommen. Bei den meisten großen Turnieren bekommen sie so viel Geld wie die Männer.

Durch die Klage einer verflochtenen Liebe war King 1981 gezwungen, sich öffentlich als lesbisch zu outen – erneut als erste



Billie Jean King soll Barack Obama bei Olympia in Sotchi vertreten.

Foto: AFP/Brad Barket

Profisportlerin überhaupt. Ihr sollten vor allem im Tennis viele folgen. King verlor im homophoben Amerika schnell Sponsoren und kämpfte fortan dafür, dass es den Nachfolgerinnen besser erging.

Als Obama 2009 seine ersten Freiheitsmedaillen verlieh, stand Billie Jean King neben Desmond Tutu und Stephen Hawking in der illustren Reihe der Geehrten. Obama verriet ihr damals, er habe sie schon als Jugendlicher beim Training auf Hawaii beobachtet. Seine Bewunderung ist offenbar geblieben, denn nun soll die Tennisspielerin für ihn die Bürgerrechtlerin spielen. Es ist zu befürchten, dass die Offizielle Billie Jean King weniger kritisch sein darf als es die private hätte sein können. Allerdings dürfte Wladimir Putin nun kaum um ein Treffen mit ihr herumkommen. Die EU-Kommission

Grün und fleischlos

Uwe Kalbe über den Koalitionsvertrag in Hessen

Die Koalition in Hessen steht. Und es klappt schon gut zwischen CDU und Grünen. Von seinem Koalitionspartner erhielt Regierungschef Volker Bouffier zum Auftakt fleischlosen Fleischsalat zum Geburtstag. Das ist so ähnlich wie Gurkensalat ohne Gurken. Oder Grüne ohne Öko. Aber es scheint zu passen.

Die Kompromisse, die beide Seiten in ihrem Koalitionsvertrag fanden, haben ähnlich interessante Überschriften, und was sich dahinter verbirgt, das wird man erst noch kosten. Die Kosten dagegen stehen fest, sie sollen geringer werden. Eine Milliarde Euro sparen sich nicht so leicht weg wie das Fleisch im Fleischsalat. Das dürfte manche Überraschung geben, und schöne Überschriften werden als Pflaster nicht taugen, wenn Landesbedienstete bluten müssen, und der Hochschulbereich auch. Dass die CDU bereit ist, die Residenzpflicht für Flüchtlinge zu lockern, ist dagegen keine Kunst mehr. Längst bröckelt bundesweit die Front der Flüchtlingsschikanier.

Eines allerdings scheint die CDU in Hessen ganz anders zu sehen als auf Bundesebene. Die vereinbarte Erhöhung der Grunderwerbssteuer wird in Merkels Reihen ein heftiges Bekreuzigen hervorrufen. Das ist nicht ohne Belang. Nachdem die Große Koalition in Berlin die Opposition einfach mit ihrem Gewicht niederhalten kann, zählt die Stimme der Bundesländer doppelt. Die Salatrezepte der Grünen zählen jetzt mehr, auch wenn nichts drin ist.



Zeichnung: Christiane Pfohlmann

BRÜSSELER SPITZEN

Aufarbeitung des Überwachungsgrauens

Jan Philipp Albrecht bilanziert vier Monate voller Befragungen zur Spähaffäre im Innenausschuss des EU-Parlaments

Es war nicht immer angenehm und es war nicht immer leicht, aber meistens war es spannend: Kurz nachdem der Whistleblower Edward Snowden den größten Überwachungskandal der Geschichte enthüllt hatte, beschloss das Europäische Parlament auf Initiative der Grünen, Licht ins Dunkel der Affäre zu bringen. Der Innen- und Justizausschuss begann im September, die Spähaffäre aufzurollen: Wie sind die Geheimdienste der Mitgliedsstaaten in den Skandal verstrickt? Wie konnte es passieren, dass das Europäische Parlament und die Europäische Kommission abgehört wurden? Auf welche Weise sind Geheimdienste in die Systeme von IT-Unternehmen eingedrungen? Wurde ihnen dabei von den Unternehmen selbst geholfen? Welche Rolle spielte der britische Geheimdienst GCHQ?

Monatlang befragten die Abgeordneten Whistleblower, IT-Experten, Hacker, Wissenschaftler und Vertreter mehrerer Gerichte sowie nationaler Parlamente. Sie sprachen mit Abgeordneten des US-Kongresses. Auch Mike Rogers, Vorsitzender des Geheimdienstsausschusses des US-Kongresses war da. Im Januar soll die Untersuchung abgeschlossen werden.

Die Grünen hatten eine lange Liste von Zeugen vorgelegt, die sie einladen wollten, viele davon standen dem Innen- und Justizausschuss bereits Rede und Antwort – mal mehr, mal weniger. Da war der Vertreter der Europäischen Polizeibehörde Europol, der abgewiegelt und Überwachung als ganz normal abtat: Alles kein Problem, wir haben das im Griff. Der Chef des britischen Geheimdienstsausschusses GCHQ erschien erst gar nicht und die britische Regierung ließ ausrichten, sie gebe generell keine Auskunft über die Arbeit ihrer Geheimdienste. Die EU-Kommission

verwies auf die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten für die sogenannte »nationale Sicherheit«, bei deren Ausführungen alle Datenschutz- und Grundrechtsbestimmungen der EU offenbar ignoriert werden dürfen.

Aber da waren eben auch Jesselyn Radack, selbst Whistleblowerin und Vertraute Edward Snowdens, die dessen schriftliche Stellungnahme verlas, und weitere Whistleblower wie Thomas Drake, die von ihren Er-



Jan Philipp Albrecht ist Europaabgeordneter (Die Grünen/EFA) und Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EU-Parlaments.

Foto: Fritz Schumann

fahrungen berichteten. Am Mittwoch dieser Woche diskutierten die Abgeordneten mit Glenn Greenwald, der die Aufdeckung der Massenüberwachung zusammen mit Edward Snowden ins Rollen brachte, als er Dokumente der NSA im »Guardian« veröffentlichte.

Um die Frage, ob und wie der Hauptdarsteller im Überwachungs-drama zu Wort kommen sollte, gab es ein peinliches Geschacher. Die britischen Konservativen riefen »Skandal« und wollten unbedingt verhindern, den Mann zu befragen, der in ihren Augen ein Staatsfeind ist. Die übrigen Konservativen im Europäischen Parlament signalisier-

ten Zustimmung, spielten aber auf Zeit. Sie zogen die Entscheidung unter dem Vorwand in die Länge, eine Videoaufzeichnung schaffe einen Präzedenzfall und nur eine Live-Befragung gebe den Abgeordneten die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen. Wer würde Edward Snowden nicht lieber persönlich befragen wollen und auf seine Antworten eingehen? Nur kann der Whistleblower eben nicht wie andere Gäste ins Parlament eingeladen werden, er wäre eben kein gewöhnlicher Gast. Denn er ist ein Verfolgter, der in den Händen der russischen Regierung in Moskau fest sitzt. Sowohl eine Live-Befragung per Videokonferenz als auch eine Befragung in Moskau hatte Snowden aus Sicherheitsgründen abgelehnt. Jederzeit kann sein Aufenthaltsort auffliegen, können die Russen ihm weiteren Schutz vor Verfolgung verwehren. Das wissen auch die Konservativen und haben mit ihrer kleinnütigen Vorstellung ein ziemlich jämmerliches Bild abgegeben. Der eigentliche Grund für ihr Manöver war: Sie wollen es sich nicht mit den Verbündeten in den USA und den britischen Kollegen verscherzen.

Ob und wie Edward Snowden auf die Fragen der Abgeordneten antwortet, bleibt ihm ohnehin selbst überlassen. Aus dem Schreiben, das Hans-Christian Ströbele aus Moskau zurückbrachte, ist klar erkennbar, dass Snowden substantielle Aussagen eigentlich nur dann wird tätigen können, wenn er in einem EU-Staat einen sicheren Aufenthalt erhält. Ende Januar soll der Bericht des Innen- und Justizausschusses zur Untersuchung der Massenüberwachung vorliegen. Es wäre doch schade, wenn die Abgeordneten auf Informationen aus erster Hand verzichten müssten, weil sie es nicht versucht haben.

Drohender Flächenbrand

Martin Ling über die Unruhen in Südsudan

Die Einigkeit war überwältigend: 99 Prozent der Südsudanesen sprachen sich beim Referendum 2011 für die Unabhängigkeit aus. Sie bekamen ihren Willen und damit wurde der 55. afrikanische Staat Wirklichkeit. Doch schon damals war klar, dass es mit der Einigkeit in Fragen jenseits der Abgrenzung zum Norden so weit nicht her ist. Schließlich hatte es schon vor der Unabhängigkeit immer wieder Scharmützel zwischen südsudanesischen Ethnien gegeben, vor allem zwischen Dinka und Nuer, und die Murle standen im Krieg zwischen Nord und Süd gar bisweilen auf der Seite des Nordens. Viel interner Zündstoff für eine gemeinsame Zukunft.

Ethnische Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene flackerten auch im unabhängigen Südsudan immer wieder auf – Anfang 2012 mit tausenden Toten in Jonglei. Die jetzige Situation ist freilich weit gefährlicher: Ein offener Bruch in der nationalen Regierung, Kämpfe in der Hauptstadt Juba grob entlang der Linie der beiden wichtigsten Ethnien Dinka und Nuer. Ein Machtkampf, der die Zukunft Südsudans gefährden kann. Ob der im Juli geschasste Vize Riek Machar, ein Nuer, einen Putschversuch gegen Präsident Salva Kiir, einen Dinka, unternommen hat, ist offen – Aussage steht gegen Aussage. Sicher ist, dass die Politiker mit dem Feuer spielen. Südsudan eignet sich für einen Flächenbrand – das zeigt die Geschichte.

IHRE MEINUNG

Bauern werden ihm zeigen, was eine Harke ist

Zu »Schwarz-Rot schwört auf Gott«, 18.12., S. 2

Wenn in diesem Staat noch einer glaubt, um Minister zu werden, braucht man auch ein wenig Sachverstand für sein Ressort, so irrt er sich gewaltig. Wen kriegten Landwirte, Agrarwissenschaftler, Förster nun als obersten Dienstherren vorgesetzt? Hans-Peter Friedrich von der CSU, den bisherigen Innenminister. Der wollte das nie werden, schrieb »Die Zeit«, und entsprechend habe er auch seine Arbeit gemacht. Er hat versagt in Sachen NSU-Mörder und NSA-Überwachungsskandal.

Und jetzt die Agrarwirtschaft! Da jeder Mensch isst und trinkt, kann offensichtlich auch jeder Landwirtschaftsminister werden. Das reicht an Qualifikation. Es sei der »tiefste Absturz« eines Ministers, war im Fernsehen zu hören.

Eine solche Nichtachtung für einen Bereich, der lebenswichtig für Mensch und Natur ist, erschreckt immer wieder. Die Bauern werden Friedrich hoffentlich zeigen, was eine Harke ist.

Rosemarie Bey, Berlin

Gepflegte Unordnung

»Merkel sauer auf Gauck nach Sotchi-Absage«, 16.12., S. 6

Eine die Sache aufhellende Bemerkung zu dieser Nichtinformation des Bundespräsidialamtes an die Bundeskanzlerin sei erlaubt. Als ich an den Bundespräsidenten im Verlaufe von neun Monaten fünf sich im Inhalt im Wesentlichen wiederholende Briefe sendete, in denen ich ihm eine direkte Frage zu seinem Verhältnis von Krieg und Frieden stellte, erhielt ich weder Eingangsbestätigungen, geschweige Antworten. Deshalb suchte ich einen anderen Weg, um ihn zu erreichen. Den fand ich dann über das Büro Merkel. Endlich kam eine

Antwort vom Präsidialamt. Man ließ mich jedoch wissen: »Durch einen Bürofehler, der vermutlich in einer personellen Veränderung begründet liegt, sind Ihre Schreiben leider nicht auffindbar.« Somit kann ich kenntnisreich schlussfolgern: Oberstes Prinzip dieser präsidialen Verwaltung ist wohl eine gepflegte Unordnung.

Helmut Holfert, Berlin

Ein gutes Zeichen

Zu »Mandela statt Mohrenstraße«, 16.12., S. 14

Mich hat es ohnehin sehr befremdet, dass ausgerechnet der Platz vor dem Humboldtforum in »Nelson-Mandela-Platz« umgenannt werden soll. Es ist mal wieder die typische öffentliche Gedenk-Kosmetik!

Vieles spricht dafür, dass die Mohrenstraße endlich umbenannt wird, was längst überfällig ist! Sie in Nelson-Mandela-Straße umzubenennen wäre ein deutliches Zeichen gegen Rassismus.

Irmela Mensah-Schramm, Berlin

GroKo-Deal

Zu »GroKo« ist Wort des Jahres 2013«, 14./15.12., S. 4

Das »Wort des Jahres« fordert geradezu eine neue Bezeichnung für den Koalitionsvertrag heraus: der »GroKo-Deal« – beides ist unsäglich.

Ekkehard Schulz, Mittenwalde

Wieso so viele?

Zu »Wettlauf der Absager«, 17.12., S. 19

Warum schickt Polen 2014 Regierungsvertreter nach Sotchi? Heinz Gillert, Dresden

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wählender Kürzungen vor.

neues deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin Tel. (030) 2978-1111, Fax -1600

Geschäftsführer und Verlagsleiter Olaf Koppe -1611, Fax -1610

Internet www.neues-deutschland.de E-Mail redaktion@nd-online.de

Vertrieb/Aboservice -1800, Fax -1630 aboservice@nd-online.de

Anzeigen Geschäftskunden -1841, Fax -1840 anzeigen@nd-online.de

Private Kleinanzeigen -1844, Fax -1840 privatanzeigen@nd-online.de

Chefredakteur Tom Strohschneider (v.i.S.d.P.) -1711, Fax -1710

Stellvert. Chefredakteur Wolfgang Hübner (verantwortl. für Tagesthema u. Seite 3) -1713, Gabriele Oertel (verantwortl. für wochen nd) -1716

Chefin vom Dienst Regina Stötzel -1712

Redaktionssekretär Uwe Sattler -1714

Resortleiter Ausland Olaf Standke -1731 Inland Uwe Kalbe -1759

Feuilleton Jürgen Amendt -1757 Martin Hätzius -1765

Berlin/ Brandenburg Sarah Liebigt -1741 Sport/Service Jirka Grahl -1727

Bild/Herstellung Susanne Dreistadt -1826

Gestaltung/Layout Holger Hinterseher, Michael Pickardt, Wanja Wegener

Leserbrieft -1724

Anzeigen Geschäftskunden Dr. Friedrun Hardt (verantwortl.) -1841, Sabine Weigelt -1842

Marketing Dirk Külüw (Leitung) -1612, Fax -1610

Leserreisen Dr. Irene Kohlmetz -1621 Frank Diekert -1620, Fax -1650

nd-Shop, Literatur-, Film-, Musik-Service

Öffnungszeiten: Montag-Freitag 9-17 Uhr, Manfred Ibold -1777, Monika Gadegast -1654, Fax -1650, shop@nd-online.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen.

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. Januar 2013.

Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, Tel. (030) 28 49 30, www.presse-monitor.de

Bankkonto Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205 BLZ 100 708 48

Abonnementspreis (monatlich inkl. MwSt. und Zustellgebühr) 31,20 €, bei Postversand zzgl. 0,10 € Versandkosten pro Tag. Ermäßigtes Abo 19,90 €, Soli-Abo 35,00 €, Online-Abo 17,00 €, Teilabos auf Anfrage.

Das Abo kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums schriftlich gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Benutzte Agenturen dpa, AFP, SID, epd, IPS

Druck Druckhaus Schöneweide GmbH Ballinstraße 15, 12359 Berlin

Die Auflage von neues deutschland wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) geprüft.

IVW

NACHRICHTEN

Neuer U-Ausschuss zu Stuttgart 21

Stuttgart. Der baden-württembergische Landtag hat den zweiten Untersuchungsausschuss zum eskalieren Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner im Jahr 2010 eingesetzt. Neben Grünen und SPD stimmte am Mittwoch auch die FDP für das Gremium. Die CDU enthielt sich. Der von Grün-Rot beantragte Ausschuss soll klären, ob die Regierung von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) Einfluss auf den Polizeieinsatz am 30. September 2010 mit rund 160 Verletzten genommen hat. Ein erster Ausschuss hatte bis Januar 2011 die Verantwortlichkeiten für das massive Vorgehen der Beamten untersucht. Grüne und SPD vermuten, dass ihm nicht alle Unterlagen vorlagen. *dpa/nd*

Städte und Gemeinden bleiben im Minus

Wiesbaden. Trotz mehr Steuereinnahmen bleiben die deutschen Gemeinden insgesamt im Minus. Die kommunalen Haushalte wiesen in den ersten drei Quartalen 2013 ein Gesamtdefizit von 1,4 Milliarden Euro aus – nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts vom Mittwoch blieben sie damit auf dem Niveau des Vorjahres. Grund ist, dass die Ausgaben stärker stiegen als die Einnahmen. Von Januar bis September flossen 145,4 Milliarden Euro in die kommunalen Kassen, rund 4,5 Prozent oder 6,3 Milliarden Euro mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben stiegen in dieser Zeit um 4,6 Prozent auf 146,8 Milliarden Euro. Die Entwicklung auf der Ausgabe Seite sei durch einen starken Anstieg der sozialen Leistungen bestimmt, hieß es. *dpa/nd*

Mutmaßliche NS-Verbrecher enttarnt

Würzburg. Die Staatsanwaltschaft Würzburg ermittelt gegen zwei mutmaßliche NS-Verbrecher aus Unter- und Oberfranken. Einem 92-Jährigen aus dem Raum Aschaffenburg und einem 89-Jährigen aus dem Raum Coburg wird vorgeworfen, an der Tötung von Häftlingen im Konzentrationslager Auschwitz beteiligt gewesen zu sein. Oberstaatsanwalt Dietrich Geuder bestätigte am Mittwoch einen entsprechenden Bericht des Bayerischen Rundfunks. »Nähere Angaben können und wollen wir derzeit nicht machen«, sagte Geuder. Die Vorwürfe würden nun geprüft. Es sei offen, wie lange die Ermittlungen dauern werden und ob es zu einer Anklage komme. *dpa/nd*

Kleinparteien klagen gegen Sperrklausel

Das Bundesverfassungsgericht beschäftigt sich seit Mittwoch mit der Drei-Prozent-Klausel zum Einzug von Parteien ins EU-Parlament. Parteien von Piraten bis NPD hatten geklagt.

Von Johanna Treblin

Dass Vertreter von Piratenpartei, NPD und die ÖDP in einem Verhandlungssaal sitzen, um ein gemeinsames Ziel zu verfolgen, kommt eher selten vor. Am Mittwoch war dies allerdings in Karlsruhe zu beobachten. Dort behandelte das Bundesverfassungsgericht am ersten Verhandlungstag zwei Beschwerden zur Drei-Prozent-Hürde für den Einzug von Parteien in das EU-Parlament in Brüssel. Im Publikum saßen unter anderem Bernd Schlömer, ehemaliger Bundesvorsitzender der Piratenpartei, der eine der Beschwerden mit eingereicht hatte, und der Vorsitzende der Nazipartei NPD, Holger Apfel. Die zweite Beschwerde hatte der Verein Mehr Demokratie initiiert. Unterstützung erhielt diese von mehr als 1000 BürgerInnen.

»Es gibt einiges zu erörtern«, begann Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle die Sitzung mit vagen Worten. Dazu befragte das Gericht am Mittwoch unter anderem den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. Das EU-Parlament müsse bei den Gesetzgebungsverfahren eine enorme Integrationsleistung erbringen, sagte dieser – und blieb damit ebenfalls eher vage. Das EU-Parlament hatte sich 2012 selbst für Mindestschwelle ausgesprochen. Entscheiden darüber müssen aber die einzelnen Mitgliedstaaten. Die haben unterschiedliche Regelungen. Einige verzichten auf Sperrklauseln, darunter auch Spanien und Großbritannien.

2011 hatten die Verfassungsrichter die damals in Deutschland geltende Fünf-Prozent-Klausel für den Einzug in das EU-Parlament gekippt. Sie begründeten dies vor allem damit, dass das Parlament auch mit vielen kleinen Parteien funktionieren würde. Zur Zeit sind darin 162 Parteien vertreten. Vor zwei Monaten hatte der Bundestag daraufhin ohne die Stimmen der Linkspartei ein Gesetz verabschiedet, mit dem eine Drei-Prozent-Klausel eingeführt wurde.

Außer dieser Zahl hat sich am Gesetzestext allerdings nicht viel geändert. Die Kläger dieser neuen Regelung rechnen sich daher gute Chancen aus, wieder Erfolg zu haben. 2011 hatte das Bundesverfassungsgericht sein Urteil unter anderem damit begründet, dass die Zunahme von Parteien, die nur mit wenigen Abgeordneten vertreten seien, die Hürde von fünf Prozent nicht rechtfertigen könne und es auch darüber hinaus an zwingenden Gründen fehle, in die Wahl- und Chancengleichheit durch Sperrklauseln einzugreifen. Auch am Mittwoch sagte Voßkuhle: »Jede Sperrklausel stellt einen Eingriff in die Wahrgleichheit und Chancengleichheit der Parteien dar.«

Bei drei Prozent fielen Millionen Wählerstimmen unter den Tisch, das benachteiligte Wähler und fördere Politikverdrossenheit, so die Kläger. Das Argument neuer Kompetenzen des EU-Parlaments hält Michael Efler, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie, für vorgeschoben. Die meisten Parteien schlossen sich zu Fraktionen zusammen, die über eine erhebliche Integrationskraft verfügten und damit eine Zersplitterung des Parlaments verhinderten. »Die etablierten Parteien wollen ihre Pfründe sichern, denn proportional erhalten sie mehr Sitze, wenn kleine Parteien scheitern«, sagte Efler.



Volker Bouffier (li.) und Tarek Al-Wazir genießen offensichtlich die Aufmerksamkeit für ihr schwarz-grünes Experiment.

Foto: dpa/Frank Rumpenhorst

Weiter so nun mit den Grünen

Hessens Koalitionspartner freuen sich auf Schuldenabbau trotz Belastung und Zumutungen

Jetzt wollen die Grünen liefern. Nachdem sie den Platz der FDP an der Seite der Christdemokraten in Hessen übernahmen, sind sie optimistisch, dass sie es besser machen werden als diese.

Von Hans-Gerd Öfinger

Nach seinem vierten Anlauf als grüner Spitzenkandidat in Hessen hat es der erst 42 Jahre alte Tarek Al-Wazir geschafft. Mitte Januar soll er als stellvertretender hessischer Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vereidigt werden. Dass sein künftiger Koalitionspartner ausgerechnet die besonders konservative und über lange Jahre für ihre rassistischen Untertöne berühmt-berichtigte Hessen-CDU wird, das habe er sich noch vor drei Monaten nicht träumen lassen, bekannte Al-Wazir bei der Vorstellung des neuen Koalitionsvertrags vor Medienvertretern am Mittwoch in Wiesbaden. Doch seit der landesweit plakatierten und verletzenden CDU-Kampfpöbele »Ypsilanti, Al-Wazir und die Kommunisten stoppen« sind sechs Jahre vergangen. Viel Wasser ist seitdem den Rhein hinunter geflossen.

Neben Al-Wazir saß bei der Präsentation des gut 100-seitigen Koalitionsvertrags ein um moderate Töne bemühter CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier. Der Christdemokrat hätte eigentlich gerne weiter mit den Liberalen regiert, hat dafür jedoch keine Landtagsmehrheit mehr. Die FDP war bei der Wahl mit fünf Prozent gerade so in den Landtag gekommen. So habe sich das schwarz-grüne Bündnis als die »erfolgsversprechendere Variante« erwiesen, freute sich Bouffier und hob demonstrativ Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien hervor, die wie ein Sack voller Allgemeinplätze klangen: mehr Freiheit und Verantwortung des Individuums, weniger Bürokratie, Verantwortung vor der Schöpfung und Natur, Denken in Werten und nicht in Strukturen.

Natürlich werde die strikte Einhaltung der Schuldenbremse bis 2020 mit schmerzlichen Einschnitten verbunden sein, so Bouffier. Diese Politik sei jedoch »alternativlos«. Auch Al-

Wazir zeigte sich davon angetan, dass er an der Realisierung der Schuldenbremse künftig tatkräftig mitwirken kann. »Den letzten ausgeglichenen Haushalt hatte Hessen 1969. Genau 50 Jahre später werden wir nach den Vorgaben der Schuldenbremse wieder ohne Neuverschuldung auskommen«, schwärmte der Grüne mit Blick auf die Finanzplanung der neuen Koalition bis 2019. Natürlich werde der Schuldenabbau nicht ohne Belastungen und Zumutungen möglich sein. Aber immerhin habe man sich darauf verständigt, die Kürzungen vor allem bei der Landesverwaltung und den Beamten im Landesdienst zu vollziehen und nicht in erster Linie im Schulbereich, zeigte Al-Wazir sich erleichtert. Erste Proteste von betroffenen Gewerkschaften gegen Stellenabbau und längerfristige Besol-

»Wir wollen die Bedeutung dieser Koalition für den Bund nicht überhöhen.«

Tarek Al-Wazir

derungserhöhungen weit unter der Inflationsrate (nd berichtete) deuten allerdings auf größere Auseinandersetzungen in Hessen in den kommenden Monaten und Jahren hin.

Bouffier verteidigte die im Vertrag vorgesehene Erhöhung der Grunderwerbssteuer von derzeit 5,0 auf 6,0 Prozent ab 2015. Dies sei faktisch die einzige Möglichkeit, um die direkten Steuereinnahmen des Landes zu erhöhen. »Wer für 250 000 Euro ein Haus kaufen will, wird sich nicht davon abhalten lassen«, so der Christdemokrat. Die CDU hatte vor der Wahl Steuererhöhungen ausgeschlossen. Mit einem Steuersatz von 6,0 Prozent gehört Hessen ab 2015 bundesweit zu den Spitzenreitern und wird nur noch von Schleswig-Holstein übertroffen, wo bei einem Immobilienerwerb 6,5 Prozent erhoben werden.

In den zurückliegenden tage- und nächtelangen Koalitionsverhandlungen im beschaulichen Kurort Schlangenbad habe sich gegenseitiges Ver-

trauen entwickelt, berichteten Volker und Tarek, die sich seit kurzem duzen. Man sei trotz unterschiedlicher Standpunkte aufeinander zugegangen und habe gelernt, dass auch die andere Seite Recht haben könne, so Bouffier, der stolz verkündete, dass Landesvorstand und Fraktion seiner Partei soeben einstimmig dem Koalitionsvertrag zugestimmt hätten.

Einstimmigkeit war schon immer ein Markenzeichen der Hessen-CDU. Ganz so einmütig und glückselig dürfte es bei den Grünen nicht zugehen, zumal eine erste Durchsicht des Vertrags in weiten Teilen CDU-Profil und ein »Weiter so« nach 15 Jahren CDU-Regierung in Hessen zu Tage fördert und »grüne Handschrift« vermischen lässt. So wird das vor einem Jahr heftig umstrittene und von größeren landesweiten Protesten begleitete »Kinderförderungsgesetz« nur geringfügig nachgebessert. Konsequenzen aus den NSU- und NSA-Skandalen für den Landesverfassungsschutz fehlen ebenso wie die von SPD, Grünen und Linkspartei unterstützte Gewerkschaftsforderung nach einer Rückkehr des Landes in den Arbeitgeberverband »Tarifgemeinschaft der Länder« (TdL).

Statt des geforderten Nachtflugverbots am Frankfurter Flughafen sind lediglich »Lärmpausen« vorgesehen. Viele Punkte bleiben schwammig. »Schwarz-Grün verbindet offenbar vor allem eines: Der Wille zur Macht«, brachte es Janine Wissler (LINKE) auf den Punkt. SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel will sich am heutigen Donnerstag ausführlich zum Vertrag äußern.

Kritik am schwarz-grünen Bündnis in Hessen war in den letzten Tagen auch aus den Reihen der Grünen Jugend und aus Al-Wazirs Heimat-Kreisverband Offenbach laut geworden. Zu den Kritikern hat sich nach Angaben der »Frankfurter Rundschau« auch Al-Wazirs Mutter Gerhild Al-Wazir gestellt. Sie habe der Partei bei der nächsten Wahl »eine herbe Niederlage« prophezeit, berichtet das Blatt. Ihr Sohn sah dies am Mittwoch eher gelassen. »Wenn ich meine Mutter überzeuge, dann habe ich alle überzeugt«, so der künftige Minister. Dass ein möglicher Abgang von Kritikern der schwarz-grünen Koalition zu verkraften sei,

zeige die Bilanz der hessischen Grünen. Im Landesverband stünden 111 Austritten seit der Wahl am 22. September immerhin 84 Eintritte gegenüber. Ungeachtet der Kritik zeigte sich Al-Wazir überzeugt, dass die Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen am Samstag den Koalitionsvertrag mit breiter Mehrheit tragen werde. Das Schicksal der Liberalen, die im Bund und in Hessen als Verlierer aus den Wahlen hervorgegangen waren, werde den Grünen erspart bleiben: »Im Gegensatz zur FDP wollen und werden wir liefern.« Spekulationen über einen Modellcharakter des hessischen Bündnisses für die Bundesebene wiesen Bouffier und Al-Wazir übereinstimmend weit von sich. »Dies ist eine hessische Lösung«, betonte Bouffier. »Wir wollen die Bedeutung dieser Koalition für den Bund nicht überhöhen«, pflichtete ihm Al Wazir bei.

Kommentar Seite 4

ANZEIGE

»Glück oder Pech – Geschichten anno 2007«

Leselust bei der Jury

193 Erfahrungen an »Mein 1989«

Leben in vollen Zügen

6. ND-Lesergeschichten-Wettbewerb:

»Chance verpasst und Glück gehabt«

Reise durchs Leben

Bestes aus zehn Jahren nd-Lesergeschichten-Wettbewerb

»Frühlingsgefühle« in heißer Sommernacht

26. Oktober

Hermann Kant liest schönste Geschichten

Als das neue deutschland im Frühjahr 2004 erstmals zu einem Lesergeschichten-Wettbewerb aufrief, ahnte niemand, dass daraus eine gute Tradition werden würde: Mehr als 1500 Leserinnen und Leser sorgten seit dem immer wieder für neue Spannung und Unterhaltung.

Die vorliegende Auswahl vereint die schönsten Geschichten aus zehn Jahren nd-Lesergeschichten-Wettbewerb. nd-Redakteurin Heidi Diehl, die die Geschichten zusammengestellt hat, verweist mit Recht im Vorwort auf die »Qual der Wahl«, die die Jury alljährlich bei der Auswahl der Besten erleidet ...

Reise durchs Leben

264 S., brosch., 9,90 €

Jetzt im nd-Shop bestellen:
Tel.: (030) 29 78 – 17 77, Fax – 16 50
neues-deutschland.de/shop

neues deutschland
DRUCK VON LINKS

NACHRICHTEN

Koalition ändert Regeln für Arzneimittelpreise

Berlin. Der Bundestag will noch in dieser Woche die Preisbremse für patentgeschützte Medikamente verlängern, das seit 2009 galt und Ende des Jahres ausgelaufen wäre. Das Gesetz soll am Donnerstag beschlossen werden und sieht vor, das Moratorium bis März zu verlängern, um dann über eine Beibehaltung bis 2017 zu beraten. LINKE und Grüne signalisierten Zustimmung. Würde das Moratorium nicht verlängert, stünden den Krankenkassen Mehrkosten von 600 Millionen Euro bevor, sagte LINKEN-Gesundheitsexpertin Kathrin Vogler. Ein weiterer am Mittwoch eingebrachter Gesetzentwurf sieht vor, den Rabatt, den die Hersteller den Kassen auf verschreibungspflichtige Medikamente gewähren müssen, auf sieben Prozent festzulegen. Derzeit liegt er bei 16 Prozent. Medikamente werden für die Kassen also deutlich teurer. *AFP/nd*

Vater von Mundlos verteidigt seinen Sohn

München. Im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München hat am Mittwoch der Vater des mutmaßlichen Rechtsterroristen Uwe Mundlos seine Zeugenaussage begonnen. Siegfried Mundlos forderte, auch für seinen verstorbenen Sohn die Unschuldvermutung gelten zu lassen. Diese Forderung richte er insbesondere an die Bundesanwaltschaft. Diese müsse zudem die Bedeutung des Verfassungsschutzes für den NSU prüfen: »Sie können den Verfassungsschutz aus diesem Prozess nicht ausgliedern«, sagte er. Uwe Mundlos bildete zusammen mit Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe die Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), die für zehn Morde, zwei Bombenanschläge und eine Serie von bewaffneten Überfällen verantwortlich gemacht wird. *AFP/nd*

Rundfunkbeitrag könnte erstmals sinken

Mainz. Erstmals in der Geschichte des gebührenfinanzierten Rundfunks in Deutschland könnte die Abgabe für die Programme sinken. In ihrem aktuellen Bericht empfiehlt die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) den Ländern, den Rundfunkbeitrag ab dem Jahr 2015 um 73 Cent auf 17,25 Euro im Monat zu senken, wie die KEF am Mittwoch mitteilte. Möglich machten die Absenkung höhere Gebühreneinnahmen der Sender. *AFP/nd*

EU fordert bessere Entwicklungshilfe

Brüssel. EU-Kommissar Andris Piebalgs appelliert an den neuen Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU), die deutsche Entwicklungshilfe deutlich aufzustocken. »Deutschland hat eine Führungsrolle in Europa, es sollte auch in dieser Hinsicht Führung übernehmen«, sagte Piebalgs dem Evangelischen Pressedienst in Brüssel. Der EU-Entwicklungskommissar erinnerte daran, dass sich Deutschland wie andere westliche EU-Länder vor langem verpflichtet hat, seine Entwicklungshilfe ab 2015 auf 0,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Derzeit liegt die Quote bei 0,38 Prozent. *epd/nd*

Höhn neuer Thüringer Wirtschaftsminister

Erfurt. Der SPD-Politiker Uwe Höhn ist neuer Wirtschaftsminister in Thüringen. Der 55 Jahre alte Ingenieur erhielt am Mittwoch von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) seine Ernennungsurkunde und wurde im Landtag vereidigt. Höhn war bisher Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Er ist Nachfolger von Matthias Machnig (SPD), der auch nach heftiger Kritik an seinen Doppelbeziehungen von Bund und Land Ende November zurückgetreten war. *dpa/nd*

Die Angstmaschine

Katja Kipping und Inge Hannemann zogen zehn Jahre nach der Verabschiedung von Hartz IV eine Schadensbilanz

Von Beginn an wurde Hartz IV heftig kritisiert – auch auf der Straße. Mit der Übergabe von Unterschriften gegen das Sanktionssystem zieht der Protest nun in den Petitionsausschuss des Bundestages ein.

Von Guido Speckmann

»Der beste Kommentar zum Koalitionsvertrag von Union und SPD ist der Erfolg der Petition«, sagte Katja Kipping, Co-Vorsitzende der Linkspartei, zum Schluss ihrer gemeinsamen Pressekonferenz mit der in der Öffentlichkeit als »Hartz-IV-Rebellin« bekannten Inge Hannemann. Die Mitarbeiterin eines Hamburger Jobcenters ist inzwischen von ihrem Arbeitgeber freigestellt worden, weil sie öffentlich das Sanktionssystem von Hartz IV kritisiert und eine Petition verfasst hat, die ein Ende der Sanktionen fordert. Das erforderliche Quorum für eine Onlinepetition von 50 000 Unterschriften ist mit über 54 000 überschritten. Zusammen mit den Unterschriftenlisten seien sogar über 83 000 Unterschriften zusammengekommen. »Das ist ein sehr gutes Ergebnis«, sagte Hannemann, die einen Teil der Unterschriften am Mittwochmorgen dem Petitionsausschuss des Bundestages übergab. Dieser muss sich nun damit befassen.

Kipping und Hannemann kamen am Mittwochmittag zusammen, um zehn Jahre nach der Verabschiedung von Hartz IV durch Bundestag und Bundesrat am 19. Dezember 2003 Bilanz zu ziehen. Nun ist bekannt, dass Linkspartei und Hannemann scharfe Kritikerinnen des wichtigsten Elements der Agenda 2010 von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD)



Das Quorum ist erreicht: die Unterschriften im Petitionsausschuss Foto: Inge Hannemann

sind. Deshalb hatte man sich etwas Besonderes überlegt. Nicht an den eigenen politischen Zielen wolle man Hartz IV messen, sondern an jenen der Initiatoren. Um das Ergebnis vor-

wegzunehmen: Alle Ziele seien verfehlt worden. Kipping zufolge kann von einer »schnellen und passgenauen Vermittlung in Arbeit« nicht die Rede sein. »Fast 80 Prozent aller

Leistungsberechtigten sind mehr als ein Jahr im Hartz-IV-Leistungsbezug.« Und über 46 Prozent bezögen bereits länger als vier Jahre Arbeitslosengeld II. Somit sei die Verweildauer in Hartz IV länger als in den Vorgängersystemen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Da nur ein Viertel der erwerbsarbeitslosen Hartz-IV-Bezieher ihren Bezug durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beende, lautet Kippings Resümee: »Eine nachhaltige Integration in die Erwerbsarbeit findet nicht statt.«

Ein weiteres von Schröder und Co. mit der Einführung von Hartz IV gestecktes Ziel war die »ausreichende

»Wir konnten mobilisieren und wir haben mobilisiert.«

Inge Hannemann,
»Hartz-IV-Rebellin«

materielle Sicherung bei Arbeitslosigkeit in Abhängigkeit vom Bedarf«. Auch hier fiel Kippings Fazit ernüchternd aus. Mit Bezug auf Daten des sozio-ökonomischen Panels skizzierte sie, dass das Armutsrisiko durch die Agenda 2010 gestiegen sei. »Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz.« Auch das Ziel, die Kommunen finanziell zu entlasten, sei zehn Jahre danach nicht erreicht worden. Sie würden sogar stärker belastet. Man habe es also, so Kipping, mit einer Schadensbilanz zu tun.

Inge Hannemann berichtete von ihren Erfahrungen beim Sammeln der Unterschriften. Sie habe viel Post be-

kommen, in der Leute davon berichten, dass sie Angst hätten, sich in die Liste einzutragen. Aus Furcht, womöglich auf einer schwarzen Sanktionsliste der Jobcenter zu landen.

Hannemann machte aber auch deutlich: »Das Sanktionssystem ruft auf beiden Seiten Angst hervor.« Auch Lohnarbeiter befürchteten, durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes in das Hartz-IV-System abzurutschen. So würden sie erpressbar und verrichteten schicksalsergeben ihren Fünf-Euro-Job. Auf Seiten der direkt Betroffenen ginge die Angst so weit, dass sie zum Teil Briefe nicht mehr öffneten. »Das ist ein menschenunwürdiges System«, kritisierte Hannemann. Sie erinnerte an eine Aussage der bisherigen Ministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen (CDU), die selbst Leistungskürzungen gegen schwangere Hartz-IV-Bezieherinnen gerechtfertigt habe.

In der Diskussion berichteten mehrere Erwerbslosenaktivisten von ihren Erfahrungen. Und sie bemängelten, dass eine reine Kritik von Hartz IV auf der Basis von Statistiken nicht wiedergebe, was mit den Betroffenen passiere. »Es wird Leid produziert, das nicht mehr fassbar ist.« Ein ehemaliger Fallmanager bezeichnete »das ganze Sozialsystem als eine einzige Angstmaschine«, weil sich die Jobcenter ganz bewusst die Schwächsten der Schwachen aussuchten, um ihre Statistiken zu bereinigen. Vor diesem Hintergrund kommt Hannemanns Aussage über den Erfolg der Petition »wir konnten mobilisieren und wir haben mobilisiert« eine besondere Bedeutung zu: Demnach scheint es doch möglich, die Angst zu überwinden.

Weil sie anders aussehen

Verwaltungsgerichte in Köln und Stuttgart befassen sich mit Klagen gegen die Praxis, Menschen nur wegen ihrer Hautfarbe zu kontrollieren

In den USA und Großbritannien ist sie verboten, in Deutschland gibt es jedoch keine klaren Regelungen für das sogenannte Racial Profiling.

Von Anja Krüger

Der 38-jährige Wittener wartet am Bochumer Hauptbahnhof auf seine Freundin, als ihn zwei Bundespolizisten gezielt ansteuern – offenbar, weil sie ihn wegen seiner dunklen Hautfarbe für einen Ausländer halten. »Personenkontrolle, Ihren Ausweis bitte!«, fordern die Beamten den Heilpraktiker auf. Warum er kontrolliert werden soll, will der im breiten Ruhrpott-Slang wissen. Weil sie nach Leuten aus Syrien oder Nordafrika suchen, sagen die Polizisten. Da war der Mann noch nie. Er sieht nicht ein, warum er überprüft werden soll. Seine Freundin, eine Anwältin, kommt dazu. Sie weist die Beamten

darauf hin, dass die Personenkontrolle ohne Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Gefahr rechtswidrig sei. Das beeindruckt die Polizisten nicht, die Personenkontrolle findet schließlich auf ihrer Wache statt. Das war im November. Am gestrigen Mittwoch hat der 38-Jährige vor dem Verwaltungsgericht Köln Klage gegen das Vorgehen der Bundespolizei eingereicht.

Die Praxis von Polizisten, Menschen nur wegen ihrer Hautfarbe zu kontrollieren, nennt man »Racial Profiling«. In den USA und Großbritannien ist sie verboten, in Deutschland gibt es keine klare Regelung. »Racial Profiling« ist ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, sagt der Göttinger Anwalt Sven Adam, der den Heilpraktiker vertritt. Die gesetzliche Grundlage für das »Racial Profiling« ist Paragraf 22, Absatz 1a des Bun-

despolizeigesetzes. Er erlaubt, an Bahnhöfen, in Zügen und an Flughäfen ohne Verdacht Kontrollen vorzunehmen. So sollen Polizisten illegale Einreisen verhindern. »Unser Ziel ist ein Grundsatzurteil zur Überprüfung des Paragraphen 22 des Bundespolizeigesetzes«, sagt Adam, der ebenfalls am Mittwoch eine weitere Klage eines 28-jährigen Berliners wegen »Racial Profiling« beim Verwaltungsgericht Stuttgart eingereicht hat. Der 28-Jährige war im ICE von Berlin nach Freiburg als einziger in seinem Waggon kontrolliert worden. Er protestierte und wies die Polizisten auf die Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens hin – erfolglos.

Die beiden Kläger protestierten auch deshalb gegen die willkürliche Kontrolle, weil sie eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz kennen. Nach Auffassung der Richter ist die Kontrolle

einer Person einzig wegen ihrer Hautfarbe verfassungswidrig, weil sie gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstößt. Dem Verfahren vorausgegangen war eine Strafanzeige gegen einen Studenten wegen Beleidigung. Der Student war als einziger in einem Zug von Polizisten kontrolliert worden und hatte sich massiv darüber beschwert. In dem inzwischen eingestellten Beleidigungsverfahren erklärte einer der Polizisten, der Student sei ausschließlich wegen seiner Hautfarbe kontrolliert worden. Gerade das nachzuweisen, ist aber das Problem. Nachdem der Sachverhalt gerichtlich festgestellt war, konnte der Student gegen die willkürliche Kontrolle vorgehen. Zu einem Urteil kam es aber nicht, weil die Bundespolizeidirektion Koblenz den Fehler anerkannt und sich bei dem Studenten entschuldigte.

Dass sie nur wegen ihrer Hautfar-

be kontrolliert werden, gehört zu den Alltagserfahrungen vieler, sagt Tahir Della vom Vorstand der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland. Die Initiative unterstützt die Klagen. Sie hofft, dass der strukturelle Rassismus in deutschen Sicherheitsbehörden durch Verfahren wie diese öffentlich wird. »Ein großes Problem ist, dass sich Betroffene bei der Polizei selbst beschweren müssen«, sagt Della. Die Initiative fordert deshalb die Einrichtung einer unabhängigen Melde- und Beschwerdestelle für »Racial Profiling«, bei der Vorfälle auch statistisch erfasst werden.

Anwalt Adam erwartet im Fall der jetzt eingereichten Klagen frühestens in einem Jahr eine Entscheidung, und auch das nur, wenn eines der Gerichte einen sogenannten Vorlagebeschluss für die höchste Instanz fällt. »Man braucht einen langen Atem«, sagt Adam.

Denkzettel für Datenweitergabe

In der Nürburgring-Affäre verriet ein Politiker der Presse Vertrauliches

Der Christdemokrat Michael Billen hat geheime Polizeidaten an die Presse weitergegeben, um der Landesregierung zu schaden. Dafür bekommt der Landtagsabgeordnete eine Geldstrafe aufgebremmt.

Frankenthal. Der rheinland-pfälzische CDU-Politiker Michael Billen muss wegen der Weitergabe geheimer Polizeidaten an die Presse eine Geldstrafe zahlen. Das Landgericht Frankenthal verurteilte den Landtagsabgeordneten aus der Eifel am Mittwoch wegen Beihilfe zur Verletzung von Dienstgeheimnissen zur Zahlung von 3600 Euro (40 Tagesätze zu 90 Euro).

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 58-Jährige 2009 von seiner Tochter, einer Polizistin, geheime Daten über Geschäftspartner der Landesregierung am Nürburgring beschafft und an Medien weitergegeben hat. Billens Tochter wurde wegen der

Verletzung von Privat- und Dienstgeheimnissen ebenfalls zu einer Geldstrafe verurteilt. Billens Anwalt sagte, er werde seinem Mandanten empfehlen, in Revision zu gehen.

Die Polizeiinformationen waren Ende 2009 in zwei Artikeln zur Nürburgring-Affäre aufgetaucht. Als mutmaßlicher Ursprung wurde Billens Tochter ausgemacht. Sie hatte im Polizeidatensystem »Polis« entsprechende Anfragen gestartet. Billen räumte ein, dass er einen Ausdruck mit den Daten seiner Tochter hatte – er habe sie bei ihr »abgegriffen«, sagte er nach Bekanntwerden des Vorfalls. Dass er Informationen an die Presse lanciert habe, bestreitet er vehement.

Richter Hans-Jürgen Stricker sah das jedoch anders. Es gebe keinen vernünftigen Zweifel daran, dass es Billen gewesen sei, der die Daten weitergegeben habe. Der Tochter traue er ein solches Handeln nicht zu, und in Rheinland-Pfalz hätte niemand sonst

die Daten weitergeben können. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass ein Polizeibeamter aus einem anderen Bundesland dies getan haben könnte.

Billen habe ein starkes Motiv zur Weitergabe der Daten gehabt, so Stricker. Er habe beweisen wollen, dass die Landesregierung am Nürburgring Fehler gemacht habe. Es sei verständlich, dass die Situation für die CDU als Oppositionspartei damals unbefriedigend gewesen sei. Sie habe gewusst, dass am Nürburgring etwas falsch laufe, aber es sei schwierig gewesen, an Unterlagen heranzukommen, die den Verdacht erhärteten. Dennoch rechtfertige dies nicht die Art, wie Billen gehandelt habe. Es sei »verständlich, aber nicht zulässig«.

Das Gericht blieb in seinem Urteil für Billen deutlich unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die eine Geldstrafe von 11 700 Euro gefordert hatte. Für Billen sei es eine geringfügige Strafe, sagte Stricker. Er sprach



Konzert am Nürburgring – die Rennstrecke steht zum Verkauf. Foto: imago/Stefan M. Prager

von einem »Denkzettel«. Billen, der mit dem Urteil nicht als vorbestraft gilt, war in einem ersten Prozess vor dem Landgericht Landau noch freigesprochen worden. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte den Richter-pruch aber aufgehoben.

Billens Anwalt sagte, er halte die Entscheidung des Gerichts für falsch und empfehle daher die Revision. Auch die Staatsanwaltschaft will nach eigenen Angaben prüfen, ob sie Rechtsmittel gegen das Urteil einlegt. *dpa/nd*

Zustände in Lampedusa »entsetzlich«

Empörung über Umgang mit Flüchtlingen auf der Insel

Brüssel. Die Europäische Kommission hat sich erschüttert über den Umgang mit Flüchtlingen auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa geäußert und juristische Schritte angedroht.

»Wir haben eine Untersuchung zur entsetzlichen Behandlung in zahlreichen Auffanglagern eröffnet«, erklärte Innenkommissarin Cecilia Malmström am Mittwoch über den Kurznachrichtendienst Twitter. Ihre Behörde werde auch »nicht zögern, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten«, warnte sie. Italiens Regierungschef Enrico Letta versprach »gründliche« Ermittlungen zu dem Fall, um »die Verantwortlichen zu bestrafen«.

Beide Politiker reagierten auf einen Bericht des italienischen Fernsehsenders Rai2, der am Montagabend ausgestrahlt worden war. Zu sehen waren Aufnahmen, die ein Flüchtling auf Lampedusa mit versteckter Kamera gefilmt hatte. »Die Migranten müssen Schlange stehen zum Duschen, nackt, in der windigen Kälte, um sich mit einem Desinfektionsmittel abbrausen zu lassen«, fasste die Zeitung »Corriere della Sera« anschließend zusammen. Die Bürgermeisterin von Lampedusa sprach von Zuständen wie in einem »Konzentrationslager«, andere Politiker und Menschenrechtler zeigten sich ebenfalls entsetzt.

Für afrikanische Flüchtlinge, die jedes Jahr zu Tausenden versuchen, über das Mittelmeer in die Europäische Union zu gelangen, ist Lampedusa eines der wichtigsten Ziele. Ihre oft kaum seetauglichen Boote geraten dabei regelmäßig in Seenot, alljährlich sterben Hunderte Menschen auf dem Weg über das Meer.

Seit der Flüchtlingstragödie Anfang Oktober dieses Jahres vor Lampedusa mit mehr als 360 Toten steht die Einwanderungspolitik der Europäischen Union verstärkt in der Kritik, da sie vor allem auf noch striktere Abschottung setzt. AFP/nd

Israels Abschiebendeal ist geplatzt

Afrikanische Staaten sollten von der Aufnahme von Flüchtlingen »überzeugt« werden

Nach Protesten gegen ihre Unterbringung in Abschiebelagern im Süden Israels sind in Jerusalem 180 Afrikaner festgenommen worden. Das Ansinnen, sie an afrikanische Länder »weiterzugeben«, misslang.

Von Oliver Eberhardt, Jerusalem

2500 Flüchtlinge für 200 000 Schekel, ungefähr 41 430 Euro. Es war ein lukrativer Deal, den Boaz Bismuth, Journalist und Exbotschafter in Maueranien, mit seinem Freund, Regierungschef Benjamin Netanjahu, ausgehandelt hatte: Bismuth, so der Vertrag, sollte seine Kontakte zu afrikanischen Regierungen nutzen, um sie zur Aufnahme afrikanischer Flüchtlinge zu bewegen, egal woher sie ursprünglich stammten. Dafür sprach ihm der Vertrag ein reichhaltiges Budget für »Entwicklungshilfemaßnahmen« zu.

Am Mittwoch endete die Vereinbarung in einem Fiasko: Mitarbeiter des Außenministeriums hatten nicht nur den Vertrag, sondern auch die Stellungnahme des Staatskontrolleurs, in der die Vereinbarung als »Gehen-Sie-sofort-ins-Gefängnis-Karte« bezeichnet wird, an die Medien weitergegeben. Die dann recht schnell herausgefunden, worum es sich bei den »Entwicklungshilfemaßnahmen« tatsächlich handelt.

»Es wurden Bestechungsgelder angeboten«, sagt Tedros Adhanom Ghebreyesus, Außenminister Äthiopiens, gegenüber »nd«. »Mitarbeiter verschiedener Ministerien haben uns berichtet, dass ihnen Geld dafür angeboten wurde, dass sie Einreisevisa ausstellen oder einen Flüchtling als Äthiopier einstufen. Der Westen muss endlich lernen, dass es auch in Afrika Länder gibt, in denen man für Geld nicht alles kaufen kann.«

Die Affäre belastet Israels Beziehungen zu den Staaten Afrikas nun noch ein bisschen stärker, und das in einer Zeit, in der sich Iran, aber auch extremistische arabische Gruppierungen darum bemühen, Basen im Norden des Kontinents aufzubauen. Israel auf der anderen Seite wird hier misstrauisch beäugt, und verantwortlich dafür ist hauptsächlich die Art und Weise, wie der jüdische Staat mit den Flüchtlingen umgeht, die im Laufe der vergangenen Jahre zu



Protestmarsch am Dienstag im Schnee vor dem Jerusalemer Knesset-Gebäude – Israels Polizei zeigte kein Verständnis.

Fotos: dpa/Abir Sultan; AFP/Menahem Kahana (2)

Zehntausenden über die Grenze zu Ägypten ins Land gekommen sind.

Erst Anfang der Woche war die Flüchtlingspolitik wieder weltweit zum Thema geworden, nachdem sich an die 400 Flüchtlinge zu Fuß auf den Weg aus einem offenen Internierungslager am Rande der Negev-Wüste auf den Weg nach Jerusalem gemacht hatten; am Dienstag demonstrierten sie vor dem Büro des Premierministers gegen ihre Lebensbedingungen, bis sie von Beamten der Barak, einer polizeiähnlichen Sondereinheit von Einwanderungs- und Innenministerium, vor laufenden Kameras mit Gewalt in Busse verfrachtet und zurück in die Negev-Wüste gebracht wurden – allerdings diesmal in eine geschlossene Einrichtung, die zwar nicht Gefängnis genannt wird, aber faktisch eines ist, obwohl es dort keine Zellen gibt. Den Weg nach draußen versperren Wächter und hohe Zäune.

Eigentlich sollten in solchen Einrichtungen überhaupt keine Flüchtlinge untergebracht werden. So hat es der Oberste Gerichtshof bereits vor Monaten beschlossen. Doch die Regierung umgeht dies, indem sie eines der Internierungslager in ein Übergangwohnheim undefiniert hat, das tagsüber unter strengen Auflagen verlassen werden kann. Werden diese Regeln verletzt, unter anderem eine Meldepflicht dreimal täglich, ist die geschlossene Unterbringung aus Sicht der Regierung gerechtfertigt. Klagen dagegen sind anhängig. So oder so ist der Unterschied für die Menschen gering. Weit und breit gibt es nichts, was diese Leute außerhalb der Einrichtung tun könnten, zumal sie, falls überhaupt, über nur wenig Geld verfügen.

Israel hat keine Asylgesetzgebung und braucht nach Ansicht der derzeitigen Mitte-Rechts-Koalition auch keine. »Bei diesen Leuten handelt es sich zu 90 Prozent um Personen, die hierher kommen, um ein besseres Leben zu haben«, sagte Innenminister Gideon Sa'ar am Dienstag. Woher er das weiß, ist unklar. Es gibt keine Prüfung des Einzelfalls, keine Anhörungen. Sa'ar kündigte an, die Barak-Einheit werde weiterhin Flüchtlinge, die keinen Aufenthaltsstatus haben, festnehmen und in die Wüsteneinrichtungen bringen.

NACHRICHTEN

Hunderte Tote bei Gewalt in Südsudan – Unruhen weiten sich aus

Juba. In Südsudan haben sich die schweren Unruhen von der Hauptstadt Juba auf andere Landesteile ausgeweitet. Mehrere Hundert Menschen sollen in den vergangenen Tagen ums Leben gekommen sein. Präsident Salva Kiir wirft seinem ehemaligen Stellvertreter Riek Machar vor, die Regierung stürzen zu wollen. Der vielschichtige Konflikt hat auch ethnische Dimensionen. Experten warnen vor einem neuen Bürgerkrieg in dem jungen Land, das sich erst 2011 vom Nachbarn Sudan abgespalten hatte. dpa/nd

Kommentar Seite 4

Paris kündigt Truppen weiterer EU-Staaten an

Paris. Frankreich erwartet in Kürze Bodentruppen aus EU-Staaten zur Unterstützung des Einsatzes in der Zentralafrikanischen Republik. Es werde »bald« Bodentruppen von europäischen Partnern in dem Krisenland geben, sagte Außenminister Laurent Fabius in der Nationalversammlung in Paris, ohne die Staaten aber beim Namen zu nennen. Nach Angaben aus belgischen Militärkreisen erwägt Belgien, 150 Soldaten zu schicken. Die Bundesregierung hat Spekulationen über einen Einsatz deutscher Soldaten in der Zentralafrikanischen Republik widersprochen. Agenturen/nd

Äthiopien holte 120 000 aus Saudi-Arabien heim

Addis Abeba. Seit Beginn der Rückführung illegal in Saudi-Arabien arbeitender Migranten hat Äthiopien bereits 120 000 Menschen in die Heimat gebracht. »Wir brauchen wirklich Hilfe. Es ist wirklich eine große Herausforderung, 120 000 Menschen in weniger als einem Monat zurückzuführen«, sagte Sharon Dimanche von der Internationalen Organisation für Migration, die die äthiopische Regierung bei der Aktion unterstützt. »Es ist ein Notfall. Wir müssen Menschenleben retten.« Ihren Angaben zufolge werden 9,5 Millionen Euro zur Unterstützung der Rückkehrer benötigt. nd

Indisches Unterhaus für Gesetz gegen Korruption

Delhi. Einen Tag nach dem Oberhaus hat am Mittwoch auch das indische Unterhaus ein seit Langem heiß umstrittenes Gesetz gegen die Korruption gebilligt. Künftig sollen sich Bürger an eine unabhängige Stelle wenden können, wenn sich Politiker oder Beamte korrupt verhalten. Nun fehlt nur noch die Unterschrift des Präsidenten, damit das Gesetz in Kraft treten kann. dpa/nd

Ukraine »vor dem Bankrott bewahrt«

Kiew. Dank der russischen Milliardenhilfen hat die ukrainische Regierung nach eigener Darstellung verheerende Konsequenzen verhindert. Ohne die Vereinbarung hätten »Bankrott und sozio-ökonomischer Niedergang« gedroht, sagte Ministerpräsident Mykola Asarow vor dem Parlament in Kiew am Mittwoch. Den Moskau-Besuch des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch am Vortag nannte er ein »historisches Ereignis«. Die Hilfen seien »weder an einen Anstieg noch eine Senkung, noch ein Einfrieren sozialer Leistungen, Renten, Stipendien oder Ausgaben« geknüpft, hob er unter Anspielung auf Bedingungen des Internationalen Währungsfonds hervor.

Die westlich orientierte Opposition beklagte hingegen einen Ausverkauf des Landes. Der Staatschef habe die Republik als Pfand an Russlands Präsidenten Wladimir Putin verhörrt, sagte UDAR-Führer Vitali Klitschko vor Demonstrationen in Kiew. »Die Ukraine lässt sich nicht wie ein Boxing ring regieren«, mahnte derweil der polnische Friedensnobelpreisträger Lech Walesa. Wenn Klitschko die Macht auf der Straße gewinnen, könne er sie genauso schnell wieder verlieren.

Zwei Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wollen sich ab Donnerstag in der Ukraine ein Bild von der politischen Lage machen. Agenturen/nd

Schäbige Behandlung wirft schwere Schatten

Diplomatischer Schlagabtausch zwischen Indien und USA nach Festnahme von Delhis Generalkonsulin in New York

Seit Tagen liegen Diplomaten der USA und Indiens im Clinch. Auf die »tiefe Freundschaft« fällt wegen der »unglaublich schäbigen Behandlung« einer indischen Konsultatsvizechefin in New York ein Schatten.

Von Hilmar König, Delhi

Die Regionalmacht Indien zeigt sich empört darüber, wie die Weltmacht USA mit einer ihrer leitenden Diplomatinen umspringt.

Devyani Khobragade, stellvertretende Generalkonsulin in New York, wurde von der Polizei auf offener Straße in Handschellen gelegt und in Gewahrsam genommen, nachdem sie ihre Tochter zur Schule gebracht hatte. Auf dem Revier wurde sie verhört und musste sich angeblich einer Leibesvisitation unterziehen, ehe man sie mit Drogenabhängigen und Prostituierten in eine Zelle sperrte.

Auf Intervention der indischen Botschaft kam sie nach etlichen Stunden gegen eine Kaution von 250 000 Dollar frei.

Die Festnahme war mit der Begründung erfolgt, dass Frau Khobragade in Visadokumenten falsche Angaben über das Gehalt ihrer indischen Hausangestellten gemacht habe. Sie soll nur etwa drei Dollar Stundenlohn statt der vorgeschriebenen und in den Visaformularen angegebenen neun Dollar zahlen. Nach Auffassung der Behörden hat es sich bei der Festnahme um eine »Standardprozedur« gehandelt.

Nach fünf Tagen Abwartens ergriff Indien, wie es glaubt, »reziproke Maßnahmen«. Zuerst wurde Bot-

schafterin Nancy Powell ins indische Außenministerium bestellt, wo ihr Staatssekretärin Sujata Singh den unmissverständlichen Protest der Regierung überbrachte.

Da es von Washingtons Seite keine Geste des Bedauerns oder gar eine Entschuldigung gab, überschlugen sich die Ereignisse in Delhi. Eine Delegation des US-Kongresses fand plötzlich keine Gesprächspartner im Gastland. Regierung und Opposition sagten alle Treffen ab. Am Dienstag fuhren unerwartet Bagger und Kranwagen vor der USA-Botschaft auf und bauten alle Barrikaden ab, die seit dem 11. September 2001 zum Schutz des Geländes errichtet worden waren. Die Straße Nyaya Marg im Botschaftsviertel ist seitdem für den öffentlichen Verkehr wieder frei.

Zeitgleich mit diesem demonstrativen, vom Fernsehen live übertragenen Akt erließ das Außenministerium etliche Verfügungen: Alle Sondergenehmigungen für US-amerikanisches Botschaftspersonal zum Betreten der Flughäfen wurden ungültig gemacht. Indien stoppte die Zollabfertigung von Importen für die USA-Botschaft. Alle Konsultatsmitarbeiter haben ihre Identitätsausweise abzugeben. Sie werden herabgestuft auf das Niveau indischer Konsultatsmitarbeiter in den USA.

Delhi verlangt detaillierte Angaben über die Gehälter aller indischen Beschäftigten, einschließlich der Hausangestellten, die in US-Konsulaten arbeiten.

Von effektiven Maßnahmen, diese Frage zu behandeln und »die Würde unserer Diplomatin zu schützen«,

sprach Außenminister Salman Khushid. Sie seien eine klare Botschaft, dass diese Art des Umgangs inakzeptabel ist. Daniel Arshack, Anwalt von Devyani Khobragade in New York, sprach von einer »unglaublich schäbigen Behandlung«.

Die indische Opposition schloss sich in seltener Einigkeit dem energischen Protest an. Die Regierung müsse auf jeden einzelnen Schritt der USA mit gleicher Münze antworten, um »Indiens Souveränität und das Prestige seiner Diplomaten zu wahren«, so der Sprecher der Indischen Volkspartei (BJP), Ravishankar Prasad. Ein solches Verhalten der USA entspreche nicht dem Niveau der Freundschaft zwischen beiden Staaten. Immerhin pflegen sie seit Längerem aus geopolitischen Erwägungen einen strategischen Dialog. Indische Medien ziehen den Schluss, Washington könne nur deshalb so hemdsärmelig auftreten, weil Delhi eine »zu weiche Regierung« und eine »zu zahme Außenpolitik« habe. Mit der Volksrepublik China wären die US-Amerikaner gewiss nicht so umgesprungen.

Marie Harf, die Sprecherin des State Department in Washington, versuchte im Gespräch mit der Zeitung »The Hindu«, die Affäre herunterzuspielen. Sie sei »nicht bezeichnend für die engen und gegenseitig respektvollen Beziehungen«. Harf gab zu, dass es sich um eine »reizbare Frage für viele in Indien« handelt. Ihre Regierung werde alle Umstände des Vorfalls überprüfen, »um sicherzustellen, dass alle geeigneten Maßnahmen ergriffen und jede Höflich-

keit gewahrt wurden«. Vielleicht der Beginn eines vorsichtigen Einlenkens. Doch noch liegt der Schatten über, wie Frau Harf es formulierte, »einer breiten und tiefen Freundschaft, der sich die USA und Indien erfreuen«.

ANZEIGE

►ND LESERREISEN

MALTA ERKUNDEN

DEM WINTER ENTFLEIHEN



Anfragen/Buchung
030/2978-1621
030/2978-1620
Durchführungsgarantie!

► Je 8 Tage ab 22.01., 29.01.2014
05.02., 12.02., 19.02.; 05.03., 12.03.2014

► pro Person im DZ € 669,-
► pro Person im DZ € 818,-

Flug ab Berlin/8 Tage/7 x Ü/VP/4*-Hotel Dolmen Resort (o. gleichwert.); 2 Ganztagsausflüge: · Valetta mit Multivisionsshow · Malta's Höhepunkte; Halbtagsausflug »Die drei alten Städte«; fak. Schwesterninsel Gozo und Hofenrundfahrt; Ausflüge mit deutschsprachiger Reiseleitung sowie deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

EZZ € 98,-
fak. Ausflug Gozo € 52,-
fak. Hofenrundfahrt & Silema € 32,-
Außerdem: Musikreise Malta 19.03. – 23.03.2014
p.P. im DZ € 799,-; EZZ € 65,-

Informationen/Buchung: nd-Leserreisen, Frau Kohlmetz/Herr Diekert, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin; Fax 030/2978-1650 · leserreisen@nd-online.de · www.neues-deutschland.de/leserreisen

NACHRICHTEN

Leugnung von Genozid an Armeniern von Meinungsfreiheit gedeckt

Straßburg. Die Behauptung, das osmanische Reich habe im Jahr 1915 keinen Völkermord an der armenischen Bevölkerung begangen, ist von der Meinungsfreiheit gedeckt. Solche umstrittenen Meinungen müsse eine pluralistische und demokratische Gesellschaft aushalten, urteilte am Dienstag der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Damit bekam Dogu Perincek, Vorsitzender der türkischen Arbeiterpartei, von den Straßburger Richtern recht. Der heute 71-Jährige hatte 2005 in der Schweiz auf mehreren Vorträgen einen Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg im damaligen osmanischen Reich geleugnet. Der Genozid, der den Türken zur Last gelegt wird, sei eine »internationale Lüge«. Daraufhin hatte die Vereinigung »Schweiz-Armenien« Strafanzeige gestellt. epd/nd

US-Internetkonzerne für Geheimdienstreform

Washington. Die Chefs führender US-Internetkonzerne haben Präsident Barack Obama bei einem Treffen im Weißen Haus zu einer Reform der Geheimdienste aufgefordert. Fast zwei Stunden lang diskutierte Obama mit Apple-Chef Tim Cook, dem Google-Verwaltungsratsvorsitzenden Eric Schmidt und Yahoo-Chefin Marissa Mayer. Auch die Geschäftsführerin von Facebook, Sheryl Sandberg, und Twitter-Chef Dick Costolo zählten zu den 15 Topmanagern, die an dem Gespräch teilnahmen. Das Weiße Haus erklärte, Obama habe sich zu einem offenen und freien Internet bekannt. Die Regierung werde die Sorgen der Technologiekonzerne bei der derzeit laufenden Überprüfung der Geheimdienstarbeit berücksichtigen. AFP/nd

Plan für Vernichtung syrischer Chemiewaffen

Den Haag. Die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) hat am Mittwoch den Plan für die Vernichtung der syrischen Giftgasbestände vorgestellt. An der mehrstufigen Operation sollen eine Reihe von Staaten beteiligt sein, wie OPCW-Generaldirektor Ahmet Üzümcü dem Exekutivrat seiner Organisation im niederländischen Den Haag erklärte. Eine Schlüsselrolle soll demnach die US-Marine mit dem Spezialschiff »MV Cape Ray« einnehmen, auf dem die gefährlichsten Kampfstoffe vernichtet werden sollen. Auf dem Spezialschiff sollen die Kampfstoffe mithilfe von Wasser in ihre Bestandteile gespalten werden. Übrig bleiben soll toxischer Müll, der ähnlich wie Industriemüll entsorgt werden kann. AFP/nd

Präsidentenpartei und Verbündete Wahlsieger

Bamako. Bei der Parlamentswahl in Mali haben die Partei von Präsident Ibrahim Boubacar Keita und seine Verbündeten nach offiziellen Angaben gewonnen. Wie der Minister für Territorialverwaltung, Moussa Sinko Coulibaly, am Dienstagabend unter Berufung auf vorläufige Ergebnisse im Staatsfernsehen erklärte, erhielten die Sammlungsbewegung für Mali und ihre politischen Partner bei der zweiten Wahlrunde am Sonntag insgesamt 115 von 147 Sitzen. Demnach lag die Wahlbeteiligung bei 37,2 Prozent – noch weniger als bei der ersten Runde mit 38,6 Prozent. 20 Monate nach dem Militärputsch sollte die zweite Wahlrunde die mühsame Rückkehr zur Demokratie in dem westafrikanischen Land abschließen. Das Votum wurde überschattet von einem Anschlag auf UN-Soldaten am Vortag, bei dem zwei Blauhelme aus Senegal getötet wurden. Das Land war durch einen Militärputsch im März 2012 ins Chaos gestürzt. AFP/nd

Ankaras juristische Zumutungen

In der Türkei beginnen drei Sammelverfahren gegen Anwälte. Hintergrund: der Kurdenkonflikt

Keine Spur mehr vom politischen Tauwetter des Frühjahrs in der Türkei in Sachen Kurdistan. Heute wird ein Massenprozess gegen kurdische Anwälte fortgesetzt.

Von Thomas Eipeldauer

Silivri liegt etwa 50 Kilometer außerhalb Istanbuls und beherbergt das größte Gefängnis der Türkei. 11 000 Häftlinge können hier untergebracht werden, das Lager verfügt auch über einen angegliederten Gerichtssaal. Jetzt soll es dreimal zum Schauplatz von Massenprozessen gegen türkische und kurdische Anwälte werden, denen zum Teil langjährige Haftstrafen drohen.

Den Auftakt macht am 19. Dezember die Fortsetzung von einem der sogenannten KCK-Verfahren. 46 Anwälte werden beschuldigt, Mitglieder der Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) zu sein, die von der türkischen Regierung als terroristische Vereinigung eingestuft wird. Nur vier Tage später beginnt der Prozess gegen Mitglieder der Fortschrittlichen Anwaltsvereinigung (CHD) und des Anwaltsbüros des Volkes (HBB), die im Januar 2013 wegen des Verdachts, der in der Türkei verbotenen Stadtguerilla DHKP-C anzugehören, festgenommen worden waren. Und Anfang nächsten Jahres muss sich der Vorstand der Istanbul Rechtsanwaltskammer wegen »illegaler Beeinflussung des Gerichts«, die es in einem früheren Verfahren gegeben haben soll, verantworten.

Die Hamburger Rechtsanwältin Gül Pinar, die für den Deutschen Anwaltverein die Verfahren gegen Juristen in der Türkei beobachtet, spricht gegenüber »nd« von einer neuen Qualität der Verfolgung von Juristen: »Noch nie in der Geschichte der Republik Türkei haben sich so viele Rechtsanwälte in Haft befunden.« Ein faires Verfahren, so Pinar, sei nicht zu erwarten. Es werde »gegen so ziemlich alle Vorschriften zur Wahrung der prozessualen Rechte von Angeklagten« verstoßen.



»Hände weg von unseren Parlamentariern« forderten kurdische Demonstranten schon vor einem Jahr anlässlich ähnlicher Prozesse in Ankara.

Foto: AFP/Adem Altan

Acht mal ist man bislang vor Gericht zusammengekommen, dabei sitzen manche der Beschuldigten bereits seit zwei Jahren in Untersuchungshaft. Das verstößt nach Ansicht vieler Juristen gegen den Beschleunigungsgrundsatz. Auch im CHD-Prozess, bei dem unter anderem der Präsident dieser größten linken Anwaltsvereinigung angeklagt ist, sind neun der Angeklagten bereits seit Jahresbeginn inhaftiert.

Auffallend ist zudem, dass die Beweislage äußerst dünn ist. Viele Dokumente sind der Verteidigung nicht zugänglich und werden geheimgehalten. Deutlich wird auch, dass den Anwälten die normale Ausübung ih-

res Berufes zum Vorwurf gemacht wird. So wird etwa bei den Mitgliedern des CHD und des HBB wegen des Umstands, dass diese politische Gefangene aus den Reihen der DHKP-C verteidigen, behauptet, sie müssen selbst Mitglieder der Gruppe sein.

Im KCK-Verfahren zieht man Gespräche, die Anwälte mit dem auf der Gefängnisinsel İmralı inhaftierten Kurdenführer Abdullah Öcalan geführt haben, als Belege für die Terrorismusvorwürfe heran. »Auch im türkischen Recht ist es untersagt, die Unterhaltungen zwischen Anwälten und ihren Mandanten abzufragen. Aber genau das haben sie gemacht. Und diese Aufnahmen zählen jetzt zu

den Hauptbeweisen«, so Ramazan Demir, der derzeit einige seiner Kollegen in Istanbul verteidigt.

Wiederholt hat die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert, dass die Regierung in Ankara Terrorvorwürfe nutzt, um unliebsame Oppositionelle zu kriminalisieren. Auch bei den nun beginnenden Prozessen ist die Vermutung, dass sie zur Einschüchterung linker und revolutionärer Anwälte dienen sollen, kaum von der Hand zu weisen. Im Rahmen der Repression gegen die Union der Gemeinschaften Kurdistans wurden insgesamt mehrere tausend Personen – darunter Professoren, Journalisten, Politiker

und Studenten – festgenommen. Hier verfolgen die Behörden generell das Ziel, die kurdische Bewegung in der Türkei zu schwächen. Im CHD-Verfahren wiederum geht es um Anwälte, die vor allem jene vertreten, die von der Regierung als »Feinde« eingestuft werden: Sozialisten, Teilnehmer der Gezi-park-Proteste, Frauen, die sich gegen Diskriminierung wehren, Menschen aus ärmeren Stadtteilen, die gegen die »urbane Transformation« genannte großangelegte Gentrifizierung vorgehen.

»Diese Fälle haben ja politisch motiviert begonnen, und sie werden auch mit einer politischen Entscheidung enden«, so Demir.

Halbfreier Urnengang in Honduras?

Ulrike Lunacek über die Wahlbeobachtungsmission der EU



Ulrike Lunacek ist Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Die Österreicherin vertritt die Fraktion Grüne/EFA als Sprecherin in europäischen und außenpolitischen Fragen. Ende November leitete sie die EU-Wahlbeobachtermission in Honduras. Zum Sieger der Präsidentenwahl wurde unter Protest der linken Opposition der rechte Juan Orlando Hernández erklärt. Harald Neuber befragte Ulrike Lunacek. Foto: AFP/Orlando Sierra

Frau Lunacek, die von Ihnen geleitete EU-Beobachtermission bei den Wahlen in Honduras sprach in ihrem vorläufigen Bericht von einem ruhigen Verlauf. Zugleich gab es in dem mittelamerikanischen Land Massenproteste der Opposition gegen einen vermeintlichen Wahlbetrug. Wer hat denn nun Recht?

Zum einen möchte ich betonen, dass der Bericht, den ich am 26. November – nicht einmal 48 Stunden nach der Schließung der Wahlurnen – vorgestellt habe, vorläufigen Charakter hat. Der Endbericht wird gerade erstellt und den werde ich Anfang kommenden Jahres auch in Honduras vorstellen. Unser Bericht enthält zwei Dinge: Zum einen war die Wahlkampagne undurchsichtig und ungleich. Der Wahltag selbst aber ist transparent verlaufen. Transparent heißt nicht, dass alles in Ordnung war. Das heißt, dass dort, wo es Fehler, Unregelmäßigkeiten und versuchte Manipulationen gab, dies offengelegt werden konnte. Aber im Bericht gehen wir auch auf den Missbrauch öffentlicher Gelder durch die Nationalpartei für die Wahlkampagne ein, die fehlende Gewaltenteilung, die hohe Straflosigkeit und das Versagen der Justiz sowie die politische Gewalt.

In der honduranischen und internationalen Presse war davon wenig zu erfahren. Fühlen Sie sich missverstanden?

Die Tatsache, dass sich alle Medien nur auf den Wahltag konzentriert haben, ist tatsächlich ein Problem. Es ärgert mich außerdem, wenn der spanische Begriff »transparente« hier mit »frei und fair« übersetzt wird. Das ist falsch und ich habe es nie gesagt.

Ihr Stellvertreter, der Spanier José Antonio de Gabriel, wurde vor wenigen Tagen in einem regierungsnahen Blatt in Honduras erneut mit der Aussage zitiert, dass alles ruhig verlaufen sei.

Ja, für den Wahltag stimmt das. Er hat aber auch gesagt, dass es Unregelmäßigkeiten gab, etwa gekaufte Wahlausweise der Beisitzer. Er hat auch erwähnt, dass der ungleiche Zugang zu Finanzen im Wahlkampf für große Probleme gesorgt hat.

Nach Angaben Ihres Landsmanns Leo Gabriel, der an der EU-Mission teilnahm, gab es dennoch Dissens in der Delegation.

Ich finde, dass Leo Gabriel, den ich gut kenne, einen Fehler gemacht hat. Wahlbeobachtung heißt, dass man unparteiisch sein muss. Ich kann mich

nicht ohne sachliche Begründungen auf eine Seite stellen.

Denken Sie, dass Herr Gabriel, der nach seiner Kritik von der Mission suspendiert wurde, politisch vorgeeignet wurde?

Das kann ich nicht beurteilen. Aber er hat den Verhaltenskodex gebrochen, indem er eine Pressekonferenz gegeben hat. Vor allem aber war er Kurzeitbeobachter und nur in einem Teilbereich einer Region. Und dort hat die Antikorruptionspartei PAC gewonnen. Mehrheitlich war das aber anders. LIBRE hat in drei Regionen gewonnen, die Liberalen in einer und die Nationale Partei in 13.

Was ist also Ihr Resümee?

Wir werden verschiedene Dinge empfehlen. Ein Wahlkampfkostengesetz zum Beispiel. Hinzu kommen juristische Fragen: Dass Juan Orlando Hernández, der Wahlsieger, etwa Parlamentspräsident blieb, obwohl er schon kandidierte. Dass er in dieser

Zeit die Obersten Richter absetzen ließ. Der Mangel an Gewaltenteilung. Der Einsatz der von Hernández im August geschaffenen Militärpolizei als Mittel der Wahlkampagne. Diese Kritik wird sich in unserem Bericht finden.

Frau Lunacek, haben in Honduras also freie und faire Wahlen stattgefunden?

Das ist nicht eindeutig mit Ja oder Nein zu beantworten. Der Wahlkampf selber hat demokratischen Anforderungen nicht genügt. Die Manipulationen fanden vor der Abstimmung statt. Am Wahltag selbst aber war die Bereitschaft der Leute groß, der Angst im Land zu widerstehen. Es sind viele Menschen wählen gegangen. Das ist eine tolle Leistung und das will ich nicht schmälern lassen durch das, was es an Unregelmäßigkeiten am Wahltag gegeben hat – und die können auch den Unterschied von 250 000 Stimmen zwischen Hernández und Castro nicht ausmachen.



Protest gegen Wahlbetrug in Honduras

Foto: AFP/Orlando Sierra

Tepco will alle Reaktoren für immer stilllegen

Betreiber von Fukushima verkündete Beschluss

Tokio. Der Betreiber des havarierten Atomkraftwerks Fukushima in Japan will nun auch zwei weitgehend unbeschädigte Reaktoren des AKW dauerhaft stilllegen. Die zum Zeitpunkt des Unglücks im Jahr 2011 zu Routineinspektionen abgeschalteten und deshalb relativ intakt gebliebenen Meiler 5 und 6 werden ebenfalls permanent außer Dienst gestellt, wie das Unternehmen Tepco am Mittwoch mitteilte.

Das Atomkraftwerk Fukushima verfügte über sechs Reaktoren, als es im März 2011 von einer Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe zerstört wurde. Die Reaktoren 1 bis 4 wurden schwer beschädigt, in drei von ihnen kam es zur Kernschmelze und zum Austritt radioaktiver Substanzen, die weite Teile der umliegenden Region verstrahlten. Tausende Tonnen radioaktiv verseuchtes Wasser, das zu Kühlzwecken an den beschädigten Reaktoren eingesetzt und in Wassertanks gelagert worden war, gelangte in den Pazifik.

Regierung und Öffentlichkeit hatten Tepco unter Druck gesetzt, die Reaktoren nicht wieder in Betrieb zu nehmen. Der Beschluss zur vollständigen Stilllegung fiel erst, nachdem die Buchführungsregeln dahin geändert wurden, dass keine massiven Abschreibungsverluste entstehen. Tepco erwägt, die Reaktoren 1 bis 4 für Forschung nutzbar zu machen. Betreiber und Regierung gehen davon aus, dass es vier Jahrzehnte dauert, die havarierten Meiler komplett abzubauen. AFP/nd

Teurer, aber nicht unbedingt besser

Barmer-GEK-Bericht: Finanzierung einer guten Pflege noch nicht gesichert

Immer mehr Menschen müssen im Alter gepflegt werden. Viele Fragen zur Organisation dieses gesamtgesellschaftlichen Problems sind derzeit jedoch noch ungelöst.

Von Ulrike Henning

Mit 2,5 Millionen Menschen ist die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland so hoch wie nie zuvor. Auch ihr Anteil an der Finanzierung der Pflegeleistungen steigt weiter, wie die Barmer GEK bei der Vorstellung des diesjährigen Pflegereports gestern in Berlin feststellte.

Generell wächst die Zahl der Pflegebedürftigen mit dem zunehmenden Anteil Älterer in unserer Gesellschaft – andererseits wird der betroffene Personenkreis im Durchschnitt nicht schlimmer oder öfter krank. Das belegen weitere Zahlen aus dem Bericht, der auf Basis von Versichertendaten erstellt wird. Bestätigt hat sich ebenso wenig die frühere These, dass die Pflegeheime immer mehr zu »Siechenheimen« werden. Bei den neu Aufgenommenen in diesen Einrichtungen stieg der Anteil mit der niedrigsten Pflegestufe I deutlich, bei den Männern von 36 auf 48 Prozent, bei den Frauen von 45 auf 53 Prozent. Verglichen wurden die Jahre 2000 bis 2002 mit dem Zeitraum 2009 bis 2011. Die Überlebensdauer in der stationären Pflege ist bei Frauen unverändert, bei den Männern steigt sie leicht an.

Die Zahlen sagen noch nichts über notwendige Verbesserungen in der



Pflegeheim in München – die Anzahl der Bewohner wächst.

Foto: imago/Michael Westermann

Pflege sowie die Sicherheit der Finanzierung aus. Hier zeigt sich weiter die Tendenz, dass der private Anteil wächst, wie es auch schon im vorjährigen Report festgestellt worden war. Dennoch gibt Rolf-Ulrich Schlenker vom Barmer-GEK-Vorstand dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD in der Pflege

überwiegend gute Noten. Jedoch scheint er positiven Auswirkungen der geplanten Beitragserhöhung um insgesamt 0,5 Prozent noch recht skeptisch entgegenzusehen.

Nicht erbaut zeigte sich Schlenker darüber, dass die lange verschobene Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs erst in der zweiten

Hälfte der neuen Legislaturperiode stattfinden soll. Zwar seien die zunächst geplanten Verbesserungen im Wohnumfeld, bei der Pflegezeit der Angehörigen und bei der Stärkung der Pflegeberufe zu begrüßen. Hierfür sollen die ersten 0,2 Prozent der geplanten Beitragserhöhung verwendet werden. Heinz Rothgang von

der Universität Bremen und Autor des Reports hält die sich hier ergebenden zwei Milliarden Euro für zu knapp. Außerdem bestünde die Gefahr, dass die zweite Phase der Reform auf der Basis der neuen Leistungen noch teurer werde als vorgesehen. Rein körperlich eingeschränkte Pflegebedürftige könnten mit der neuen Definition ab 2015 schlechter gestellt werden.

Deutliche Kritik erntete der geplante Pflegevorsorgefonds, für den ein Fünftel der künftigen Beitragssatzerhöhung aufgewendet werden soll. Diese Kapitalstockbildung sei zwar »gut gemeint«, so Schlenker, aber angesichts der aktuellen Zinssätze und der Finanzmarktstabilität sei das kein sicheres Modell. Rothgang verwies auf die weiterhin hohen Eigenanteile für Langzeit- und Heimpflege und die Untauglichkeit des sogenannten Pflege-Bahrs, der staatlich geförderten privaten Zusatzversicherung.

Schwerpunktthema des diesjährigen Reports war die Rehabilitation während und vor der Pflege. Zwar gingen 15 Prozent der Pflegebedürftigen über 65 Jahren noch vor dem neuen Lebensabschnitt in eine Reha. Meist sei die aber im Zuge eines Schlaganfalls oder Herzinfarkts nötig geworden. Im ersten Jahr nach Pflegeeintritt kommen nur noch sieben Prozent der Betroffenen in eine solche Maßnahme. Ob eine Reha für die Älteren in der Regel noch wirksam ist, konnte mit den vorhandenen Daten nicht nachgewiesen werden.

NACHRICHTEN

Rhön-Konzern soll Putzkräfte ausgebeutet haben

München. Der Rhön-Konzern, einer der größten privaten Klinikbetreiber in Deutschland, soll einem Bericht zufolge jahrelang Putzkräfte systematisch ausgebeutet haben. Die »Süddeutsche Zeitung« berichtete am Mittwoch unter Berufung auf Zolluntersuchungen, zahlreiche Beschäftigte hätten ausgesagt, sie seien unter Druck gesetzt worden, regelmäßig länger zu arbeiten als vereinbart. Die Überstunden seien nicht bezahlt worden. Demnach soll der Rhön-Konzern auf diese Weise den gesetzlichen Mindestlohn unterlaufen haben. Das Unternehmen betreibt sechs eigene Reinigungsgesellschaften mit mehreren tausend überwiegend weiblichen Beschäftigten. Sie putzen dem Bericht zufolge in mehr als 40 Kliniken Patientenzimmer, Operationssäle und Krankenhausstationen. AFP/nd

EU einigt sich auf Fischquoten für 2014

Brüssel. Umweltschützer haben die neuen Fischfangquoten der EU für 2014 positiv bewertet: Die EU-Staaten schonten die Fischbestände stärker als in der Vergangenheit, kommentierte die Umweltschutzorganisation WWF die Regeln am Mittwoch. Auch die deutsche Fischerei zeigte sich mit den neuen EU-Fangquoten für die Nordsee zufrieden. »Wir begrüßen insgesamt die Bemühungen des Ministerrates, die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände in Europa zu sichern«, sagte Peter Breckling, Generalsekretär des Deutschen Fischerei-Verbandes, am Mittwoch in Hamburg. Nach offiziellen EU-Dokumenten würden bereits mehr als 60 Prozent der Fischbestände in der Nordsee nachhaltig bewirtschaftet. Die EU-Staaten hatten sich am Dienstag in Brüssel auf Fischfangmengen für das kommende Jahr für die Nordsee, den Nordatlantik und das Schwarze Meer geeinigt. dpa/nd

Erneutes Handelsdefizit Japans

Tokio. Teure Brennstoffimporte und ein schwacher Yen haben Japan erneut ein Milliardendefizit in seiner Handelsbilanz gebracht. Nach Angaben der Regierung in Tokio vom Mittwoch betrug das Defizit im November 1,29 Billionen Yen (rund 9,2 Milliarden Euro), insgesamt bereits der 17. Monat in Folge mit einer negativen Handelsbilanz. Die Einfuhren stiegen nach einem Bericht des Finanzministeriums im Vergleich zum November des Vorjahres um 21,1 Prozent auf ein Volumen von 7,19 Billionen Yen, gegenüber einem Anstieg der Exporte auf 5,9 Billionen Yen. Innerhalb eines Monats sei der Erdöl-Import um 34,9 Prozent gestiegen, während die Einfuhr von Flüssiggas um 37,4 Prozent zugenommen habe. Wegen der Abschaltung der Atomkraftwerken nach der Katastrophe von Fukushima im März 2011 ist Japan auf teure fossile Brennstoffe zur Stromproduktion ausgewichen. dpa/nd

Amazon-Beschäftigte weiter im Streik

Bad Hersfeld. In den Logistikzentren des Online-Versandhändlers Amazon lassen Beschäftigte auch am Mittwoch ihre Arbeit ruhen. Die Aktion sei »normal gut angefallen«, sagte ver.di-Sprecherin Mechthild Middeke. In Leipzig sollen rund 500 Mitarbeiter streiken. In Bad Hersfeld wollen die Beschäftigten im Laufe des Tages darüber beraten, ob und wie die Aktionen am größten deutschen Amazon-Standort weitergehen sollen. Ziel der Aktionen ist ein Tarifvertrag nach den Bedingungen des Einzel- und Versandhandels. Bei Amazon arbeiten bundesweit rund 9000 Mitarbeiter in acht Versandzentren, unterstützt werden sie von 14 000 saisonalen Aushilfen. dpa/nd

Stromnetze müssen ausgeschrieben werden

Urteil: Rekommunalisierung nicht automatisch möglich

Karlsruhe. Städte und Landkreise können Stromnetze nach dem Ablauf von Konzessionen für private Stromversorger nicht ohne weiteres wieder selbst übernehmen. Sie müssen die Netzvergabe vielmehr transparent ausschreiben und dürfen Mitbewerber dabei nicht diskriminieren, wie der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe in einem am Mittwoch bekanntgegebenen Urteil entschied. Auf den Vorrang der vom Grundgesetz garantierten kommunalen Selbstverwaltung können sich die Gemeinden demnach nicht berufen.

Damit scheiterte die Stadt Heiligenhafen sowie weitere verbundene 36 Gemeinden in Schleswig-Holstein,

weil sie die Konzessionen nicht korrekt ausgeschrieben hatten. Dies müssen sie nun nachholen. Die Urteile sind bedeutsam, weil bis 2016 über 2000 Netzverträge mit privaten Energieversorgern auslaufen und viele Kommunen die Versorgung wieder selbst in die Hand nehmen wollen.

In den Konzessionsverträgen vergeben Kommunen gegen Gebühr das Recht, Straßen und andere öffentliche Räume für die Verlegung und den Betrieb von Stromkabeln oder Gasleitungen zu nutzen. Diese Verträge laufen über bis zu 20 Jahre. Rekommunalisierungen sind immer nur dann möglich, wenn Konzessionsverträge auslaufen. AFP/nd

Einigung über Bankenunion

EU-Finanzminister finden Verfahren zur Abwicklung von Geldinstituten

Was tun, wenn eine Bank pleitegeht? Die EU-Staaten wollen einen Fonds gründen, in den die Institute selbst einzahlen müssen.

Brüssel. Die Verhandlungen über die künftige Abwicklung von Krisenbanken in Europa gehen auf die Zielgerade. Die EU-Finanzminister kamen am Mittwoch in Brüssel zusammen, um nach monatelangem Streit eine Einigung zu erzielen. Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici zeigte sich zuversichtlich: Die Finanzminister hatten die Beratungen in einer Nachtsitzung vorbereitet. EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn sprach im Anschluss von einem »entscheidenden Durchbruch«. Die Minister haben den Auftrag, sich bis zum heute beginn-

den EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs zustande zu einigen.

Die Minister verhandeln seit Monaten darüber, wie ein europäischer Mechanismus und ein gemeinsamer Fonds zur Bankenabwicklung aufgebaut werden soll. Das ist neben der Bankenaufsicht die zweite Säule der EU-Bankenunion. Streit gab es etwa darum, wer das letzte Wort über die Schließung einer Bank bekommt oder welche Rechtsgrundlage gewählt wird. Inzwischen ist klar, dass der Fonds aus Beiträgen der Banken gespeist werden und innerhalb von zehn Jahren mit über 50 Milliarden Euro gefüllt werden soll. Dabei wird es zunächst nationale Kammern für jeden Staat geben, die immer weiter verschmelzen. Dass Deutschland diese Vergemeinschaftung ge-

schluckt habe, sei »ein großer Schritt nach vorne«, sagte ein EU-Diplomat.

Unstrittig ist inzwischen auch, dass die größten etwa 250 Banken unter das neue Abwicklungsregime fallen. In der Nacht auf Mittwoch diskutierten die Minister die Frage, woher das Geld kommen soll, wenn eine Bank abgewickelt werden muss, die Mittel im Fonds aber nicht ausreichen. Dafür sind laut Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nun verschiedene Ansätze im Gespräch, etwa dass der Fonds Kredite aufnimmt. Die Minister hätten sich aber auf eine »klare Linie« verständigt: Am Ende würden die Banken zahlen. Schäuble wehrt sich dagegen, dass der Eurorettungsfonds ESM angezapft werden soll. AFP/nd
Kommentar Seite 4

Fouls und Finten im dänischen Parlament

Der kommende Staatshaushalt wurde beschlossen – aber die Ausrichtung fiel am Ende bürgerlicher aus als von einigen geplant

Heute wird der dänische Haushalt für 2014 endgültig verabschiedet. Zuvor hatten die Verhandlungen ein überraschendes Ende gefunden.

Von Andreas Knudsen

Die Verhandlung zum dänischen Staatshaushalt 2014 fanden einen dramatischen Abschluss, als der sozialdemokratische Finanzminister Bjarne Corydon in letzter Minute entschied, die Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition abzuschließen statt mit der rot-grünen Einheitsliste, ihrer parlamentarischen Basis außerhalb der Regierungskoalition. Wie die Liste selbst betrachteten die dänischen Medien die Verhandlungen als im Wesentlichen abgeschlossen und warteten nur noch auf die Pressekonferenz. Der innerhalb weniger Stunden mit der bürgerlichen Opposition ausgehandelte Budgetentwurf ließ die Vertreter der Einheitsliste aber vergeblich auf den entscheidenden Anruf warten.

Die Verhandlungsführer der Regierung mit Finanzminister Bjarne Corydon an der Spitze wurden hinterher nicht müde zu erklären, dass die Einheitsliste den Bogen mit ihren



Hinter der friedlichen Fassade des dänischen Parlamentes ging es hoch her.

Foto: imago/Arco Images

Forderungen überspannt hätte. Im Kern ging es deren Vertretern letztlich darum, die verhandelten Ergebnisse schriftlich zu fixieren, um zu verhindern, dass das Geld für einen anderen als den vereinbarten Zweck verwendet wird. Schon früher war das mehrfach passiert – nun wollte die Liste auf Nummer sicher gehen.

Das Scheitern der Verhandlungen mit dem linken Lager ist letztlich dem fehlenden Vertrauen zwischen Koalition und Einheitsliste zuzuschreiben. Die sozialdemokratisch geführte Regierung vertritt eine im Grunde bürgerliche Wirtschaftspolitik. Desto ärgerlicher ist der diesjährige Schiffbruch, denn die linken Partner hat-

ten sich beispielsweise auf einen grünen Investitionsfonds geeinigt, der nun nicht zustande kommt, sowie auf einen Steuerfreibetrag für Väter, die einen Teil der Kindererziehungszeit nach der Geburt ihrer Kinder nehmen. Auch für die Gewerkschaften ist es bitter: Eigentlich sollte der Freibetrag, den Mitglieder auf ihre Ge-

werkschaftsbeiträge anrechnen können, steigen. Das ist nun wieder in weite Ferne gerückt.

Die bürgerlichen Parteien können sich freuen, dass bereits beschlossene Steuererleichterungen für Unternehmen und Arbeitnehmer nun ein Jahr früher in Kraft treten. Für die Arbeitnehmer geht es aber nur um umgerechnet etwa vier Euro im Monat. Um das Interesse von Langzeitarbeitslosen an der Arbeitsaufnahme zu stimulieren, bekommen diese in Zukunft wesentlich höhere Freibeträge, wenn sie in Jobtrainings oder -rotationsverfahren eintreten. Alleinstehe werden ebenfalls steuerlich begünstigt. Positiv ist auch, dass es mehr Geld für die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare, der Bekämpfung von Krebskrankheiten sowie für den Bau jugendgerechter Wohnungen geben wird.

Der Staatshaushalt 2014 ist nicht so rigide wie seine Vorgänger, aber die Ausformung der freien Mittel hätte sozialer und grüner ausfallen können, wenn die kalte Luft sich in den Straßen halten würde und nicht auch das Verhältnis zwischen Parteien mit grundlegend gleichen Zielen auf den Nullpunkt herunterkühlen würde.

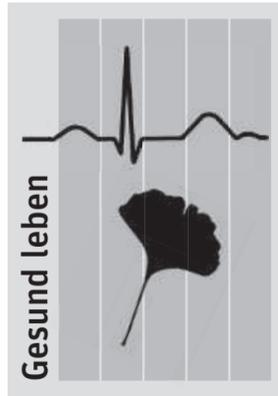


Illustration: M. Fickardt

Braten, Soße und Schokodessert

Die beliebtesten Weihnachtessen der Deutschen haben es in sich: Viel Fett, viel Kohlenhydrate, wenig Nährstoffe

An Feiertagen wird aufgeföhren. Aber sind die Speiseklassiker gesund? nd-Autorin Angela Stoll fragte die Ernährungswissenschaftlerin Isabelle Keller von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE).

Würstchen mit Kartoffelsalat. Am 24. Dezember ist dieses einfache Gericht laut Umfragen der Favorit der Deutschen. »Wenn man den Kartoffelsalat nicht mit Mayonnaise, sondern mit Essig und hochwertigem Öl, Kräutern und Gemüsebrühe zubereitet, dann kann das ein ganz gutes Essen sein«, sagt DGE-Expertin Isabelle Keller. »Grundsätzlich ist die Kartoffel ein guter Nährstofflieferant, vor allem dann, wenn man sie als Pellkartoffeln mit wenig Wasser schonend gart. Grüner Salat, zum Beispiel Feldsalat, sollte bei dem Gericht aber auch nicht fehlen.« So rücken die Würste, die meist einen hohen Fettgehalt haben, in den Hintergrund. Übrigens: Geflügelwürste sind in der Regel magerer.

Karpfen mit Kartoffeln und Salat. Rundum gesund. Karpfen enthält viele Vitamine, Mineralstoffe und hochwertiges Eiweiß. Hier stimmen auch die Beilagen: Salzkartoffeln sind kalorienarm, aber nährstoffreich. Als Rohkost ist Feldsalat empfehlenswert, der jetzt Saison hat und viel Vitamin C und Eisen enthält. Auch Rohkostsalat aus Chinakohl, Möhren oder Roter Bete sind eine gute Wahl. »Beim Salat ist das Dressing der Knackpunkt«, sagt Keller. Sie rät, aus Essig und hochwertigem Pflanzenöl selbst ein Dressing zu bereiten, statt auf Fertigsoßen zurückzugreifen. »Empfehlenswert ist Walnussöl: Es ist reich an wertvollen Omega-3-Fettsäuren.«

Gänsebraten mit Knödeln und Rotkohl. Keine Geflügelart enthält so viel Fett wie die Gans: nämlich im Schnitt 31 Prozent. »Man kann die Kalorienbombe entschärfen, wenn man das Fett, das beim Braten austritt, abschöpft«, sagt Keller. Menschen, die einen hohen Cholesterinspiegel haben, sollten die Haut weglassen und mageres Brustfleisch essen. Oder lieber gleich auf Ente setzen, die mit 17 Prozent deutlich weniger Fett hat. Rotkohl ist eine gesunde Gemüsebeilage. »Er enthält reichlich Mineral- und Ballaststoffe, Vitamin C und viele wertvolle sekundäre Pflanzenstoffe.« Geschmacklich aufpeppen lässt sich Rotkraut gut mit Apfel, Apfelsaft und Gewürzen wie Nelken, Piment und Zimt. Und die Kartoffelknödel? »Eine kohlenhydratreiche Beilage, die gut sättigt«, sagt Keller.

Gefüllte Pute, etwa mit Maroni und Rosenkohl. Das Richtige für alle, die sich fettbewusst ernähren wollen. Sie enthält nur acht Prozent Fett – die Brust sogar nur ein Prozent. Als besonders raffinierte Variante empfiehlt Keller einen Puten-Rollbraten: »Das geht relativ schnell und lässt sich mit Gemüse, etwa Brokkoli, schön füllen.« Und bei Rosenkohl gerät die Ernährungsexpertin geradezu ins



Foto: fotolia/Quade

Schwärmen: Er habe »tolle Nährstoffe«. Die Kohlsorte enthält nämlich, ähnlich wie Grünkohl, extrem viel Vitamin C, Kalium und Beta-Karotin. Auch Esskastanien sind gut: Sie haben einen hohen Eiweiß-, Vitamin- und Mineralstoffgehalt.

Rehrücken mit Preiselbeeren und Spätzle. »Viele Mineralstoffe. Wild ist grundsätzlich fettärmer als Schlachttier«, sagt Keller. Außerdem ist es reich an Mineralstoffen wie Phosphor, Zink, Kalium und Eisen. »Gerichte wie Reh- oder Hasenrücken sind deshalb eine nette Alternative. Wichtig ist aber, auf Küchenhygiene zu achten. Aus Schutz vor Lebensmittelinfektionen sollte das Fleisch immer ganz durchgebraten sein«, betont die Ernährungswissenschaftlerin. Auch im Kern muss das Fleisch mindestens zwei Minuten lang bei 70 Grad erhitzt werden, um Krankheitserreger zu töten. Hilfreich sind spezielle Fleischthermometer, die man in den Braten steckt. Ein süßes Püree aus Preiselbeeren passt gut zu Wild: In den Früchten stecken viele Ballaststoffe und Eisen, das auch beim Kochen nicht zerstört wird. Spätzle oder andere Nudeln sind eine gute Sättigungsbeilage.

Roastbeef mit Remoulade und Bratkartoffeln. Gourmets mögen das teure Rindfleisch am liebsten rosa gebraten. Diese Zubereitung ist aber nicht für alle empfehlenswert: »Kinder, Senioren, Schwangere und Menschen mit einem geschwächten Immunsystem sollten vorsichtig sein,

weil eine Lebensmittelinfektion für sie gefährlich sein könnte«, mahnt Keller. Ansonsten ist Roastbeef ein fettarmes Fleisch mit einem hohen Anteil an B-Vitaminen, Zink und Eisen. Eigentlich also ein gesundes Gericht, wären da nicht die kalorienreichen Beilagen – vor allem Remoulade mit ihrem hohen Fettanteil. »Entweder sparsam mit Remoulade umgehen oder stattdessen eine Honig-Senfsoße, ein Chutney oder einen Kräuterquark servieren«, rät sie. Ölige Bratkartoffeln lassen sich gut durch kalorienärmere Kartoffel Wedges (Kartoffelspalten) aus dem Backofen ersetzen.

Lachs mit Zitronensoße und Reis. Viel Vitamin D. Ist zwar kein Weihnachtsspeise, aber ein beliebtes,

gesundes Festtagsessen. Lachs enthält relativ wenige Kalorien, dafür viel Jod, Vitamin D, Eiweiß und Omega-3-Fettsäuren. »Allerdings kann die Zitronensoße – je nach Zutaten – recht gehaltvoll sein«, sagt Keller. Da in geschältem Reis nicht viele Nährstoffe stecken, empfiehlt sie Natur- oder Wildreis. Außerdem darf eine Gemüsebeilage, zum Beispiel Spinat oder verschiedenfarbige Paprika, nicht fehlen. »Gesund und einfach ist es, wenn man den Lachs auf einem heißen Gemüsebeet zehn Minuten gar ziehen lässt«, rät Keller.

Fleischfondue mit Soßen und Baguette. Variantenreich. Die entscheidende Frage lautet: Fett oder Brühe? »Fett hat einen höheren Energiege-

halt. Wer auf den Geschmack nicht verzichten will, sollte Öl statt Kokosfett nehmen. Festes Pflanzenfett, sogenanntes Plattenfett, ist reich an gesättigten Fettsäuren. Diese nehmen wir sowieso schon reichlich zu uns«, erklärt die DGE-Expertin Keller. Bei einem »Fondue chinoise« lässt sich der Gemüsefond mit Wurzelgemüse leicht selber zubereiten. Außerdem kann man von Aubergine bis Zucchini alle möglichen Gemüsearten garen, so dass auch Vegetarier mitessen können. Fertigsoßen sind meist kalorienreich. Besser seien selbst gemachte Varianten wie Senf-, Limetten- oder Barbecuesoße, rät Keller.

Raclette bzw. Käsefondue mit Weißbrot. Kalorienfalle. »Käsefondue ist sehr mächtig«, sagt Keller. »Man sollte es mit einem Salat aufpeppen und kann statt Weißbrot Vollkornbaguette reichen.« Raclette bietet aber Möglichkeiten, gesunde Beilagen unterzubringen: »Es hat den Vorteil, dass man die Pfännchen auch mit Gemüse beladen kann, zum Beispiel mit Paprika, Tomaten, Broccoli und Champignons.« Dazu gibt es meistens gesunde Beilagen wie Pellkartoffeln und grünen Salat. »Wenn man sehr viel dazu anbietet, kommt man mit weniger Käse aus«, sagt die Ernährungswissenschaftlerin. Das bedeutet nicht nur weniger Kalorien, sondern birgt auch weniger Verdauungsprobleme. Große Mengen Käse liegen nämlich schwer im Magen. Ein bekömmliches Getränk zu Raclette ist Schwarzer Tee oder milder Kräutertee.

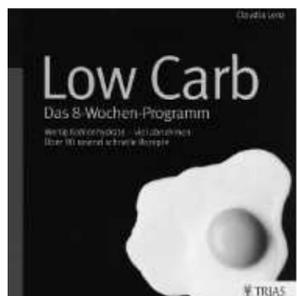
REZENSION

Kein Futter für die Fettzellen

Von Elfi Schramm

Abnehmen mit Gerichten, in denen wenig Kohlenhydrate enthalten sind und schlemmen wie im Süden mit fettarmen Rezepten? Wie das gehen kann, erklären zwei Ratgeber aus dem TRIAS-Verlag. Sie vermitteln einem zwar gewisse Regeln, ohne die man nun mal nicht an den Punkt kommt, wo der Gürtel enger geschnallt werden kann, nehmen einem aber dennoch nicht die Lust am Kochen und am Essen.

Low Carb bedeutet, auf einen niedrigen Kohlenhydratanteil in den Speisen zu achten, weil ernährungswissenschaftlich belegt ist, »zu viele Kohlenhydrate im täglichen Essen bedienen vor allem die Fettzellen«. Wie kann man es nun vermeiden, in diese Falle zu tappen? Die Autorin und Ernährungswissenschaftlerin Claudia Lenz verrät ihr Rezept. Zunächst informiert sie über das LOW-Carb-



Prinzip, von dem sie zu leckeren LOW-Carb-Rezepten übergeht. Bei allen Gerichten geht es nicht darum, die Kohlenhydrate vollkommen wegzulassen, sondern im Auge zu behalten. Die Autorin versucht es ganz undogmatisch: »Essen Sie getrost Ihr Frühstückshörnchen, wenn es ihnen heilig ist«, sagt sie. Im Laufe des Tages gibt es sicher irgendeine Gelegenheit, das Zuviel an Kohlenhydraten wieder auszugleichen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Ratgeber »LOW Fett 30 – das Italien-Kochbuch«. In diesem werden 90 fettarme Klassiker der italienischen Küche vorgestellt. Die Zahl 30 weist darauf hin, dass maximal 30 Prozent des Brennwertes der Nahrung aus Fett kommen sollen. Die beiden Autorinnen wollen uns nicht den Geschmack von Tomaten, Zucchini, Spaghetti und Ciabatta verderben. Sie raten dazu, die fettreichen Zutaten zu den beliebtesten Klassikern des Südens zu ersetzen: Statt Mascarpone Quark zu nehmen, statt Sahne Joghurt oder Milch, statt Salami Putenbrust. Satt essen ist ihrer Meinung nach nicht verboten. Erlaubt ist, was schmeckt, nur eben in bewusster Auswahl und in wohl dosierten Mengen. Auch diese empfohlenen Rezepte machen einen appetitlichen Eindruck. Von kleinen Gerichten wie Antipasti und Suppen über Hauptspeisen bis hin zu genussvollen Desserts ist alles dabei. Eine Lebensmittelliste mit Angaben zu Nährwerten rundet den Ratgeber ab.

Claudia Lenz: LOW Carb – das 8-Wochen-Programm. TRIAS Verlag Stuttgart 2013, 111 Seiten, pb., 17,99 €. und Gabi Schierz und Gabi Vallenthin: LOW Fett 30 – Das Italien-Kochbuch. TRIAS Verlag Stuttgart 2013, 104 Seiten, pb., 14,99 €.

Männerherz in Gefahr

Studie zeigt viele Infarkte am 24. Dezember

An den Weihnachtstagen werden ein Drittel mehr Menschen wegen eines Herzinfarktes ins Krankenhaus eingeliefert als im Jahresdurchschnitt. Vor allem Männer sind betroffen.

Das Fest der Liebe schlägt buchstäblich aufs Herz, zeigen aktuelle Krankenhausdaten der DAK Gesundheit. Viel mehr Menschen als an anderen Tagen des Jahres erleiden einen Herzinfarkt.

Zwischen 2009 und 2012 gab es im Schnitt jeweils 40 Krankenhauseinweisungen wegen Herzinfarktes an den Weihnachtstagen. Sonst verzeichnet die Krankenkasse durchschnittlich 30 Einweisungen pro Tag. »Es kann immer mal Abweichungen vom Durchschnitt geben«, erklärt DAK-Krankenhaus-

Experte Peter Rowohl. »Die Häufung zu Weihnachten in allen vier aufeinanderfolgenden Jahren ist aber sehr auffällig.« Vor allem für Männer scheint der 24. Dezember gesundheitlich mit Risiken verbunden zu sein. Mehr als 60 Prozent der Herzinfarkte am Heiligabend gehen auf ihr Konto.

Als Infarktursache steht Stress ganz oben auf der Liste: Geschenke besorgen, Termine unter einen Hut bekommen, Erwartungen von Familie und Freunden erfüllen, all das setzt viele unter Druck. Hinzu kommen berufliche Zielvorgaben, die oft bis Ende des Jahres abgeschlossen werden müssen. Langfristige Ursachen für Herzprobleme dürfen laut DAK-Ärztin Elisabeth Thomas aber auch nicht außer Acht gelassen werden. nd

Genießen ohne Reue

- Ein Salat oder eine Gemüsesuppe als Vorspeise füllen den Magen. Dadurch ist man schon etwas gesättigt und hält sich beim oft besonders kalorienreichen Hauptgang zurück.
- Nach einer fettreichen Hauptspeise wie Gänsebraten überfordert ein Nachtisch wie Mousse au chocolat den Magen. Geeigneter wären ein Obstsalat oder Bratäpfel.
- Sahne in Soßen und Suppen lässt sich gut durch weniger fette Kondensmilch ersetzen.
- Schnaps und andere hochprozentige Getränke helfen nicht, wenn der

volle Bauch drückt. Im Gegenteil: Alkohol verlangsamt die Verdauung sogar. Besser ist beispielsweise ein Espresso.

► Ernährungsexperten raten, sich Zeit nehmen: Wer langsam genießt, isst weniger, weil sich das Sättigungsgefühl leichter einstellt.

► Es bietet sich an, zu Feiertagen auch mal zwei Mahlzeiten zusammenzulegen. Sonst kommt die Verdauung nicht mehr zur Ruhe. Außerdem spart das Arbeit und Kalorien.

► Spaziergänge tun gut, um zu verdauen und den Kreislauf in Schwung zu bringen. as

Nimm mich raus, nimm mich ein

Schwedische Dosierhilfe erleichtert Kranken die Arzneimittelaufnahme

So mancher kranke Mensch schafft es nicht, seine Medikamente wie verordnet einzunehmen. Schwedische Forscher konstruierten eine Arzneikarussell, das sich selbst in Erinnerung bringt.

Von Andreas Knudsen

Die falsche Pille zum falschen Zeitpunkt oder in ungünstiger Kombination mit anderen Mitteln zu nehmen, kann entweder die Wirkung einer Arznei aufheben oder schlimmstenfalls mit der Einlieferung im Krankenhaus enden. Allein in Deutschland führt Polypharmazie jedes Jahr zu 300 000 Krankenhauseinweisungen und bis zu 30 000 Sterbefällen.

Die Situation kannte auch Mats Eriksson vor 15 Jahren, als seine Mutter an Alzheimer erkrankte. Ihre

schwindende Gedächtnisleistung führte immer öfter dazu, dass sie die Tabletten falsch nahm und Eriksson begann darüber nachzudenken, wie er ihr helfen könnte. Zusammen mit seinem Freund Ingemar Hägerbro konstruierte er ein Medizinkarussell, das in Größe und Form einer Küchenwaage nicht unähnlich ist. Careousel fasst Arzneien für 28 Tage. Verwandte oder Pflegepersonal können es bestücken. Zum programmierten Zeitpunkt meldet sich das Gerät optisch und akustisch, bis das programmierte Fach geleert wurde.

Der automatische Tablettenspender ermöglicht es Patienten, ihre Medikamenteneinnahme selbst zu kontrollieren und unabhängiger von der Hilfe anderer zu sein. Der Tablettengeber kann darüber hinaus mit einer SIM-Karte ausgestattet werden, die

geografisch entferntes Pflegepersonal oder Verwandte automatisch per SMS über versäumte Medizineinnahme informiert.

Eriksson und Hägerbro wurden vom schwedischen König Carl XVI. Gustaf für ihr Medizinkarussell vor einigen Jahren mit einem Preis ausgezeichnet. Seit seiner Markteinführung wurde Careousel mehrfach verbessert. Es wird in Skandinavien, Großbritannien und den USA verkauft und ist für mehrere Hunderttausende Patienten eine große Erleichterung. In Schweden, Norwegen, Finnland und Großbritannien übernehmen die Krankenkassen einen Teil der Kosten. Seit Mitte 2013 ist Careousel auch in Deutschland erhältlich, aber hier müssen die Patienten selbst für die Kosten von 180 Euro aufkommen.

MEINE SICHT

Visionen der Wirtschaft

Alexander Isele über Zukunftsentwürfe für Berlin

Die Weichen für Berlins Zukunft sollen gestellt werden: es grüßt die Wirtschaftsmetropole. Deren Verbände fordern von staatlicher Seite, viel Geld in die Ausbildung von Wissenschaftlern und Forschern zu stecken, um dann, am besten wieder mit staatlicher Förderung, deren Sprung in die Privatwirtschaft zu forcieren. Renditen sollen ja bitte nicht dem Allgemeinwohl dienen.

Milliardenteure Investitionen in Berlins Infrastruktur, seien es ein, zwei oder drei weitere Flughäfen, oder noch eine Stadtautobahn, dienen den großen Unternehmen, alle in privater Hand. Der Gewinn beim Kauf eines Volkswagens landet eben nicht beim Volk. Und die Airlines kämpfen auch lieber für den eigenen Gewinn, als zum Beispiel für eine lebenswerte, oder auch nur lebensfähige Umwelt.

Berlin bereitet sich auf die Zukunft vor. Von offizieller Seite ist klar wie diese Aussehen soll. Die Autostadt als Konkurrenz zum staatlich subventionierten Öffentlichen Nahverkehr. Wirtschaftsmacht mit maximalen Unternehmensgewinnen, bezahlt aus öffentlichen Kassen. Nicht zuletzt sind es Tunnelbauten, wie beim Ausbau der A100, die der Baubranche die größten Gewinne ermöglichen.

Aber wehe jemand kommt, der keine Rendite erwirtschaftet. Die Flüchtlinge vom Oranienplatz? Müssen verschwinden! Bringen ja kein Geld mit. Die freie Szene? Geht leer aus. Sie ermöglicht ja auch keine Rendite. Kleingärten und Brachland? Zubetonieren! Sonst kommt noch jemand auf die Idee, sich zu erholen.

Arm und sexy, so sollte Berlin einst gesehen werden. Eigentlich war damit die Stadt gemeint, nicht deren Bevölkerung. Aber so ist es auch nicht schlimm, denn wer arm ist, hat keine Zeit aufzu-begehren im Überlebenskampf in der Wirtschaftsmetropole. Oder auch nur nachzudenken. Über die kapitalistische Stadt zum Beispiel.

Kreuzberg antwortet Henkel

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wird die umstrittenen Schlafzelte auf dem Oranienplatz weiterhin nicht mit polizeilicher Gewalt abräumen lassen. Das werde sie auch Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) in ihrer Stellungnahme antworten, sagte die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa. Sie setze nach wie vor auf einen einvernehmlichen Abbau mit den Flüchtlingen. Der Bezirk betrachte die Duldung sowie die inzwischen erteilte Sondernutzung für ein Info-Zelt im Gegensatz zu Henkel nicht als rechtswidrig, sagte Herrmann.

Zugleich kritisierte die Grüne, dass alle drei beteiligten Senatsverwaltungen Innen, Soziales und Integration am Donnerstag nicht am Runden Tisch der Kirchen zur Flüchtlingspolitik teilnehmen werden. »Das ist ein guter neutraler Ort, um die aufgeheizte Gemengelage rund um Ultimatum, Proteste, Widerstand und Räumung zu sortieren und gemeinsam mit den Flüchtlingen Lösungen zu erarbeiten«, sagte Herrmann. »Da kann sich der Senat nicht raushalten. Ohne Senat kann es keine Lösungen für Berlin geben.« dpa/nd

Neonazis schlagen häufiger zu

2013 gab es 57 Körperverletzungen / Debatte über Verfassungsschutz im Kampf gegen Rechts

Die Entwicklung rechter Gewalt in Berlin ist besorgniserregend. Laut Innensenator stieg 2013 die Zahl der Körperverletzungen um 20 auf 57 Straftaten – der Hintergrund ist meistens Ausländerfeindlichkeit.

Von Martin Kröger

Gewalt von Neonazis nimmt in Berlin dramatisch zu. Insgesamt verzeichneten die Behörden im laufenden Jahr 2013 bereits 72 politisch-motivierte Gewaltdelikte mit einem rechtsextremen Hintergrund – 2012 waren es noch 53. Als besonders »beunruhigend« bezeichnete Innensenator Frank Henkel (CDU) die Zunahme der Körperverletzungen um 20 auf insgesamt 57 Fälle. »Der Hintergrund dieser situativ ohne Anlass ausgeführten Angriffe ist meistens Ausländerfeindlichkeit«, erklärte Henkel am Mittwoch auf einem Symposium des Berliner Verfassungsschutzes im Abgeordnetenhaus zum Thema »Gewalt von Rechts. Herausforderung für Politik und Gesellschaft«.

Zu den Ursachen für die Zunahme der Gewalt von Rechtsextremen gab es auf der Veranstaltung im Abgeordnetenhaus verschiedene Erklärungen. Aus Sicht des Berliner Verfassungsschutzchefs Bernd Palenda hat die Verschärfung der »virulenten Gefahr« auch mit den Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechtsextremen zu tun: »Die Rechten nutzen das, um aus einer vermeintlichen Opferrolle heraus Gewalt und Angriffe auf Linke zu legitimieren.«

Rund 1380 Personen zählt der Verfassungsschutz in Berlin zum rechtsextremen Spektrum, davon seien »620 gewaltorientiert«, so Palenda. Im besonderen Fokus des Verfassungsschutzes stehen dabei die 15-20



Neonazis bei gewalttätig verlaufener Demonstration in Kreuzberg Foto: Florian Schuch

Anführer und deren knapp 140 Unterstützer vom Netzwerk der sogenannten Autonomen Nationalisten, die in den vergangenen Jahren allerdings auch immer stärker unter das bisher vor Repression schützende Dach der rechtsextremen NPD kriechen.

Für den Soziologen Rainer Erb vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin steht die Gewaltzunahme möglicherweise in Zusammenhang mit dem Niedergang der rechtsextremen NPD. »Verlierer sind unberechenbar und gefährlich«, mahnt Erb auch in Bezug auf das kommende Verbotverfahren durch die Bundesländer. Denn es drohe, so der Soziologe, eine organisatorische Rückentwicklung bei den Rechten in Richtung »Schlägerbanden«. Dazu passt auch die Hetze der NPD gegen Flüchtlinge, die dabei den alten »Aus-

länder-Raus-Evergreen« abspielt. Auch da werde »physische Gewalt« als Option herbeigeredet, erklärte Erb.

Die Veranstaltung des Verfassungsschutzes im Abgeordnetenhaus soll indes nur ein Auftakt sein, um Brücken zur Zivilgesellschaft zu schlagen, kündigte Palenda an. Nach dem Schredderskandal zu Akten mit möglichen Bezügen zur Terrorserie des rechtsextremen »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) ist die Behörde offenbar bemüht, das ramponierte Image wieder aufzupolieren. »Aufklären« und »informieren« lautet die Devise von Bernd Palenda und seinen Mitarbeitern.

Dass aus dem Nachrichtendienst künftig so etwas wie eine öffentliche Informationsagentur für Demokratie gefährdende Gruppen werden soll, wird von den Koalitionsparteien SPD und CDU in Berlin unterstützt. »Wir werden die strukturelle Frage des

Verfassungsschutzes auf unserer Fraktionsklausur im Januar angehen«, kündigte der Fraktionschef der SPD, Raed Saleh, zu Beginn dieser Woche an.

Mit dem Brückenschlagen klappte es am Mittwoch unterdessen noch nicht so gut. »Die Zivilgesellschaft ist keine Unterabteilung des Verfassungsschutzes«, dämpfte Rainer Erb Erwartungen. Für weitere Misstöne sorgte auch die Zusammensetzung eines Podiums auf der Veranstaltung des Verfassungsschutzes: Während dazu Vertreter von SPD und CDU geladen waren, hatte der Nachrichtendienst die Opposition von Grünen, Linkspartei und Piraten bei der Diskussion weggelassen. Keine Lappalie, wie der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Benedikt Lux, meint. Denn nach Artikel 38 der Berliner Verfassung hat die Opposition das Recht auf politische Chancengleichheit. »Die Besetzung des Podiums der Verfassungsschutzveranstaltung hatte insofern verfassungsfeindliche Züge«, erklärte Lux gegenüber »neues deutschland«. Einmal mehr verhalte sich der Verfassungsschutz »unsensibel«. Auch der innenpolitische Sprecher der LINKEN, Hakan Taş, vermutet, dass der »Verfassungsschutz die kritischen Stimmen nicht dabei haben will«.

Auf »nd«-Nachfrage erklärte eine Sprecherin des Nachrichtendienstes dagegen die Nichteinladung der Opposition mit der Vorgeschichte der Konferenz. Denn ursprünglich sollte die Veranstaltung gemeinsam von SPD- und CDU-Fraktion sowie Verfassungsschutz veranstaltet werden. Die CDU stieg dann jedoch aus, das Podium war da bereits besetzt und konnte angeblich nicht mehr verändert werden. Verfassungsschutz und Brückenschläge, das ist offensichtlich eine schwierige Angelegenheit.

Bis 2030 Metropole mit Industrie

DIW und IHK entwerfen ihre Vision von Berlins Zukunft

Von Alexander Isele

Mehr Zuzug, mehr Wachstum. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und die Industrie- und Handelskammer (IHK) stellten gestern ihre Studie zur »Wirtschaftsentwicklung in Berlin: Szenario 2030« vor. Drei Prozent Wachstum und 30 000 neue sozialversicherungspflichtige Stellen pro Jahr: Berlins Wirtschaft boomt. Seit 2005 eilt das Land anderen Bundesländern und dem Bund in Sachen Wachstum voraus. Es dauert allerdings noch bis ins Jahr 2020, bis der Einbruch infolge des Strukturwandels nach der Wiedervereinigung wieder ausgeglichen sein wird.

Sollte es der Stadt gelingen, die »Entwicklungstreiber« Tourismus, Kreativwirtschaft, Forschung und Entwicklung weiter zu stärken, könnte sich Berlin wieder zu einer Wirtschaftsmetropole entwickeln. Das Potenzial hierfür sei vorhanden, und die Stadt auch bei den »Engpassfaktoren Humankapital« und Flächenkonkurrenz bestens aufgestellt. Die Zuwanderung junger und gut ausgebildeter Arbeitskräfte setzt sich fort, und mit acht Prozent ungenutzter Fläche gebe es noch viele Möglichkeiten zur Standortverteilung.

DIW und IHK forderten die Politik dazu auf, jetzt die Weichen für ein Wirtschaftswachstum über 2020 hinaus zu stellen. Vor allem bedürfe es einer besseren Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, mit einem Rahmen, der es ermöglicht, aus der Forschung heraus Firmen zu gründen. Ohne diese strukturellen Anpassungen drohe Berlin »nur« eine schöne Wohnstadt zu bleiben.

Dem entgegnete Christian Hoßbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dass rein strukturelle Anpassungen das Wirtschaftswachstum nicht nachhaltig einlassen könnten. Der DGB-Vize von Berlin-Brandenburg kritisierte zudem, dass sich die ansässigen Unternehmen auf den Zuzug von Fachkräften verlassen, ohne selber auszubilden. »Überdurchschnittliches Wachstum ist nicht mit unterdurchschnittlicher Ausbildung zu bekommen.« Zur Aussage Christian Wiesenhütters von der IHK, »wir müssen wieder lernen mit Wachstum umzugehen«, erklärte Hoßbach, dass Berlin genauso lernen müsse, »wieder mit höheren Löhnen und Gehältern umzugehen.«

Linkspartei kündigt PIN AG

Im Zusammenhang mit dem andauernden Streik beim privaten Postzusteller PIN Mail AG hat sich die Berliner Linksfaktion im Abgeordnetenhaus am Mittwoch dazu entschieden, ihre Zusammenarbeit mit der PIN Mail AG zu kündigen. Die Fraktion fordert auch den Senat auf, die Verlängerung des Vertrages mit der PIN AG, die die gesamte Berliner Behördenpost versendet, zu überdenken. Die Angestellten streiken für einen Tarifvertrag und 10,5 Prozent mehr Lohn und wurden dafür vergangene Woche vom Arbeitgeber für einen Tag ausgesperrt.

»Mit einem Arbeitgeber, der zu solch einem schwerwiegenden Eingriff in Arbeitnehmerrechte bereit ist und Aussperrung als probates Mittel ansieht, verbietet sich jegliche Zusammenarbeit«, teilte der Fraktionsvorsitzende Udo Wolf mit. nd/cod

Kristall oder Schiff – oder gar nichts

Wie Berlins neue Landes- und Zentralbibliothek aussehen wird, steht noch nicht fest

Der europaweite Wettbewerb für die Berlins Zentral- und Landesbibliothek hat noch keinen Gewinner. Der soll erst im nächsten Frühjahr feststehen.

Von Bernd Kammer

Wer Klaus Wowerets Lieblingsprojekt verwirklichen darf, ist noch nicht entschieden. Denn die Wettbewerbsjury für den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld konnte sich unter den 40 teilnehmenden Architekturbüros auf keinen Sieger einigen und vergab zwei erste Plätze an Miebach Oberholzer aus Zürich und Kohl-mayer Oberst aus Stuttgart. Nach einer weiteren Bearbeitungsphase werde man im nächsten Frühjahr wissen, wer den Zuschlag erhält, verkündete gestern Senatsbaudirektorin Regula Lüscher.

Entscheiden wird sich die Sache zwischen einem »gläsernen Kristall« und einem langen »Schiff«, dass sich neben die alte Landebahn legt, wie die Senatsbaudirektorin über die beiden Gewinner schwärmte. Der »Kristall« des Züricher Büros, der bei der Vorstellung schon mal von Journalisten als »gläserne Kiste« qualifiziert wurde, türmt neun Geschosse übereinander. Zehn runde massive Stützen im Innern tragen das Gebäude und sorgen für seine Erschließung. Die Magazine sind in den drei oberen Etagen untergebracht, darunter die einzelnen Abteilungen der Bibliothek. Vom Café und Restaurant im achten Geschoss dürfte man einen prima Blick über das Feld haben.

Das »Schiff« vom Büro Kohl-mayer Oberst ist 260 Meter lang, 65 breit und 30 Meter hoch und stützt sich auf einen großen Fuß in der Mitte. Da-durch scheint es über dem Areal zu



Bibliothekskandidaten: Riesenschiff oder Kristall

schweben. Die Magazine sind hier im verglasten Erdgeschoss untergebracht, darüber die einzelnen Bibliotheksbereiche. »Es ist eine Megastruktur, die im Kontext des Tempelhofer Feldes glaubhaft erscheint«, urteilte die Jury.

Beide Entwürfe seien offene, einladende Häuser, so Lüscher. Für Bibliothekschef Volker Heller haben beide »großes Potenzial für einen belebten, öffentlichen Bildungsort«, und für Kulturstaatssekretär Andre Schmitz stehen beide Entwürfe für eine »hochmoderne« Bibliothek. Wobei der Stuttgarter Entwurf einen kleinen Makel hat: Er liegt noch knapp über dem vorgegebenen Kostenrah-

men, wie Lüscher sagte. 270 Millionen Euro darf das neue Wahrzeichen Berlins kosten.

Wobei noch nicht sicher ist, ob Berlins »wichtigstes kulturpolitisches Projekt« über hauptgebaut werden darf. Gegenwärtig sammelt eine Bürgerinitiative Unterschriften für ein Volksbegehren, mit dem eine Bebauung des Tempelhofer Feldes verhindert werden soll. Allerdings haben die Initiatoren einen Monat vor Ende der Kampagne erst rund 100 000 Unterschriften beisammen, 174 000 werden gebraucht. Die Bibliothek soll auf dem Feld ein neues Stadtquartier mit bis zu 1700 Wohnungen begründen. Lüscher beteu-



Simulation: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

erte, dass mit dem Entscheid für die Bibliothek keine vollendeten Tatsachen geschaffen würden. Der Bauungsplan soll erst 2015 festgesetzt werden, der erste Spatenstich für die Bibliothek im darauffolgenden Jahr erfolgen. Dennoch nannte es Grünen-Fraktionschefin Antje Kapek »vorschnell und dreist«, ein Wettbewerbsergebnis zu präsentieren, bevor irgendein Baurecht diskutiert und geschaffen worden sei.

Das die Bibliothek ein neues Gebäude braucht, ist unstrittig. Derzeit drängt sie sich an drei Standorten auf 38 000 Quadratmeter Fläche, künftig soll sie eine Nutzfläche von 51 000 Quadratmetern haben.

*

NACHRICHTEN

Leinenzwang auch auf Gehwegen

Hunde sollen in Berlin künftig auch auf Bürgersteigen angeleint werden. Ausnahmen gibt es für Halter mit einem Sachkundennachweis (»Hundeführerschein«), der nicht mehr als 100 Euro kosten soll, heißt es in den Plänen, die Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) am Mittwoch vorstellte. Eine allgemeine Leinenpflicht gibt es bereits in Hamburg und für große Hunde in der Münchner Innenstadt. Das Besondere in Berlin: Beim neuen Gesetz konnten Hundehalter und -Gegner in einer Aktion namens »Bello-Dialog« mitreden. Die Liste der gefährlichen Tiere, die einen Maulkorb tragen müssen, wird laut Heilmann von zehn auf vier Rassen verkürzt. In Berlin sind etwa 100.000 Hunde gemeldet. *dpa*/*nd*

Keine Ausnahme bei Umweltzone

Ob Schausteller oder Reisebus-Unternehmen: In Berlin wird es weiterhin keine Umweltzonen-Ausnahmeregelungen geben. Dies lehne der Senat aus Gründen des Gleichbehandlungsgrundsatzes ab, heißt es in einer Antwort von Umweltstaatssekretär Christian Gaebler (SPD) auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Silke Gebel (Grüne). Ende Oktober hatte die Bezirksverordnetenversammlung Mitte beschlossen, der Bezirk werde ersucht, auf eine Ausnahmeregelung für Schausteller hinzuwirken. Deren Fahrzeuge sollen von Umweltplaketten-Pflicht befreit werden. Eine solche pauschale Ausnahmeregelung sei nicht zulässig, heißt es in der Antwort des Staatssekretärs. Bei den Fahrzeugen der Schausteller handle es sich in der Regel um Sattelzugmaschinen oder Laster, die problemlos mit einem Partikelfilter ausgestattet werden könnten – und damit die grüne Plakette bekämen. *dpa*/*nd*

BERLIN TIPPS vom 19. bis 27. Dezember 2013

Kabarett

Charly M.

Friedrichshain, Karl-Marx-Allee 133, 10243 Berlin, Tel. 420 204 34, Avanti Dilettanti oder Vorwärts, Ihr Stümper! Do-Sa 20 Uhr

Distel

Mitte, Friedrichstr. 101, 10117 Berlin, Tel. 204 470 4, Kröhnerts Kröhnung - Das Weihnachtsspecial, So/Mo 20 Uhr

Stachelschweine

Charlottenburg, Europacenter, 10789 Berlin, Tel. 261 479 5, Auch das noch ..., Do/Fr, Mi 20 Uhr

Wühlmäuse

Charlottenburg, Pommernallee 2-4, 14052 Berlin, Tel. 306 730 11, Zugabe 2013 - Der Jahresrückblick mit Florian Schroeder und Volkmar Staub, So/Mo 20 Uhr

Zimmertheater Steglitz

Bornstraße 17, 12163 Berlin-Steglitz, Tel. 250 58 078, Jahresrückblick 2013 von und mit Tilman Lucke, Premiere, Fr 20 Uhr

Kleine Bühnen

Ballhaus Naunynstraße
Kreuzberg, Naunynstr. 27, 10997 Berlin, www.ballhausnaunynstrasse.de, MJA SIN - Verflechtungen, Tanz und Performance, Thema Heimat, Premiere, Do-Sa 20 Uhr

bat Studiotheater

Prenzlauer Berg, Belforter Str. 15, 10405 Berlin, www.bat-berlin.de, Krankheit der Jugend, Premiere, Do-Sa 20 Uhr

Berliner Kriminaltheater

Friedrichshain, Palisadenstr. 48, 10243 Berlin, www.kriminaltheater.de, Inspektor Campbells letzter Fall, Sa 16 und 20 Uhr, So 17 Uhr

Die Etage

Kreuzberg, Schule für die darstellenden und bildenden Künste, Ritterstraße 12-14, www.dieetage.de, Pantomimehommage an Marcel Marceau, Do 20 Uhr

Jüdisches Theater Bimah

Mitte, Admiralspalast, Friedrichstraße 101, 10117 Berlin, www.juedischestheaterberlin.de, Else, Stück über Else Lasker-Schüler von Motti Lerner, Fr 20 Uhr, So 19 Uhr

Hass von überall

Experten diskutierten mit Betroffenen über Abwehrstrategien gegen Antisemitismus

Diskussionsrunde in der Senatsverwaltung: Wie Antisemitismus aussieht, weiß man. Die Suche nach erfolgreichen Gegenstrategien ist dagegen schwierig. Umso wichtiger ist der gemeinsame Dialog.

Von Jérôme Lombard

Antisemitische Ressentiments und Stereotype sind nach wie vor weit verbreitete Phänomene in der deutschen Gesellschaft. Aktuelle Studien zufolge sind rund zehn Prozent der Deutschen latent antisemitisch eingestellt. Auch in Berlin mit seiner heterogenen Bevölkerungsstruktur halten sich die unterschiedlichen Spielarten dieser Variante gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit äußerst hartnäckig.

Immer wieder kommt es in der Hauptstadt zu antisemitisch motivierten Straftaten. Diese erschütternde Erkenntnis lag auch der Diskussionsrunde zugrunde, die am vergangenen Montag in den Räumen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Mitte stattfand. Unter dem Titel »Neue Facetten des Antisemitismus in Berlin« hatte die Berliner Landeskommission gegen Gewalt sowohl Betroffene als auch Wissenschaftler und Vertreter von Organisationen eingeladen, die sich mit der Erforschung von Ursachen antisemitischer Vorurteile und der Aufklärungsarbeit befassen.

»Rassismus und Antisemitismus finden sich leider auch inmitten unserer modernen Gesellschaft wieder. Es ist daher wichtig, mit vereinten Kräften neue Abwehrstrategien zu entwickeln«, erläuterte der Kommissionsvorsitzende, CDU-Staatssekretär Andreas Statzkowski, das Anliegen der Dialoginitiative. Neben den unterschiedlichen Präventionsansätzen standen Trägergruppen und verschiedene Spielarten des zeitgenössischen Antisemitismus im Zentrum der Diskussion. Michael Kohlstruck vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin



Hass als Alltag: Schmierereien am jüdischen Kindergarten Gan Israel

Foto: dpa/Arno Burgi

macht dabei drei verschiedene Richtungen der Judenfeindlichkeit aus: »Antisemitismus kommt heute aus dem neonazistischen und fundamental-islamistischen Milieu, aber eben auch direkt aus der Mitte der Gesellschaft«, erklärte Kohlstruck. Die Analyse des Wissenschaftlers traf bei den Diskutanten auf große Zustimmung.

Auch Claudio Offenberg, Sportverantwortlicher bei dem Berliner Fußballclub TuS Makkabi, stimmt dieser Einschätzung grundsätzlich zu. Für seine alltäglichen Erfahrungen mit Antisemitismus sieht er aber

vor allem eine Gruppe verantwortlich: »Wir als jüdischer Verein bekommen den muslimischen Antisemitismus deutlich zu spüren«, so der Trainer. »Unsere Spieler erleben oftmals einen Höllenritt, wenn sie gegen muslimisch geprägte Teams spielen. Sie werden auf dem Platz beschimpft und offen mit Gewalt bedroht.« In dieser Community sei Antisemitismus praktisch Konsens, meint der 56-jährige Coach.

Ibrahim Gülnar vom Mobilen Beratungsteam für Demokratieentwicklung »Ostkreuz« bestätigte diesen Eindruck. »In Berlin gehen phy-

sich-antisemitische Übergriffe massiv von muslimischen Jugendlichen aus. Hierfür ist der Politische Islam mit seiner Hetze gegen Israel und das Judentum mitverantwortlich«, sagte der Jugendsozialarbeiter. Damit sich derartige Hass-Einstellungen erst gar nicht verfestigen, plädierten viele Diskutanten für einen Ausbau vorurteilsbewusster Präventionsarbeit an Kitas und Grundschulen. Viele Experten sehen die frühkindliche Toleranzerziehung als erfolgversprechenden Ansatz. Vorurteile sollen so erst gar nicht in die Köpfe der Kleinsten gelangen.

Kabarett

Charly M.

Friedrichshain, Karl-Marx-Allee 133, 10243 Berlin, Tel. 420 204 34, Avanti Dilettanti oder Vorwärts, Ihr Stümper! Do-Sa 20 Uhr

Distel

Mitte, Friedrichstr. 101, 10117 Berlin, Tel. 204 470 4, Kröhnerts Kröhnung - Das Weihnachtsspecial, So/Mo 20 Uhr

Stachelschweine

Charlottenburg, Europacenter, 10789 Berlin, Tel. 261 479 5, Auch das noch ..., Do/Fr, Mi 20 Uhr

Wühlmäuse

Charlottenburg, Pommernallee 2-4, 14052 Berlin, Tel. 306 730 11, Zugabe 2013 - Der Jahresrückblick mit Florian Schroeder und Volkmar Staub, So/Mo 20 Uhr

Zimmertheater Steglitz

Bornstraße 17, 12163 Berlin-Steglitz, Tel. 250 58 078, Jahresrückblick 2013 von und mit Tilman Lucke, Premiere, Fr 20 Uhr

Kleine Bühnen

Ballhaus Naunynstraße
Kreuzberg, Naunynstr. 27, 10997 Berlin, www.ballhausnaunynstrasse.de, MJA SIN - Verflechtungen, Tanz und Performance, Thema Heimat, Premiere, Do-Sa 20 Uhr

bat Studiotheater

Prenzlauer Berg, Belforter Str. 15, 10405 Berlin, www.bat-berlin.de, Krankheit der Jugend, Premiere, Do-Sa 20 Uhr

Berliner Kriminaltheater

Friedrichshain, Palisadenstr. 48, 10243 Berlin, www.kriminaltheater.de, Inspektor Campbells letzter Fall, Sa 16 und 20 Uhr, So 17 Uhr

Die Etage

Kreuzberg, Schule für die darstellenden und bildenden Künste, Ritterstraße 12-14, www.dieetage.de, Pantomimehommage an Marcel Marceau, Do 20 Uhr

Jüdisches Theater Bimah

Mitte, Admiralspalast, Friedrichstraße 101, 10117 Berlin, www.juedischestheaterberlin.de, Else, Stück über Else Lasker-Schüler von Motti Lerner, Fr 20 Uhr, So 19 Uhr

Theaterdiscounter

Mitte, Klosterstraße 44, 10179 Berlin, www.theaterdiscounter.de, Neue Liebe, Premiere, Do-Sa 20 Uhr

Theater unterm Dach

Prenzlauer Berg, Danziger Str. 101, 10405 Berlin, www.theateruntermdach-berlin.de, Sag niemals nie, Männer am Rande des Nervenzusammenbruchs, Sa/So 20 Uhr

Theaterkapelle Berlin

Friedrichshain, Boxhagener Str. 99, 10245 Berlin, www.theaterkapelle.de, Salmas Brüste - Frida Kahlo trifft Rosa Luxemburg, Do-Sa 20 Uhr

Kleine Klassik

Berliner Dom

Mitte, Am Lustgarten 1, 10178 Berlin, Kartentel. 202 987 22, O magnum mysterium, Rundfunkchor Berlin, Sa 20 Uhr, So 18 Uhr

Dorfkirche Britz

Neukölln, Backbergstr. 40, 12359 Berlin, Kammerkonzert, Wolf-Ferrari Ensemble gibt Werke von Bach, Leclair, Geminiani und Vivaldi, Eintritt frei, Fr 18 Uhr

Emmauskirche

Kreuzberg, Lausitzer Platz 8, 10997 Berlin, Kartentel. 881 714 5, Chor, Orgel, Harfe, Berliner Kapella gibt Saint-Saens, Janáček, Kodály, u. a. , Fr 20 Uhr

Freizeitforum Marzahn

Marzahn, Marzahner Promenade 55, 12679 Berlin, Tel. 542 70 91, Weihnachtliche Musik, Mitglieder der Hochschule für Musik und der Komischen Oper, Mi 15 Uhr

Gethsemanekirche

Prenzlauer Berg, Stargarder Str. 77, 10437 Berlin, Kartentel. 678 011 1, Barocke Liebesarien mit Jochen Kowalski, Junges Barockorchester Berlin, Fr 19.30 Uhr

Krankenhauskirche

Biesdorf, Brebacher Weg 15, 12683 Berlin, Kartentel. 562 969 423, Chorkonzert, mit dem Breslauer Synagogal Chor (Polen) und Upper Galilee Choir (Israel), Sa 19 Uhr

Passionskirche

Kreuzberg, Marheinekeplatz 1, 10961 Berlin, Tel. 694 012 41, Brahms bis Vivaldi, Kammerorchester Neue Philharmonie Hamburg, Mi 17 Uhr

St. Marienkirche

Mitte, Alexanderplatz, 10178 Berlin, 10405 Berlin, www.wabe-berlin.de, Weihnachtliche Jazz-Fusion mit Pascal von Wroblewsky und Band, Do 20 Uhr

St. Matthäikirche

Tiergarten, Matthäikirchplatz, 10785 Berlin, Kartentel. 262 120 2, A-cappella-Konzert, Kammerchor der HU, Werke von Tomás Luis de Victoria, Johann Sebastian Bach, Morten Lauridsen, Eric Whitacre, Pawel Lukaczewski, Fr 19.30 Uhr

Rock/Pop/Jazz

b-flat Mitte

Mitte, Rosenthaler Str. 13, 10119 Berlin, www.b-flat-berlin.de, Big Band Jazz, mit der Berlin Big Band, Do 21 Uhr

Brauhaus Südstern

Kreuzberg, Hasenheide 69, 10967 Berlin, www.brauhaus-suedstern.de, Blues & Soul, mit Indijana & The Bandits, Fr 20.30 Uhr

Café Voland

Pankow, Wichertstraße 63, 10439 Berlin, Tel. 444 042 2, Russischer Ska, mit Skazka (unplugged), Sa 20 Uhr

Russisches Haus

Mitte, Friedrichstraße 176, 10117 Berlin, Kartentel. 815 360 4, Schlager der 20er, mit Die wilden Witwer, Sa 16 Uhr

Kiste

Hellersdorf, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin, www.kiste.net, Stern-Combo-Meissen, Jahresabschlusskonzert, Sa 21 Uhr

Seebad Friedrichshagen

Müggelseedamm 216, 12587 Berlin, www.seebad-friedrichshagen.de, Zöllners Weihnachtskonzert, mit Dirk Zöllner und Band, So/Mo 20 Uhr

St. Annenkirche

Dahlem, Königin-Luise-Str. 55, 14195 Berlin, Kartentel. 893 529 5, Musik des Mittelalters, Ensemble Alta Musica, So 16 Uhr

SO 36

Kreuzberg, Oranienstr. 190, 10999 Berlin, www.so36.de, Hardcore, Rock und Punk, mit Smoke Blow und Memoriez, Sa 20 Uhr

Wabe

Friedrichshain, Danziger Straße 101, 10405 Berlin, www.wabe-berlin.de, Weihnachtliche Jazz-Fusion mit Pascal von Wroblewsky und Band, Do 20 Uhr

Werkstatt der Kulturen

Neukölln, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin, www.werkstatt-der-kulturen.de, Naked Jazz, mit The Extended Family feat. Eric Vaughn, Sa 21 Uhr

Show/Varieté

Berliner Kabarett Anstalt Theater
Kreuzberg, Mehringdamm 32-34, 10961 Berlin, www.bka-theater.de, Wenn Ediths Glocken läuten, Vol. 10, mit Ades Zabel & Company, Do-Mo 20 Uhr

Tipi Das Zelt am Kanzleramt

Tiergarten, Große Querallee, 10557 Berlin, www.tipi-am-kanzleramt.de, Schnee auf Tahiti, Duo Malediva, Do, Fr, Mi bis 27.12. 20 Uhr, So 19 Uhr

Wintergarten Varieté

Tiergarten, Potsdamer Straße 96, 10785 Berlin, www.wintergarten-berlin.de, Made in Berlin, Junge Artisten aus Berlin und viel Musik, u.a. Mi/Do 16 und 20 Uhr

Ausstellung

Galerie Berliner Graphikpresse
Friedrichshain, Gabelsbergerstr. 6, 10247 Berlin, www.galerie-berliner-graphikpresse.de, Malerei, und Graphik, neue Arbeiten von Holger Koch, bis 11.01.

Galerie Schwind

Mitte, Auguststraße 19, 10117 Berlin, www.galerie-schwind.de, Phantastischer Realist, Shinshi Himeno, bis 08.02.

GBM-Galerie

Lichtenberg, Weitlingstraße 89, 10317 Berlin, www.gbmev.de, Leben in Bildern, Malerei von Wolfgang Liebert, Fr b. a. W.

Kunstquell - Wege zur Kunst

Weißensee, Pistoriusstraße 88, 13086 Berlin, www.kunstquell.de, Wege durchs Leben, fotografische Assoziationen von Christoph Scheibner, Fr bis 17.01.

Mies-van-der-Rohe-Haus

Oberseestraße 60, 13053 Berlin, www.miesvanderrohehaus.de, #04 Konstruiertes Grau, Gruppenausstellung, bis 02.02.

Vortrag

Akademie der Künste

Tiergarten, Hanseatenweg 10, 10557 Berlin, Tel. 200 571 000, Die Familie oder Schroffenstein, DVD-Vorstellung der Kleisttrilogie von Hans Neuenfels mit ihm, Elisabeth Trissenaar u. a., Do 19 Uhr

Archenhold-Sternwarte

Treptow, Alt-Treptow 1, 12435 Berlin, Tel. 534 808, Der Stern von Bethlehem, eine Legende, Vortrag von Felix Lühhning, Do 15.30 Uhr

Berliner Ensemble

Mitte, Probebühne, Bertolt-Brecht-Platz 1, 10117 Berlin, www.berliner-ensemble.de, Der Briefwechsel Brigitte Reimann/Siegfried Pitschmann mit Katharina Thalbach und Sabin Tambrea, So 19.30 Uhr

Literaturhaus Berlin

Charlottenburg, Fasanenstraße 23, 10719 Berlin, www.literaturhaus-berlin.de, Wortservierungen, Richard Burger über Erzählungen von Alice Munro und »Die Mutter am Christabend« von Hebbel, Mo 21 Uhr

Kind & Kegel

Atze Musiktheater

Wedding, Luxemburger Straße 20, 13353 Berlin, Tel. 817 991 88, Veronika und der Weihnachtsmann, mit Robert Metcalf und Dieter Sajok, So 14.30 Uhr und 16 Uhr

Ballhaus Ost

Pankow, Pappelallee 15, 10437 Berlin, www.ballhausost.de, Bling, Bling!, Geisterweihnachtslied nach Dickens, Premiere, Do/Sa 20 Uhr, Fr 18 Uhr, So 16 Uhr

BIZ Antonplatz

Weißensee, Bizetstr. 27, 13088 Berlin, Kartentel. 920 909 80/75, Weihnachtskonzert mit kleinen und großen Solisten der Musikschule Béla Bartók, Do 19 Uhr

Brotfabrik

Weißensee, Prenzlauer Promenade 3, 13086 Berlin, Tel. 471 400 1, Aschenputtel, Theater Kaleidoskop für Kinder ab 3 Jahren, So 11 und 16 Uhr, Mo 16 Uhr

Habbema

Prenzlauer Berg, 10405 Berlin, Mülhauser Str. 6, Tel. 238 091 29, Maries Baby, von Peter Hacks für Kinder ab 7 J., So 15 Uhr

Oft chronisch krank

Chronische Krankheiten wie Bluthochdruck, Diabetes oder auch Krebs verringern die Lebenserwartung der Berliner: 54 Prozent der vorzeitigen Todesfälle bei Männern und 64 Prozent derer bei Frauen unter 65 Jahren gehen auf das Konto dieser Volkskrankheiten. Zugleich verursachten sie 2011 über vier Fünftel der Frühberentungen bei Frauen (3400) und gut drei Viertel derer bei Männern (2800). Das geht aus dem neuen Berliner Basisbericht zur Gesundheit hervor, der seit Mittwoch vorliegt. Gesundheitsminister Mario Czaja (CDU) rief zu mehr Gesundheitsbewusstsein, etwa bei Ernährung, Tabak- und Alkoholkonsum, auf: »Die Risikofaktoren sind bekannt und oft beeinflussbar.« *dpa*/*nd*

Polen: Polizei soll aufklären

Die polnische Regierung hat detaillierte Aufklärung über einen Einsatz der Berliner Polizei gefordert, bei dem zwei Polen verletzt wurden. Der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski sagte der RBB-»Abendschau« am Dienstag: »Wir erwarten Informationen von der Polizei, wie es dazu kommen konnte.« Polizeisprecher Stefan Redlich bestätigte, dass ein Vertreter des Generalkonsulats deshalb persönlich im Polizeipräsidium vorgesprochen habe. Innensenator Frank Henkel (CDU) äußerte sich nicht, sondern verwies auf die Polizei. Nach deren Angaben stoppte ein Spezialeinsatzkommando am 12. Dezember drei Autos auf dem Autobahnring A 10. Zwei Polen hätten versucht zu flüchten. Bei der Festnahme hätte die Polizei Zwangsmittel einsetzen müssen, »so dass es zu Verletzungen kam«, sagte Redlich. *dpa*/*nd*

Haben Sie Tipps für uns, so senden Sie uns bitte eine E-Mail an: veranstaltungen@nd-online.de mit dem Termin und Ort in der Betreffzeile. Redaktionsschluss ist jeweils Mittwoch der Vorwoche.

Naturschützer auch gegen eine Stiftung

Potsdam. Auch der Naturschutzbund (NABU) hält nichts davon, die brandenburgischen Naturparks und Biosphärenreservate in eine Stiftung auszugliedern. Stattdessen solle die Verwaltung beim Landesumweltamt belassen werden, forderte der NABU.

Die Stiftungsidee wird von Umweltministerin Anita Tack (LINKE) vertreten. Sie möchte damit die derzeit 67 Stellen vor künftigen Einsparungen bewahren. Bereits am Mittwoch legte Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) Einspruch ein. Er sagte: »Es ist nicht beabsichtigt, eine Änderung des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes in der vorgesehenen Art und Weise vorzunehmen.«

Die Auslagerung der Verwaltung würde die Großschutzgebiete schwächen, meinte der NABU-Landesvorsitzende Friedrich Schmitz-Jersch. Naturparks und Biosphärenreservate müssten dann eine Kürzung ihrer Landeszuschüsse befürchten, sagte er. Bei einer dauerhaften auskömmlichen Finanzierung der angelegten Stiftung durch das Land würde der Staat kein Geld sparen, sondern lediglich Personalkosten in Sachkosten umwandeln. Eine solche Umbuchung rechtfertige die Auslagerung nicht. Die Überführung des Landesgestüts Neustadt/Dosse in eine Stiftung, die dann in große wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, sei ein unerfreuliches Beispiel für eine Stiftungslösung.

Wenn sich die rot-rote Koalition aber doch für eine Stiftung entscheiden würde, so müsste sie deren Finanzierung für mindestens 20 Jahre gewährleisten, verlangte der NABU. nd

Syrische Flüchtlinge nun auch in Frankfurt (Oder)



Syrische Kriegsflüchtlinge warten am Donnerstag in der Oderland-Kaserne in Frankfurt (Oder) auf die Einweisung in ihre Zimmer. Wegen Überfüllung der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt wurden 32 Flüchtlinge aus Syrien und Irak in dieser alten Kaserne untergebracht. Als dies vor einigen Tagen angekündigt

wurde, habe es Vorbehalte und Vorurteile von Gewerbetreibenden gegeben, die Diebstähle befürchteten, berichtete die Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato (LINKE). Sie reiste dann deswegen extra nach Frankfurt (Oder), um zu beschwichtigen. Die Lage hatte sich aber schon beruhigt. Die Aufnahmekapazitäten in

Eisenhüttenstadt wurden bereits von 500 auf 700 Plätze erhöht. Im September lebten aber 769 Asylbewerber dort. Darum die neue Außenstelle in Frankfurt (Oder). In Eisenhüttenstadt sollen weitere Plätze in Wohncontainern geschaffen werden. nd/Agenturen

Foto: dpa/Oliver Mehlis

NACHRICHTEN

Brandenburg hat nun eine Adresse in Polen

Szczecin. Das Land Brandenburg hat jetzt auch eine Adresse in Polen. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) eröffnete am Mittwoch in Szczecin ein Verbindungsbüro. Über dieses Regionale Zentrum für Innovation und Technologietransfer sollen Kooperationen auf- und ausgebaut werden, sagte der Minister. Es sei ein reger Austausch zwischen Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen geplant. »Das Büro soll helfen, insbesondere wissenschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu pflegen und auszubauen.« Christoffers sagte auch: »Mit diesem Büro wollen wir dem verfassungsmäßigen Auftrag des Landes Brandenburg, gut nachbarschaftliche Kontakte nach Polen zu pflegen, noch stärkeren Ausdruck verleihen.« Büroleiter Piotr Szeja soll Verbindung zum Marschallamt der Woiwodschaft Westpommern und zu anderen westpommerschen Institutionen halten, heißt es. In Brandenburg wird er von Karolina Sorg unterstützt, die als gebürtige Polin seit zehn Jahren in Deutschland lebt. dpa/nd

Zehn Millionen Euro für Abriss von Wohnungen

Potsdam. Mit rund zehn Millionen Euro unterstützt das Land bis 2018 den Abriss von nicht mehr benötigtem Wohnraum in Brandenburg. Damit sollen vor allem Wohnungsunternehmen in kleinen und mittelgroßen Städten gestärkt werden, sagte Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger (SPD) am Donnerstag. Der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Zunahme älterer Jahrgänge sind für kommunale Wohnungsunternehmen und für die Wohnungsgenossenschaften problematisch. In 15 Städten wird nun der Rückbau von insgesamt 2500 leerstehenden Plattenbauquartieren gefördert, so in Beeskow, Elsterwerda, Lübben oder Premnitz. dpa/nd

Weniger Verbraucher und Firmen insolvent

Potsdam Die Insolvenzen von Unternehmen und Verbrauchern sind im dritten Quartal des Jahres in Brandenburg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich zurückgegangen. Wie das Statistikamt am Montag in Potsdam mitteilte, sank die Zahl der Insolvenzverfahren von Unternehmen um knapp 12 Prozent auf 148 Fälle. Dabei blieb das Baugewerbe mit einem Anteil von 17,6 Prozent die Branche mit den meisten Firmenzusammenbrüchen. Gegen andere Schuldner, Verbraucher oder ehemalige Selbstständige wurden 1091 Insolvenzverfahren gezählt, ein Rückgang von knapp elf Prozent. dpa/nd

Schutz vor Missbrauch durch einen Trainer

Bildungsministerin stellte Empfehlungen für Sportvereine vor

Dass Übungsleiter Kinder und Jugendliche missbrauchen, kommt leider vor. Eine Broschüre empfiehlt Vereinen Maßnahmen zur Vorbeuge.

Von Wilfried Neiß

Es sind nur Einzelfälle, die bekannt werden, aber diese Fälle alarmieren. Ein Reitlehrer aus Reckahn soll sich 15 Jahre lang an Jungen vergangen haben, die er trainierte. Nun liegt eine Broschüre »Kinderschutz im Sport« vor.

Als Bildungsministerin Martina Münch (SPD) die Broschüre gestern vorstellte, machte sie eindringlich klar, dass Kinder auch in der Freizeit sicher sein müssen vor Gewalt und

Missbrauch. Nun liege eine »sehr fundierte, leicht verständliche und praxisorientierte Handreichung« für Verantwortliche im Sport vor.

Münch lobte die Vorreiterrolle des brandenburgischen Landessportbundes. Hauptgeschäftsführer Andreas Gerlach unterstrich, das Vertrauen der Eltern in die Sportvereine des Landes sei »absolut gerechtfertigt«. Doch müsse man mit den wenigen bestürzenden Abweichungen umgehen und dürfe eine eventuelle Dunkelziffer nicht außer Acht lassen.

Schafft eine solche Broschüre mit gezeichneten schwarzen Geistern hinter den Kindern nicht mehr Verunsicherung als Angst? »Im Gegenteil«, sagte Gerlach. Es handle sich um eine Vorsichtsmaßnahme, die zum

offenen Umgang mit dem Thema beitragen wolle. Derzeit werde Gewalt und Missbrauch im Sport oft als Tabu behandelt. »Die Unsicherheit zieht sich durch.« Es werden nach Auskunft von Gerlach auch Beschuldigungen erhoben, die jeglicher Grundlage entbehren. So habe es kürzlich in Eberswalde einen Fall von Verleumdung gegeben.

Der Hauptgeschäftsführer und die Ministerin bestätigten, dass es »Grauzonen« gebe. Wann ist eine Hilfestellung für ein Kind beim Turnen als Schutz vor Verletzungen geboten und wann ein verdeckter körperlicher Annäherungsversuch? Nicht immer eindeutig verläuft die Grenze zwischen freundlicher Zuwendung und sexueller Absicht. Weil der Sport natur-

gemäß zu starker körperlicher Nähe führt, können dumme Situationen entstehen, falsch verstandene Signale ausgesendet werden. Aber es können auch problematische Signale fälschlicherweise als harmlos gedeutet werden. Die Ministerin empfiehlt, im Mädchensport nicht Männer einzusetzen und Kinder »stark zu machen, sich zu wehren und auch Nein zu sagen«. Wichtig sei, die Umgebung wach zu halten und über einen Verdacht zu reden. »Schweigen schützt die Täter«, sagte Robert Busch, Sekretär der brandenburgischen Sportjugend, die mit rund 135 000 Mitgliedern der größte Jugendverband des Bundeslandes ist.

Die Broschüre empfiehlt Sportvereinen, Trainern ein erweitertes

polizeiliches Führungszeugnis abzuverlangen. »Damit wird verhindert, dass einschlägig Vorbelastete solche Positionen bekommen«, erklärt Gerlach. Allerdings sei bisher einwandfreies Verhalten keine Garantie für die Zukunft. Angeraten wird weiterhin, in den Vereinen Kummerkästen anzubringen oder Vertrauenspersonen zu benennen.

Laut Bildungsministerin besteht das Problem, dass Kinder und Jugendliche, die Opfer eines Missbrauchs wurden, oft jahrelang über das Erlebte nicht sprechen und erst als Erwachsene aktiv werden. Es existiere eine »hohe Scham- und Schweigegrenze«. Eine offene Atmosphäre im Verein beuge dem am ehesten vor.

ANZEIGEN

SPENDENAKTION

BRINGEN SIE DAS WASSER ZUM FLIEßEN!

Werden Sie Brunnenpatin/-pate und ermöglichen Sie mit einer Spende von 300 Euro den Bau eines Brunnens für sieben Familien.

Spendenkonto: 1020 100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 100 205 00
Kennwort: Kambodscha

SODI!
www.sodi.de

REISEN

Sizilien – Am Fuß des Ätna
8-tägige Reise ab / an Berlin

27.03. – 03.04. und 25.04. – 02.05.
+ 07. – 14.10.2014 ab € 899,-

Sie fliegen mit Air Berlin nach Catania und fahren dann zu Ihrem Hotel im Raum Palermo (4 Ü/HP). Verschiedene Ganztagsausflüge führen Sie u.a. nach Monreale, Segesta, Erice, Marsala, Cefalù, Giardini Naxos (3 Ü/HP), Catania, Syrakus, Taormina und zum Wahrzeichen Siziliens, dem Ätna. Sie besuchen u.a. die römische Kaiservilla Casale – bekannt für ihre Wand- und Bodenmosaiken (UNESCO Weltkulturerbe).

Zusätzliches:
Einzelzimmerzuschlag **235,- €**

Beratung und genauere Info's: nd-Anzeigenabteilung • Frau S. Weigelt • Tel.: (030) 2978-1842 • Fax: (030) 2978-1840

Solidarität mit dem nd

Sie wollen auch helfen, dass es weiterhin eine sozialistische Tageszeitung in Deutschland gibt? Dann nutzen Sie unser »nd-Unterstützerkonto«:
Konto-Nr. 52 59 50 204, Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

BÜCHER

Buchpremiere
Paul Schreyer
Faktencheck
9/11
Eine andere Perspektive
12 Jahre danach

Kni Romulus Verlag

Paul Schreyer im Gespräch mit Ken Jebsen

19.12. 19 Uhr im Viethaus,
Bln.-Mitte, Leipziger Str. 54

Vorverkauf: 6 / 10 € • Abendkasse: 8 / 12 €
http://live.compact-magazin.com

Größere Bücherbestände und Schallpl. kauft sofort: ☎ 030/4774206

„Am Strand“
Fritz Böhme
Geschichte und Geschichten
zum Bild von
Walter Womacka

Das Buch mit vielen farbigen Abbildungen von Fritz Böhme enthält Fakten, Standpunkte, Erlebnisse und Inspirationen, Wissenswertes und Interessantes aus 50 Jahren Geschichte des Bildes.

Eigenverlag, A4, 88 Seiten, 11,90 €
Versandpauschale 2,00 € Einzelbestellung

Bestellung unter Tel./Fax: 030/9750017
oder werbeservice@simone-stolz.de
Auch Grafiken und Reproduktionen

GLÜCKWUNSCH

Alles Gute zum **90.**
Major der VP a.D.
Helmut Schröder
Die Familie

DIENSTLEISTUNGEN

zapf umzüge nah und fern 030/61061

Tun Sie was für Ihren Umsatz. Mit einer Anzeige im nd.

Geschäftsanzeigen im nd:
Tel.: 030/2978-1841, -1842, -1843
Fax: 030/2978-1840
anzeigen@nd-online.de

Grütters: Stella wird realisiert

Die neue Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) hält an den Plänen des Architekten Franco Stella für das Berliner Schloss fest. Mit Blick auf die Diskussion um den Ostflügel des Neubaus sagte Grütters in der RBB-»Abendschau« am Dienstagabend: »Die Debatte kommt leider ein bisschen zu spät, was die Umsetzung angeht.« Das sei natürlich vor der Ausschreibung des Wettbewerbs hin und her diskutiert worden. Man habe sich dann für Stellas Entwurf entschieden – »und der wird realisiert«. Wichtig sei, dass das Humboldt-Forum, das im Schloss geplante Kulturzentrum, eine Botschaft beinhalte, nämlich, welche Aufgabe die Kultur im Zusammenleben der Gesellschaft habe.

Der Architekt Stephan Braunfels hatte vorgeschlagen, auf den neuen Anbau an der Ostseite des geplanten Schlosses ganz zu verzichten und damit den barocken Innenhof zur Stadtmitte hin zu öffnen. Inzwischen wird am Schlossplatz aber längst gebaut, 2015 soll Richtfest sein. *dpa*

Food Trucks auf die Straße

Kino und Kulinarisches gehören auf der Berlinale schon seit langem zusammen. Seit dem Jahr 2007 zeigen die Internationalen Filmfestspiele Berlin Regiearbeiten rund um die Themen Essen und Ökologie – und nach dem Kinobesuch wird jeweils ein vom Film inspiriertes Menü serviert. Jetzt schickt die Berlinale (6. bis 16.2.2014) auch sechs Food Trucks auf die Straße. In Zusammenarbeit mit der Markthalle Neun und Slow Food Berlin werde es erstmals Street Food geben, teilte das Festival am Montag mit. Die Wagen sollen auf dem Festivalgelände in der Alten Potsdamer Straße/Ecke Varian-Fry-Straße »Essen auf die Hand« anbieten – nach den Slow Food Maximen gut und fair zubereitet. *dpa*

Fund im Spreekanal

Es ist ein ungewöhnlicher Fund: Die Berliner Feuerwehr will nahe dem Auswärtigen Amt eine Skulptur aus dem Spreekanal bergen, die das Landesdenkmalamt untersuchen wird. Vermutlich gehört die Figur zur ehemaligen Neuen Münze (erbaut 1870/1871), die der Baumeister August Stüler geplant hat, wie die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mitteilte. Entdeckt wurde die Skulptur 2012 von Tauchern bei technischen Arbeiten. Wen die vermutlich aus Sandstein bestehende, etwa 2,60 Meter große Figur darstellt und wie sie ins Wasser gelangte, will das Landesdenkmalamt nach der für Mittwoch geplanten Bergung klären. *dpa/nd*

Preis für Papierknäuel

Der Künstler Olaf Metzel erhält den mit 50 000 Euro dotierten mfi-Preis für Kunst am Bau für seine Installation »Noch Fragen?« im neuen Lesesaal der Staatsbibliothek Unter den Linden in Berlin. Das unter der Decke schwebende Werk aus bunt bedruckten und verformten Aluminiumplatten erinnert an ein überdimensioniertes Papierknäuel aus Buchseiten, Tageszeitungen und Notizzetteln, teilte das Essener Immobilienunternehmen mfi mit. Eine Expertenjury hatte Metzels Arbeit aus 63 Vorschlägen ausgewählt. *epd/nd*

Ist die Vase eine tragische Gestalt?

Malerei von Gero Troike in der Galerie der Moderne

Von Hans-Dieter Schütt

»Mein Arbeitstisch« heißt ein Bild. Die Platte des Tisches trägt zahllose Farbspuren, ein etwas verrutschtes Tuch liegt darauf, ein Tuch, wie es auf vielen Stillleben Gero Troikes zu sehen ist. Der Blick, wenn man vor diesem Tisch steht, geht ins Grüne. Ins gemalte Grüne: Ein Gemälde, das an der Wand lehnt, ist gleichsam das Fenster zur Welt – das ergänzungsbedürftige Leben beruft also die Kunst, raumausstattend, ins hohle Haus.

Wieder stellt Troike in Max Kattners Galerie der Moderne aus. Eine Werkschau. Bilder, als sei jeder gedeckte Frühstückstisch eine Theateraufführung – wer spielt die Hauptrolle, der Apfel, das Messer, die Blume in der Vase? Ist die leere Vase nicht wahrlich eine tragische, verlorene Gestalt? Und Würfel, immer wieder Würfel. Wollen sie Schicksal spielen? Zugetan den Gewinnern oder den Verlierern? Ein Gemälde zeigt einen Tisch, dahinter ein Spiegel – darin zu sehen aber ein ganz anderer Tisch. Als habe der Spiegel Lust auf Veränderung, als habe das pure Abbild seine Leidenschaft für die verändernde Fantasie entdeckt. Schönste der Wahrnehmungen: anders schauen, als du sehen sollst.

Troike, 1945 in Schönheide (Erzgebirge) geboren, war viele Jahre einer der bedeutendsten Bühnenbildner der DDR, vor allem an der Volksbühne und am Deutschen Theater. Sein Name ist mit den großen Inszenierungen von Manfred Karge/Mathias Langhoff, Alexander Lang, Thomas Langhoff und Jürgen Gosch verbunden. Er gastierte an großen Theatern Europas, ging 1984 in den Westen (Schauspiel Bochum, Thalia Theater Hamburg). Er schreibt Stücke, er inszeniert. Troike lebt im Sauerland, in einem Forsthaus zwischen Soest und Warstein.

Leben ist auf diesen Bildern kein Splitterwerk aus Überstürzung. Dieser Maler ruht im Kargen, das lässt seine gedämpften, erdigen Farben nie ins Bedrängende, Unruhige kippen. Bewegung in dieser Malerei besteht darin, dass sich Unruhe – legt. Aber doch trotzdem so, wie etwas sich auf die Lauer legt. Ewigkeit hat Zeit, sie nimmt Zwischenaufenthalte in unseren Körpern, die alle Aufgekratztheit und Beschäftigung für ein erfolgreiches Stricken an der Dauer halten. Dem setzt Troike ein geradezu bescheidenes wie konsequentes Innenhalten entgegen, das sich von vorgeblichen Hauptsachen der Existenz fernhält. Weil die am leichtesten zu verfehlen sind. Weil wir die wirklich großen Dinge ja fortwährend verfehlen, vor allem dann, wenn wir sie im Munde führen.

Über Troikes Bildern liegt oft ein dämmriger Schleier, eine hauchdünne neblige Schicht; bei Ansichten des natürlichen Draußen ist das sogenannte Wirkliche stets im Spiel mit etwas, das nicht mehr wirklich zu sein scheint. Die Fläche, die Unschärfe, das sind Siege über die Kontur – wir existieren im Verschommenen. Die Motive, die er abtastet, sind übersichtlich; die Welt, die er entlanggeht, ist klein; der Rahmen, den er steckt, wagt sich nicht an gewaltige Horizonte – aber sieh nur!, wie Wasserglas und Waldweg, wie Frau und Fluss und Flasche, wie Landschaft und Leimtopf



»Maler im Atelier 1«, Öl auf Leinwand (o.), »Stilleben mit Medizinflasche«, Öl auf Leinwand

Fotos: Faltblatt, Galerie der Moderne

den Gedanken des Betrachters lösen! Nämlich den so einfachen Gedanken daran, dass Leben ein wunderbares, mitunter auch unheimliches Geschenk ist, das lässt sich nicht stumm kassieren, das muss man in den marginalen Einzelheiten festhalten, um sich richtig wundern zu können.

Wer jetzt ans Schwelgerische denkt, wird bei Troike enttäuscht, wird bereichernd aufgestört. Er ist ein Maler der grauen, ja tristen Wände. Er lässt uns auf Bretterfußböden schauen, deren Linien gemeinsam mit gestreiften Tischdecken eine fast nüchterne Geometrie aufziehen. Die Fenster bevorzugen es, in beinahe schüchtern Weise blind zu bleiben. Auf Tischen immer wieder jene besagten alltäglichen Gegenstände, von denen man nicht weiß, ob sie auf Menschen warten oder von ihnen befreit sind, ob sie also von Nutzbarkeit träumen oder von dieser endlich entlastet sind. Dinge im Gespräch miteinander, Dinge im Schweigen gegeneinander.

Menschen? Wenige. Ein Akt, wie ein Schemen nur; ein Spaziergänger über eine kleine Brücke. Und: der Ma-

ler prüfend, suchend vor der Leinwand sitzend, man sieht nur einen Teil ihrer Rückseite, sie könnte wohl gleich auf ihn niederstürzen. Der Maler sitzt auf seinem Stuhl, hinter ihm farbige Welt: wieder »bloß« ein Gemälde – was getan, was geschaffen ward, es ist kein wirklicher Rückhalt, nein, einzig das zu Schaffende ist es, was ruft. Und

Man könnte verzweifeln, mag der Maler denken. Und er wird malen.

mürt. Denn es ruft aus der Leere, aus der totalen Offenheit, die uns stets neue Grenzen setzt. Also: das besagte Wunder Leben steckt in der Feier der Begrenzung, im betrachtenden Ausgleich – der geringen Möglichkeiten mit den großen Sehnsüchten. Und der Maler sitzt vor seiner Staffelei, als habe er begriffen, dass alles Handeln, und sei es noch so meisterhaft, nur un-

ser Ungeschick offenlegt: Welt und uns selber zu begreifen. Man könnte verzweifeln, mag der Maler denken. Und er wird malen!

Gero Troike ist malend ein Regisseur des Ausschnitts, der angeschnittenen Tische und Stühle und Türen und Fenster. Das bringt die Dinge zum Leben, erhebt sie zu tätigen Wesen, die somit auf ihre Weise erzählen, dass nichts je an sein Ende kommt, dem wir eine feststehende Form geben wollen. Keinem Bild, keinem Existenzmodell. Und keiner Philosophie anhängen beim Schauen – wo Philosophien sind, sind keine Bäume, nur Ideen! Die Götter, sagt Heraklit, halten für den Menschen etwas bereit, wovon sie ihn niemals haben träumen, niemals haben hoffen lassen. Auf Troikes Bildern kann man es sehen: das tröstende, aufrichtende Einverständnis mit den Erzählungen des Unscheinbaren. Das uns tröstet und hält, wenn wir es als etwas Großes entdecken dürfen.

Gero Troike: Malerei. Galerie der Moderne, Hindenburgdamm 57 c. Di-Do 14 bis 19 Uhr, Fr-Sa 11 bis 16 Uhr. Bis 17. Januar 2014

Ich kam als Gast in euer Land ...

Ausstellung zu Opfern des Stalinerrrors eröffnet

Von Sarah Liebigt

Schicksal um Schicksal um Schicksal lässt sich nachlesen. Familie Koenen, Familie Duncker, Anni, Familie Rippberger. Arbeitssuchende oder politisch verfolgte reisten in die Sowjetunion in der Hoffnung, dort ein sicheres Leben beginnen, einen Neuanfang wagen zu können. Anfang bis Mitte der 1930er Jahre lag die Zahl der Einwanderer am höchsten. Die Wanderausstellung »Ich kam als Gast in euer Land gereist ...« ist zur Zeit in der Zentrale der Linkspartei im Karl-Liebknecht-Haus zu sehen.

Die zweisprachige Schau (deutsch und russisch) wird auch 2014 in mehreren Bundesländern zu sehen sein. Parallel dazu wird sie in Russland sowie in der Kasachischen Republik (Karaganda) gezeigt. Am Dienstagabend wurde sie in Berlin eröffnet, kurz bevor die Gedenktafel für die Opfer des stalinistischen Terrors ent-

... und wurde verfolgt, entrechtet, verbannt

hüllt wurde. »Auch in der DDR wurde vor allem eins, nämlich geschwiegen«, sagte die Parteivorsitzende der LINKEN Katja Kipping bei der Anbringung. »Es ist an uns, den Opfern eine bleibende Erinnerung zu geben.«

Die Tafel mit der Inschrift: »Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden« hatte zuvor für Streitigkeiten innerhalb der Linkspartei gesorgt.

Der Parteivorstand hatte das Angebot des Arbeitskreises angenommen, anlässlich der Einweihung der Tafel am KL-Haus die Ausstellung »Ich kam als Gast in euer Land gereist ...« im Konsultations- und Informationszentrum zu zeigen. Diese von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand geförderte Wanderausstellung war zuvor in Berlin, Potsdam und Thüringen sowie in Russland, Kasachstan und Belgien zu sehen.

Während der Ausstellungseröffnung und dem anschließenden Podiumsgespräch wurde – nicht zuletzt mit Blick auf die von Kritikern vorgebrachten Bedenken gegen die Tafel am Haus – immer wieder betont und von den Diskutanten auf dem Podium bekräftigt, dass es der richtige Text am richtigen Ort sei.

Der nächste Schritt wird sein, mit der Arbeit an der im Beschluss des Vorstandes der Linkspartei erwähnten Dauerausstellung über die im Karl-Liebknecht-Haus tätigen Genossinnen und Genossen zu beginnen. Die anwesenden Mitglieder des Arbeitskreises und der Historischen Kommission beim Parteivorstand werden demnächst darüber beraten.

Die Anbringung der Gedenktafel an der Parteizentrale war vom früheren DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow und anderen Vertretern des linken Flügels der Partei kritisiert worden. Modrow hatte die Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde als alternativen Standort ins Gespräch gebracht. Einige Gegner der Tafel demonstrierten tatsächlich während der Enthüllung vor der Parteizentrale. Ihre Buhrufe und Pfiffe wurden indes vom Applaus übertönt.

Im Kino: Der Cannes-Gewinner »Blau ist eine warme Farbe« von Abdel Kechiche

Blick der Unschuld

Von Lukas Wilhelm

Manchmal liegt in einem Detail die ganze Welt. Ein wechselnder Song auf einer Gartenparty, und ein ganzes Milieu erhält Eintritt. Eine Strähne mehr oder weniger im Gesicht kann manchen um ein volles Jahrzehnt altern lassen. Und ein sanfter oder unruhiger Schlaf sind nur eine minimale Verschiebung des Atemrhythmus voneinander entfernt.

Mit den Bildern jenes unruhigen Schlafs eröffnet Regisseur Abdel Kechiche seine fragmentarische Adaption eines Comics von Julie Maroh. Er erzählt die Geschichte von Adèle (Adèle Exarchopoulos) von der Pubertät bis in ihre späten Zwanziger. Eine konventionelle, fast schon wieder zu nennende Coming-Of-Age-Erzählung in mildem Licht. Unverortet in der Peergroup, vertan im spröden Lille, unsicher im eigenen Körper findet Adèle die Sexualität, das Leben, die Liebe – und ihren Schmerz. Auf einer Kreuzung passiert es, ganz simpel, ein Blick, der die Dinge ändert. Ein Moment, das einfach da ist. Emma (Léa Seydoux) ist da. Sie nimmt Adèle mit. Ihre Zweisamkeit begleitet uns in Küchen, ins Museum, ins Bett, zu den Schwiegereltern, in Bars, Gärten und Parks.

Dabei weigert sich der Film, die ihm eigene Überhöhung des Alltäglichen in eine stabile Form zu gießen. In Close-Ups erzählt die Kamera. Schleicht heran an ihre zwei Protagonisten, sieht ihnen beim Sex und anderen Intimitäten zu, die das Leben bereitstellt. Weshalb dieser Film auch drei Stunden, dabei aber nicht eine Minute zu lang dauert. Die Empathie der Beobachtung umkreist jede Einstellung. Das Drehbuch, immer wissend, was wichtig ist und was nicht, beschwört dabei das Dazwischen. Diese Einheit von Bauch und Verstand, was in guten Büchern gerne mal zwischen den Zeilen liegt, es findet sich hier zwischen den Szenen, zwischen Orgasmus und Streit, zwischen Grazie und Lüge. Versteckt und doch fühlbar, unter und vielleicht sogar auf der Haut.

Einmal hat Emma ihre Freunde von der Kunsthochschule zu Gast. Adèle bekocht die Gruppe. Spaghetti Bolognaise, wie zu Hause bei ihren El-



Foto: Alamo Film

tern, weit entfernt von jeglicher Intellektualität. Es mündet allen, während die Gäste zunächst Klimt und Schiele voneinander abgrenzen und schließlich über den weiblichen Orgasmus konferieren. Adèle sagt wenig. Manchmal verrät ihr Blick eine leichte Befremdung. Mehr nicht. Das ist nicht ihr Background, nicht ihre Sicht auf die Dinge. Aber weder in seiner Heldin noch sonst wo wird in »Blau ist eine warme Farbe« etwas gegen-

Was in guten Büchern zwischen den Zeilen liegt, es findet sich hier zwischen den Szenen, zwischen Orgasmus und Streit, zwischen Grazie und Lüge.

einander ausgespielt. In keinem noch so dramatischen Moment verliert der Film seinen Blick der Unschuld. Und seine beiden Darstellerinnen sind jede Einstellung wert. Wer diese ganzen Feinheiten und Gesten in sich findet wie Exarchopoulos und Seydoux, der kann alles aufspüren.

Insbesondere der Ruf ihrer Sexszenen eilt ihnen voraus. Zusätzlich durch den Streit mit Regisseur Kechiche verstärkt, den die beiden Frauen

für seine Schonungslosigkeit am Set kritisierten und verkündeten, nie wieder mit ihm zu arbeiten. In Kombination mit den Cannes-Auszeichnungen für alle drei birgt dies eine Mischung, die gar zum »Mythos« taugt, wie es der »New Yorker« nennt. In den USA wird der Film ohne Jugendfreigabe anlaufen und die christliche Rechte protestiert. Soviel Nähe, soviel Wahrheit, soviel Erlebnis kann eben auch Angst machen.

Im Kino: Genug gesagt von Nicole Holofcener

Gezeter mit Widerhaken

Von Caroline M. Buck

Immer fröhlich, immer gut gelaunt, immer ein gutes Wort für alle und ein offenes Ohr für die, denen sie von Berufs wegen hautnah näherkommt: das ist Eva. Selbstständige Masseurin mit klappbarer Massageliege für Hausbesuche, geschieden, eine Tochter, wohnhaft in Los Angeles (aber denkbar weit weg von den Bezirken, wo der Hollywood-Glamour zuhause ist) und tagaus, tagein unterwegs zu ihren Stammkunden. Dem jungen Mann zum Beispiel, der sie fröhlich von seiner Wohnungstür am oberen Ende einer langen, steilen Treppe willkommen heißt, während sie sich unten mit der Klappliege abplagt. Der Kundin mit Verspannungen und nimmermüden Querelen mit Familie, Freunden und der ganzen Welt, die sie bei Eva ablädt, statt sich unter den Händen wortlos zu entspannen. Oder dem Patienten mit Mundgeruch, dessen tiefen Atemzügen die Masseurin ebensowenig entgegen kann wie dem zänkischen Dauerton der Kundin.

Schön für Eva also, dass sie auf einer Party, auf die ein Paar alter Freunde sie mitschleppte, die neue Kundin Marianne gewinnt, die kultivierter scheint und eleganter als die ande-

ren. Eine Frau, die Gedichte schreibt – und davon leben kann! –, die eine vage Freundschaft mit Gegenkultur-Pop-Ikone Joni Mitchell pflegt und zumindest ein bisschen von dem Glanz ausstrahlt, der Evas Bungalow-Alltag so völlig abgeht. Dass Eva auf der selben Party auch noch Albert kennenlernt, Archivar für Fernsehsendungen, geschieden wie sie selbst und mit einer erwachsenen Tochter, die kurz vor dem Wegzug in ein College steht (genau wie Evas Tochter auch), das ist dem gegenüber zunächst das unwichtigere Ergebnis des Abends. Bald aber kommen Eva und Albert sich näher. Die Dichterin wird zur Stammkundin, und ein neues Kapitel im Leben von Eva und Albert könnte beginnen: ohne Töchter, dafür miteinander und mit ihrer Arbeit.

Wenn nur Eva, nach ihrer Scheidung vorsichtig geworden und misstrauisch gegenüber dem unverhofften neuen Glück, nicht lieber doch auf Nummer sicher gehen wollte. Und deshalb ganz besonders gut zuhört, als sich irgendwann eher zufällig (und erstmal nur für sie selbst offensichtlich) herausstellt, dass ausgerechnet Marianne Alberts Ex ist und also just von Albert die Rede, wenn Marianne beim geselligen Eistee nach der Massage wieder mal von ihrem unsensib-



Julia Louis-Dreyfus und James Gandolfini

Foto: 20th Century Fox

len Toren von einem Geschiedenen erzählt. Eva lernt Albert so von zwei Seiten gleichzeitig kennen: einmal aus eigenem Augenschein, als einen sanften Riesen mit Herz und einem guten Auge für Evas verborgene Qualitäten, wo andere nur die gut gelaunte Verbindlichkeit sehen. Und nur leicht zeitversetzt auch aus dem so ganz an-

deren Blickwinkel seiner geschiedenen Frau, die ihn als Liebhaber verachtet, als ewigen Verlierer bezeichnet und über seine unfeinen Manieren herzieht.

Statt sich von ihrer neuen Kundin zu trennen, um ihre frische Beziehung zu retten, lässt Eva sich von der ahnungslosen Marianne die Freude an

»Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.«

George Bernhard Shaw

Millennium-Serie

Lagercrantz schreibt Larsson fort

Stieg Larssons berühmte Millennium-Serie wird zehn Jahre nach dem Tod des Bestseller-Autors fortgesetzt. Der schwedische Autor David Lagercrantz schreibt einen vierten Band der erfolgreichen Reihe, teilte der Norstedts-Verlag in Stockholm mit. Das Buch soll im August 2015 erscheinen, zehn Jahre nach dem Erscheinen von Larssons erstem Krimi »Verblendung«.

»Da ist der Ball ins Rollen gekommen«, sagte Eva Gedin vom Norstedts-Verlag der dpa. Lagercrantz ist Autor diverser Sachbücher und Romane. Größeren Erfolg hatte seine in Deutschland 2013 erschienene Biografie »Ich bin Zlatan Ibrahimovic« des schwedischen Fußballstars.

Larsson war 2004 mit 50 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben. Nach seinem Tod wurden dem Norstedts-Verlag zufolge 75 Millionen Exemplare seiner Bücher in 50 Ländern verkauft. Der Stoff wurde zweimal verfilmt. Der Autor soll vor seinem Tod an einem vierten Teil gearbeitet haben, es ist aber unklar, ob es ein solches Skript wirklich gibt. Lagercrantz' Roman entsteht daher völlig unabhängig davon, sagte Gedin.

»Es ist eine große Verantwortung, hiermit weiter zu machen«, sagte Lagercrantz der schwedischen Boulevardzeitung »Expresen«. Aber Larssons Protagonisten, der Journalist Mikael Blomqvist und die Hackerin Lisbeth Salander, »verdienen es, weiterzuleben, genau wie Spiderman oder Peter Pan«. dpa

Gruppe Culture Club

Bald wieder vereint

Der britische Sänger Boy George (52) hat die Wiedervereinigung der Pop-Gruppe Culture Club (»Do You Really Want To Hurt Me?«, »Karma Chameleon«) angekündigt. »Wir wollen mit Culture Club im nächsten Jahr ein Album veröffentlichen«, sagte Boy George dem französischen Schwulen-Magazin »Têtu« (Januar), das am Dienstag in Paris erschien. Das habe er vor kurzem mit dem Gitarristen Roy Hay in Los Angeles besprochen. Mit dabei seien auch Schlagzeuger Jon Moss und Bassist Mikey Craig.

Die Band hatte in den 80er Jahren Kultstatus. Der Sänger mit dem bürgerlichen Namen George Alan O'Dowd galt als androgyne Ikone. Nach der Culture-Club-Auflösung 1986 und einem ersten Revival drei Jahre später folgte 2002 wieder ein Ende. Später scheiterte der Versuch, die Band ohne Boy George wiederzubeleben.

Boy George kündigte ein Album an, »das dem entspricht, was wir heute sind«. Es werde nichts einfach nur erneuert. »Aber natürlich gibt es viel Soul und Reggae«, sagte er über die Songs, an denen Culture Club von Januar an arbeiten wolle. dpa/nd

FÜR KINDER

Löwe auf dem Sofa, Krokodil in der Badewanne? »Hannah wünscht sich ein Haustier« – aber welches? Ein Pappbilderbuch von Elinor Weisse schon für ganz kleine Kinder (leiv, 12 S., 5,50 €).

Zum Vor- und ersten Selberlesen: »Ich bin Ludwig!« – Barbara Rose erzählt von einem Jungen, der seine ersten Schulmonate erlebt (Kerle bei Herder, 61 S., geb., 7,99 €).

Bücherservice
Sie wählen. Wir liefern.
Tel.: 030/2978-1777, Fax: -1650
E-Mail: buecherservice@nd-online.de

Stärkt das Selbstbewusstsein: »Ich bin ein Kind und ich habe Rechte« von Alain Serres mit ganz besonders schönen Bildern von Aurélie Fronty (Nord Süd Verlag, Reihe UNICEF, 48 S., geb., 16,95 €).

Schneeweiß ist er und wirkt ganz verloren: »Ein Hund wie Sam« – die Kinder im Buch von Edward van de Vendel würden ihn gern behalten, aber er gehört den mürrischen Nachbarn (Carlsen, 111 S., geb., 9,99 €).

FÜR ERWACHSENE

Blumenfußball – auf so eine Idee muss man erst einmal kommen: »2:1 für Bärenklau. Oder wie das Fußballfieber in den Garten kam« – Christiane Schlüssel hat aus gepressten Blüten ein Buch gestaltet. Katrin Pieper hat die Texte dazu geschrieben (Hildegard Vogel Zipfelhaus Werkstatt, 40 S., geb., 8,50 €).

Ein kleiner, herrenloser Kater als Glücksbringer: »Weihnachtsbote auf vier Pfoten« von Sheila Roberts – ein unterhaltsamer Roman, in dem zwei einsame Menschen zusammenfinden (Lübbe, 288 S., geb., 10 €).

Von Armut und Not, Gewissen und Dankbarkeit: »Wie der Weihnachtsbaum in die Welt kam« – mit ihrer besinnlichen Geschichte führt Astrid Fritz ins Jahr 1538 nach Straßburg (Kindler, 128 S., geb., 12 €).

Die große Menschheitsfrage kann auch hier nicht beantwortet werden. Aber interessant ist es doch, was Dr. med., Dr. phil. Sam Parmia, Leiter für Reanimationsforschung an der State University New York, in »Der Tod muss nicht das Ende sein« über Nahtoderfahrungen von Patienten schreibt (mit Josh Young, Scorpio Verlag, 400 S., geb., 19,99 €).

Was braucht der Mensch, wenn es ihm nicht gut geht? Zuspruch zualererst. Braucht er Lebensweisheiten, Witze gar? »Der Krankentröster« von Jürgen von der Lippe und Gaby Sonnenberg entstand durch einen Mailwechsel und kann vielleicht helfen (Knaus, 320 S., geb., 16,99 €).

Amouröse Verwicklungen, Spionage, abgründige Intrigen: »Dreimal im Leben« – Arturo Pérez-Reverte hat eine ebenso zarte wie monumentale Liebesgeschichte verfasst, die 1928 auf einem Ozeandampfer beginnt (Insel Verlag, 526 S., geb., 22,95 €).

Wege zur Veränderung: »Heute ist ein guter Tag für eine Frage« – ein blaues in Leinen gebundenes Büchlein von Pierre Franckh als Lebenshilfe (Südwest, 192 S., 12,99 €).

KALENDER

Blicke in private Sammlungen, die sonst fremden Blicken verschlossen sind: »Bücherwelten« mit dekorativen Farbfotos von Reto Guntli (Dumont Kalenderverlag, 44,5 x 48 cm, 14 Blatt, 19,95 €).

Schätze aus dem Kupferstichkabinett Berlin: »Ein Blütenreigen« – herrliche Aquarelle von Georg Flegel, der als berühmter Stillebenmaler des frühen 17. Jahrhunderts gilt (Weingarten, 34,5 x 44 cm, 14 Blatt, 19,99 €).

Insel-Sehnsucht: »Rügen und Hiddensee 2014« – zu den stimmungsvollen Farbfotos von Thomas Grundner gibt es im Zweiwochenrhythmus je ein bedenkenswertes Zitat (Hinostoff Edition Reich, 23,5 x 32,5 cm, 28 Blatt, 12,99 €).

Literarischer Tischkalender, Woche für Woche mit Bildern und Zitaten über das Lieblingstier: »Katzen« (ars vivendi, 32 x 10,5 cm, 12,90 €).

Emmy Abrahamson lässt Polnisches und Schwedisches zusammenstoßen

»Das Leben ist kurz. Hab Spaß!«

Von Irma Gutschke

Ich möchte ein langweiliges Leben haben ... als Vollschwede ... ein Leben, in dem nichts passiert«, schreit die 15-jährige Alicja unter Tränen. Das bekommt sie erstmal nicht, denn die Autorin Emmy Abrahamson wollte eine turbulente Geschichte schreiben. Auf jeder Seite soll was passieren, das jüngere (wie ältere) Leserinnen und Leser in Atem hält, zum Lachen oder wenigstens zum Schmunzeln bringt. Literatur als verdichtete Wirklichkeit, während diese eben doch oft genug eintönig ist und trist. Auch deshalb wird ja gelesen, um mal was Anderes zu erleben.

Ein langweiliges Leben wünscht sich doch niemand im Ernst. Aber Alicja hat schon Recht, dass sie allzu viele Aufregungen zu verkraften hat. Allein schon, weil ihre Mutter aus Polen stammt. Es wird, um etwaiger Ausländerfeindlichkeit vorzubeugen,

den Leuten ja gerne eingeredet, dass sie bitte nicht so sehr auf die Unterschiede zwischen den Kulturen achten sollen. Das Fremde sei liebenswert oder wenigstens zu tolerieren. Wer mitunter anders fühlt, soll das möglichst für sich behalten. Der Erfolg dieses Buches in Schweden mag auch damit zusammenhängen, dass es diese wohlgemeinte Heuchelei unterläuft. Und das auf eine kräftig heitere Weise.

Mag sein, dass nicht alle polnischen Frauen verschimmelten Käse noch zur Lasagne verarbeiten, gebrauchtes Geschenkpapier wiederbenutzen, kaputte Kaffeetassen zusammenkleben, mit polnischen Lastwagenfahrten über privaten Wodka-Import verhandeln und illegal polnische Handwerker beschäftigen. Die Autorin hat zugespielt, so sehr, dass man auch noch die Russin hinter der Polin erkennt, wobei dann weitere Szenen hinzuzufügen wären. Aber

das zu erklären, führt zu weit. Emmy Abrahamson, Jahrgang 1976, kennt den Osten; sie ist in Moskau aufgewachsen. Aber sie hat auch in London und Manchester studiert, in Amsterdam und Wien als Schauspielerin gearbeitet. Dort wird es auch etwas anders als in ihrer Heimat Schweden zugegangen sein. Über Verschiedenheiten wird sie nachgedacht haben. Verdienstvoll wäre es, wenn sie weiter darüber schreiben würde. »Herzchen, es ist nicht leicht, wenn zwei Kulturen aufeinanderstoßen«, sagt Alicjas schwedischer Vater am Telefon, als sie sich über den verschimmelten Käse beklagt. Mehr als das hat er im Buch nicht zu vermelden, zumal er gerade dienstlich in Kalifornien ist.

Also haben wir es ganz und gar mit dem Regiment der polnischen Mama zu tun, die durch ganz andere Lebensumstände geprägt ist, als Alicja sie kennt. Der Mangel steckt ihr noch

in den Knochen ebenso wie die Tatkraft, mit wenig Geld die Familie zu ernähren. Durchkommen und einander helfen nach eigenem Gesetz. Was für eine zauberhaft robuste Person: Beim Lesen schließt man sie ins Herz und kann ebenso auch Alicja verstehen, die erst einmal im geordneten Wohlstand ankommen möchte, den andere schwedische Kinder vielleicht schon wieder hinter sich lassen.

Das spießige Leben als Ideal? Da sieht man die weitgereiste Autorin insgeheim kichern. Aber in einem Haus, wo dauernd die Stromleitung durchtrennt wird, möchte sie wohl auch nicht leben. Andererseits wäre es manchmal gar nicht schlecht, wenn man etwas lockerer mit Alltagschwierigkeiten umgehen könnte, statt jede kleine Störung sofort als Katastrophe zu empfinden. Wie richtet man eine große Hochzeit aus, wenn die Kochplatte sich nur langsam er-

wärmt? Irgendwie geht alles, scheint das Motto der Mutter zu sein, und sie beweist, dass es stimmt.

Jungen Lesern, für sie ist das Buch ja gedacht, wird auch noch eine kleine Geschichte von Liebe und Eifersucht geboten, die durch allerlei Verwicklungen zu einem guten Ende kommt. Wie großartig sich da die Mama verhält, wie sie alles von weitem durchschaut, wie sie leise versucht, Konflikte zu kitten, wie sie ihre weinende Tochter an den weichen Busen drückt. Und wie lebensweise ungerührt sie auf Alicjas Zweifel reagiert: »Wenn du jemanden magst, magst du ihn, und Punkt«, sagt die Mutter. »Das Leben ist kurz. Hab Spaß!«

Emmy Abrahamson: Widerspruch zwecklos oder Wie man eine polnische Mutter überlebt. Aus dem Schwedischen von Anu Stohner. Deutscher Taschenbuch Verlag. 215 S., br., 12,95 €.



Mit Sprache spielen

Von Albanien bis nach China, von Großbritannien bis in die Türkei, von den Inuit bis zu den Kalunga spannt sich der lyrische Bogen im »Arche Kinder Kalender 2014«. Obiges Gedicht stammt von Martin Auer aus Österreich. Christine Brand hat sich davon zu einer kräftig farbigen Illustration inspirieren lassen. »Am Anfang war das Wort« – das passt zur ersten Woche

des Jahres. Und auch die folgenden 52 Kalenderblätter sollen zum vergnüglichen Spiel mit Sprache führen. »Sprache ausprobieren, ihrem Klang lauschen, merken, was sie übel nimmt und was sie gern mag«, wie Christine Nöstlinger im Vorwort schreibt.

Arche Kinder Kalender. 30 x 33cm, 60 Blatt, 18 €.

Charlotte Gastaut zaubert ein Buch aus Musik

Prinz küsst Schwan

Von Silvia Ottow

Das Buch zum Ballett? Und dann noch für Kinder? Es war im vergangenen Jahr, als die französische Illustratorin Charlotte Gastaut aus einem der berühmtesten Ballette der Musikgeschichte ein edles Buch zauberte. Aus »Schwanensee« von Pjotr Iljitsch Tschaikowski wurde ein feines Bilderwerk in Gold, Taubenblau und Weiß. Zarte Scherenschnitte – von beiden Seiten zu betrachten – bilden grimmige Zauberer, filigrane Schwanenflügel, bauschige Kleider oder dämmerige Wälder ab. Sie begleiten nicht nur den Lauf der fantasievollen Erzählung von der schönen Prinzessin, die der böse Zauberer in einen weißen Schwan verwandelte, sondern fügen der Stimmung auf ganz eigene Weise eine neue Dimension hinzu.

Als das Schwanenmädchen zwischen Mitternacht und Morgendämmerung dem Prinzen begegnet und ihm von seinem traurigen Schicksal erzählt, sieht der Betrachter die beiden Gestalten in nachtblauer Farbe und lässt sich ganz unwillkürlich von Düsternis und Traurigkeit einfangen. »Vermag denn nichts, diesen Zauber zu brechen«, fragt der Prinz, dessen Herz vom Liebreiz der Schwanenprinzessin ergriffen ist, an dieser Stelle, und das Mädchen antwortet: »Nur wahre Liebe könnte uns befreien.« Schließlich ist sie nicht allein dem Fluch der Verwandlung zum Opfer gefallen, auch alle ihre Hofdamen scharen sich in Gestalt großer weißer Vögel um ihre einstige Herrin.

Blättert man um, haben Prinz und Prinzessin plötzlich weiße Konturen und schon sieht die Welt ein

wenig optimistischer aus. »Ich liebe Sie schon mehr als mein eigenes Leben«, beteuert der Prinz, und verspricht seiner Angebeteten, sie dem König und der Königin vorzustellen und zu heiraten.

Wie wir wissen, versucht der böse Zauberer mit dem grässlichen Rauschbar, diesen sympathischen Plan mit allen Mitteln zu durchkreuzen und den verliebten Prinzen mit seiner Tochter zu verwirren, die er in schwarze Federn gekleidet zu ihm schickt. Wäre der Prinz nicht so beherzt, die Liebe nicht so groß und löste nicht ein Übermaß von Weiß und Gold das unheilschwangere Nachtblau auf den blümenübersäten letzten Seiten dieses Buches ab, wer weiß, wie alles ausgegangen wäre. So aber können sich Alt und Jung am glücklichen Ende dieses schönen Märchens erfreuen, das schon Tausende von Zuschauern in legendären Tanzvorführungen bejubelten.

Irgendwie schafft es dieses Kunstwerk von einem Bilderbuch, in einem beim Anschauen die romantisch-dramatische Musik Tschaikowskis erklingen zu lassen und den dringenden Wunsch zu wecken, den weißen und den schwarzen Schwan beim Tanz auf der Bühne zu erleben. So kann ein Bilderbuch zwischen verschiedenen Ebenen der Kunst vermitteln. Die Scherenschnitte sehen übrigens nur filigran aus, sind aber in Wirklichkeit ganz wie die Liebe zwischen Prinz und Schwanenprinzessin. Wenn man sich vom Happy-End überzeugt hat, kann man in Ruhe zurückblättern und jedes Detail studieren.

Schwanensee. Nach Tschaikowski. Illustriert von Charlotte Gastaut, Annette Betz Verlag; 44 S., geb., 25,95 €.

Auftakt einer neuen Gruselbuchserie: Jonathan Stroud und die »seufzende Wendeltreppe«

Nur Kinder können Geister spüren

Von Lilian-Astrid Geese

Als Jonathan Stroud vor einigen Jahren bei einer Lesung im Berliner Haus der Familie seinen knurrig-charmanten Dschinn Bartimäus vorstellte, der unerwartet und ungewollt in den Dienst des Londoner Zauberehrings Nathanael treten muss, brachte der Autor ein Flipchart und bunte Eddings mit. Er müsse einige mathematische Formeln skizzieren, sagte er damals, damit sein Publikum verstünde, worum es in der Reihe »Das Amulett von Samarkand«, »Das Auge des Golem«, »Die Pforte des Magiers« und »Der Ring des Salomon« geht.

Nun ist der erste Band einer neuen Gruselbuchserie erschienen. Auf

der Frankfurter Buchmesse hat der Autor schon einmal kräftig dafür geworben. Um die Gespensterjäger der Agentur »Lockwood & Co.« vorzustellen – Anthony Lockwood selbst, seinen Kompanion George und Lucy, die Heldin der aktuellen Reihe –, hat er keine Mühe gescheut. Den Sicherheitsbeamten am Flughafen und auf dem Messegelände zum Trotz transportiert er in einer großen Reisetasche das Equipment, ohne das die Jagd auf Geister heute leider nicht mehr möglich ist: Metallsplitter, Silbergläser, Bannkreisketten, Degen und Leuchtbomben.

Und gejagt werden müssen sie, die untoten Unholde, die nunmehr seit ewig vielen Jahren London und das englische Hinterland unsicher ma-

chen. Nach Einbruch der Dunkelheit kommen sie aus ihren Verstecken und Gräbern, und je nach Besuchertyp erschrecken, attackieren oder töten sie. Man unterscheidet dabei die eher harmlosen Lauerer oder Mauerklopper (Typ 1), die extrem gefährlichen Poltergeister und Wandler (Typ 2) und Typ 3 – die seltenen Geister, die sogar mit Menschen kommunizieren können, heißt es.

Verteidigen können sich nur die Kinder. Denn sie allein haben die Gabe, die Gruselwesen wahrzunehmen. Sie spüren die vier Anzeichen einer bevorstehenden Manifestation: den Eishauch, den jähen Temperaturabfall, der eintritt, sobald eine »Erscheinung« in der Nähe ist, die »Maladigkeit«, das »Miasma« oder das

»Kriechende Grauen«. Deshalb arbeiten sie für Agenturen, die sich auf die Geisterjagd spezialisiert haben.

Die einzige Firma, die nicht von Erwachsenen geleitet wird, ist Lockwood & Co., und sie steht im Zentrum von Strouds jüngster Geschichte.

Dem Inhaber Anthony und seinem aktuell einzigen Mitarbeiter George schließt sich die hochsensible Lucy an, die nach einer gescheiterten Säuberungsaktion in ihrer Heimatstadt nun in London nach neuen Aufgaben sucht. Lucy ist eine sympathische Heldin und bereichert Strouds Kollektion ausgefallener Protagonisten um eine neue Variante. Sie ist charmant, clever und eigenwillig. Nach einem missglückten

Start gelingt es ihr, eine heikle Operation glorios zu retten.

Viel soll nicht verraten werden. In Jonathan Strouds neuem Buch knistert es vor Spannung. Es geht um Abenteuer, Intrigen, böse und gute Geister und Menschen, um freche und mutige Kinder, und um großen Lesespaß. »Die seufzende Wendeltreppe« ist ein Roman für Jungs und Mädchen, für jüngere und ältere (auch erwachsene) Leser. Aber Vorsicht: Die Lektüre kann süchtig machen. Und Stroud schreibt Serien.

Jonathan Stroud: Lockwood & Co. – Die seufzende Wendeltreppe. Bd. 1. Übersetzt von Katharina Orgaß und Gerald Jung. cbj Verlag. 432 S., geb., 18,99 €.

Kritik an Gergijew Ein Held und seine Freunde

Von Martin Hatzius

Waleri Gergijew, 1953 in Moskau geboren, Intendant des Sankt Petersburger Mariinski-Theaters, Chefdirigent des London Symphony Orchestra und designierter Chefdirigent der Münchner Philharmoniker (ab 2015), hat sich den Ruf eines Botschafters der russischen Kultur erarbeitet. Seine Mission: die russische Musiktradition, insbesondere die russische Oper, hinaus in die Welt zu tragen.

Dirigent von Weltgeltung, nimmt er zugleich also die Rolle eines nationalen Mittlers ein, der nicht nur der russischen Musik, sondern auch deren Protagonisten Wege bahnt: Anna Netrebko etwa, heute international wie ein Popstar gefeiert, verdankt Gergijew ihre Entdeckung. Für »besondere Arbeitsleistungen vor dem Staat und dem Volk« verlieh Präsident Putin dem Dirigenten am 1. Mai 2013 den Titel »Held der Arbeit der Russischen Föderation« – quasi das Moskauer Bundesverdienstkreuz – und heftete ihm einen Orden an die Brust.

Wer Putins Freund ist, ist ein Feind der Freiheit. Es ist dieser derzeit auf allen Kanälen so populäre Kurz-Schluss, der Gergijew nun in Bedrängnis bringt. Unter dem Motto »To Russia with Love!« wollten schwul-lesbische Aktivistinnen gestern Abend in München gegen eine homosexuellenfeindliche russische Politik demonstrieren, mit der sie Gergijew in Verbindung bringen. Anlass war ein Konzert des Dirigenten mit seinem künftigen Orchester. Auch im Münchner Stadtrat wurde die Personalie Gergijew erneut diskutiert. Kulturreferent Hans-Georg Küppers sieht jedoch »absolut keinen Grund, den Vertrag nicht einzuhalten«, wie er gestern sagte.

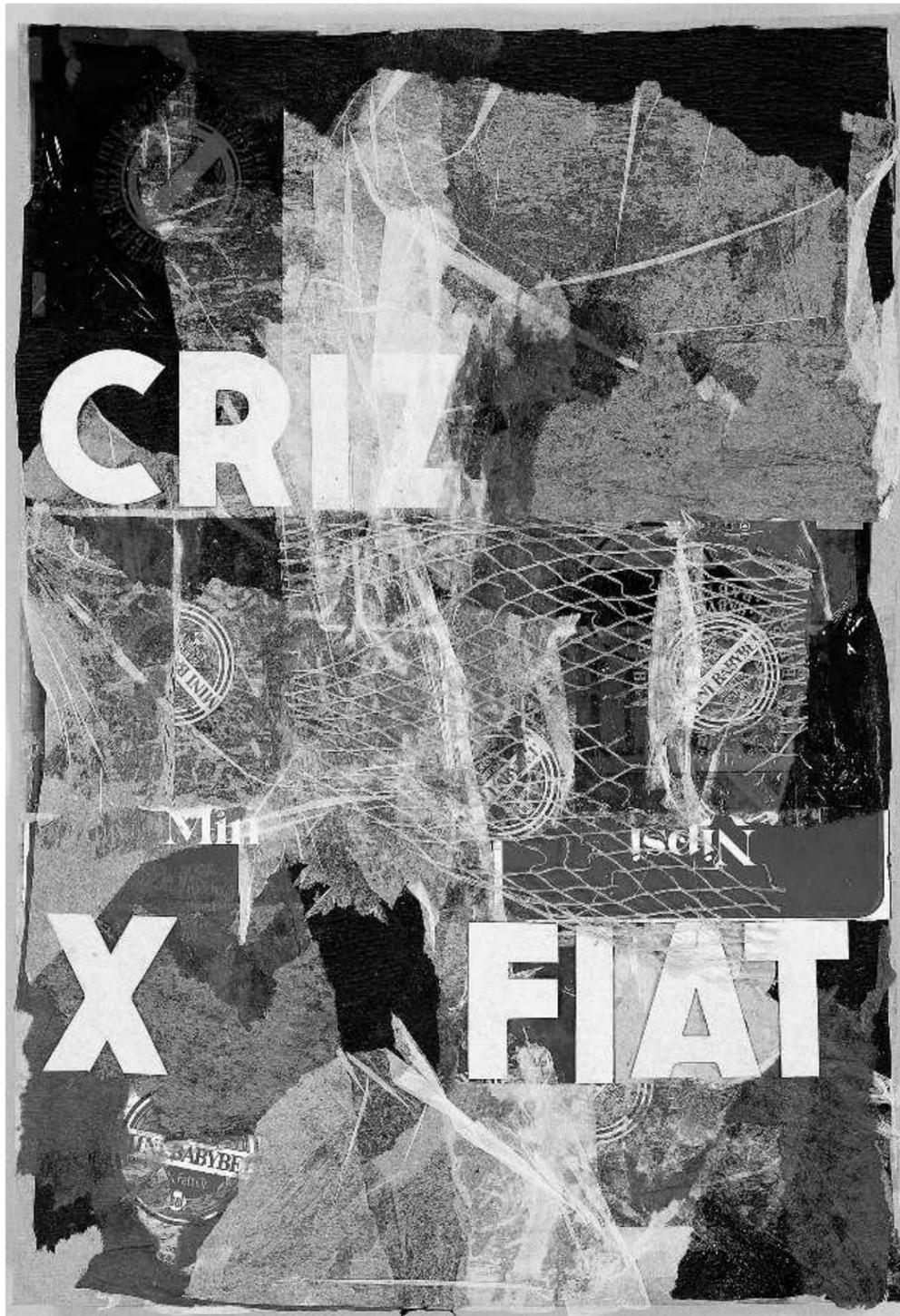
Auf einer Pressekonferenz am Dienstag hatte Gergijew darauf beharrt, für die Kunst, nicht für die Politik verantwortlich zu sein, und sich gleichzeitig von jeglicher Ausgrenzung distanzieren. Ähnlich wie Netrebko, die kürzlich ebenfalls dazu gedrängt worden war, ihre Einstellung zur Homosexualität öffentlich kundzutun, hatte Gergijew schon Anfang November geschrieben, dass er »seit drei Jahrzehnten mit Zehntausenden von Menschen aller Nationen und Lebensweisen« zusammenarbeitet. »Viele von ihnen sind echte Freunde geworden.« Sich pauschal von



Foto: imago/ITAR-TASS

Putin zu distanzieren, lehnt Gergijew offenbar ab. So, wie er es ablehnen würde, sich von Sergej Djaigilew oder Pjotr Tschaikowski zu distanzieren, schwulen Galionsfiguren jener russischen Kultur, für deren Vermächtnis Gergijew sich einsetzt. Putins Kulturpolitik hob er lobend hervor.

Das im Westen inkriminierte russische Gesetz, das »Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen« unter Strafe stellt, ist im Juni 2013 von der Duma verabschiedet worden. 436 Ja-Stimmen stand eine Enthaltung entgegen. Umfragen zufolge befürworten 88 Prozent der russischen Bevölkerung »Putins« Gesetz. Das sind Zahlen, die ein entwickeltes Toleranz- und Emanzipationsverständnis erschüttern. Aber Anzeichen mangelnder Demokratie ist ein Gesetz, das solch erdrückende Meinungsmehrheiten widerspiegelt, nun gerade nicht.



Herbert Kunze: o. T. (Fiat), um 1977, Collage

Foto: Repro Falblatt, © Staatliche Kunstsammlungen Dresden

Dresden: Gedächtnisausstellung zum 100. Geburtstag von Herbert Kunze

Der Erneuerer der Formen

Von Klaus Hammer

Der 1913 in Chemnitz geborene und 1987 in Dresden verstorbene Herbert Kunze musste den Zweiten Weltkrieg von Anfang bis Ende mitmachen und konnte sich erst spät, 1948 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt, als Künstler eigenständig entwickeln. 1954 bis 1975 lehrte er als Dozent an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden und scharte einen Kreis von jungen, gleichstrebenden Künstlern um sich – Eberhard Göschel, Veit Hofmann, Gerda Lepke, Sigrid Noack, Stefan Plenkens und andere –, denen er künstlerische Anregungen und Ausdrucksmöglichkeiten vermittelte. Gemeinsam erschlossen sich Lehrer und Schüler die künstlerische Moderne und Postmoderne.

Im abgehackten Rhythmus knapper Formen geordnete Überfülle, der doch funkelnde, berstende Leuchtkraft verliehen ist

Seinen realistischen Stil in einem vereinfachten Formenkanon und strenger, wenn auch malerischer Struktur sollte er noch bis in die 1960er Jahre beibehalten. Er bekannte sich zur Dresdner Malerschule und hat ein Thema (Landschaften, Stilleben, Figurenbilder) immer wieder bearbeitet, variiert, in verschiedenen Techniken umgesetzt. Doch bald strebte Kunze zu einer gegenstandslosen Malerei, vor allem in der Collage, aber ebenso in der Zeichnung und den verschiedenen drucktechnischen Verfahren.

Über Materialdruck und Collage, über die mit dem Pinsel in chinesischer Tusche ausgeführte Kalligrafie erschloss er als einer der wichtigsten Vertreter des Informel der Kunst in der DDR neue gedankliche, kompositionelle und ästhetische Impulse.

Die jetzige Gedächtnisschau zu seinem 100. Geburtstag in der Dresdner Villa Eschbach ist nicht die umfassende Jubiläumsausstellung geworden, die Kunze verdient hätte. Sie beschränkt sich auf eine Auswahl der im Besitz des Kunstfonds des Freistaates Sachsen befindlichen Werke. Dennoch ist sie verdienstvoll, regt sie doch zu einer Wieder- und Neubeschäftigung mit diesem (post-)modernen Künstler und seiner innovatorischen Rolle in der und für die ostdeutsche Kunst an.

Im Spätwerk Kunzes entfalten sich die Farben wie verschwommene Lichtquellen vor den Augen. Das Gefühl von Rhythmik, Wiederholung und Entfaltung überträgt sich ganz selbstverständlich auf seine Bilder (Komposition III, 1975, Materialdruck). Die spinnwebartige, fließende, exakte Linie, die sich um die Ecken seiner Fantasien herum schlängelt, arbeitet in den Grenzen von nachkubistischen Überschneidungen, Transparenzen und spielt mit den Reizen des Figurativen. Diese Formen schildern eine imaginäre, zwischen sehr nah und sehr fern alternierende Bilderwelt. Ein Kontinuum von kleinen Episoden (Kurven, Schleifen, Tupfern und Spritzern) breitet sich aus. Oder die Oberfläche wird mit wenig Kontrasten von Hell und Dunkel zum Nebel, zu einem subtil modulierten, luftigen Raum, der nichts mehr mit dem kubistischen Gitterraum zu tun hat (o.T., blau, grau, weiß, lichterocker, 1980, Öl auf Papier auf Leinwand).

Die Collage-Technik führt zu einer neuen Versinnlichung der Kunst,

indem sie auf dem Weg über die Abstraktion mit gegenstandsunabhängigen Mitteln, eingeklebten Papier- oder Stoff-Fragmenten oder Sandbeifügung zur Strukturierung der Farbflächen die ursprünglich zerstörten Gegenstände assoziativ wieder auferstehen ließ, nicht mehr als illusionistisches Anschauungsbild des Betrachters.

Kunzes Farbholzschnitte, seine collagierten Gemälde, Kalligrafien, Combine-Paintings (die Verbindung von zweidimensionalen Bildern und

plastischen Objekten) zeigen seine Vorliebe für lockeres Verknüpfen einer Reihe von assoziativen Bildern um ein Zentralthema. Durch seine Combines (etwa »o.T. (Fiat)«, um 1977, Collage) läuft eine Kette von sich summierenden Bedeutungen. Kunze vermag eine Überfülle zu ordnen und kann ihr doch funkelnde, berstende Leuchtkraft verleihen, im abgehackten Rhythmus knapper Formen, die über etwas gemalt sind, was wie ein abstrahierter Blick aus einem Fenster auf die Straße anmutet. Kunzes Kunst kommt aus einem

Denk- und Meditationsprozess, der ihn in der Linie das Gleichnis zum Leben, Schicksal und dessen Verflechtungen sehen lässt. Seine Arbeiten geben Formsignale, Gestaltzeichen, Erlebnisberichte, Bewegungsabläufe, Vibrationen, Klangbilder – eine Verbindung der Elemente zu einer persönlich visuellen Poesie.

Villa Eschbach / Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG, Georgenstr. 6 (am Albertplatz), 01097 Dresden, Mo, Mi 8.30-16 Uhr, Di, Do 8.30-18 Uhr, Fr 8.30-13 Uhr, bis 10. Januar 2014.

Neben dem Goethe-Haus in Frankfurt am Main soll nun endlich das Deutsche Romantik-Museum entstehen

Plädoyer der Dichter

Von Klaus Bellin

Der Traum ist alt. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg hat man in Frankfurt am Main über ein Romantik-Museum nachgedacht, eine Herberge für die reichen Schätze der romantischen Dichter, die man im Freien Deutschen Hochstift seit hundert Jahren zusammengetragen hat. Ein Gebäude, nahe beim Geburtshaus Goethes am Großen Hirschgraben, war schon gefunden, aber ehe die Idee reifen konnte, ging es im Bombenhagel verloren.

Das ebenfalls zerstörte Goethe-Haus ist nach 1945 wieder aufgebaut worden, das Romantik-Museum dagegen blieb ein unerfüllter Wunsch – bis heute. Denn inzwischen sind alle, die sich das Projekt nie aus dem Kopf schlagen ließen, überzeugt, den Plan doch noch realisieren zu können. Das Grundstück neben dem Goethe-Haus ist frei geworden, und dort, welche ideale Lösung, soll nun das Deutsche Romantik-Museum entstehen.

Freilich: Noch fehlt eine Menge Geld. Der Bund will den Bau mit einer beträchtlichen Summe unterstützen, doch ein Teil der benötigten



Novalis (1772 – 1801)

sechzehn Millionen Euro muss durch Spenden aufgebracht werden. Ein Fischer-Taschenbuch soll dabei helfen, ein Bändchen mit den schönsten Texten der deutschen Romantik, herausgegeben von Anne Bohnenkamp, der Direktorin des Hochstifts und des Goethe-Hauses und wohl eifrigsten



Johann Ludwig Tieck (1773 – 1853)

Kämpferin für das Museum. Auf beinahe zweihundert Seiten hat sie Perlen romantischer Dichtkunst versammelt: Verse von Eichendorff und Clemens Brentano, Justinus Kerner und Heine, Prosatexte und Briefe von Novalis und Tieck, Wackenroder, E. T. A. Hoffmann und den Brüdern



Joseph v. Eichendorff (1788 – 1857)

Grimm, Bekanntes und Unbekanntes, eine wunderbare Anthologie. Da ist vieles vertreten, was man der Romantik in Deutschland verdankt: Novalis mit seiner Forderung »Die Welt muß romantisirt werden«, Seiten aus dem »Godwi« von Clemens Brentano, Friedrich Schlegels Rede über die

Mythologie, Schleiermachers Gedanken zum Übersetzen, dazu all die zauberhaften Verse, die einer Epoche ihren poetischen Ausdruck gegeben haben: »Es sang vor langen Jahren, / Wohl auch die Nachtigall« (Clemens Brentano), »Müde bin ich, geh zur Ruh« (Luise Hensel), »Fremd bin ich eingezogen, / Fremd zieh ich wieder aus« (Wilhelm Müller) oder »Schläft ein Lied in allen Dingen« (Eichendorff).

»Es geht um Poesie« steht auf dem Cover des Bändchens. Der Titel meint auch die »einmalige Chance«, wie Anne Bohnenkamp sagt, das Ensemble von Goethe-Haus und Goethe-Museum »um den fehlenden öffentlichen Ort für die Literatur der Romantik zu erweitern«. Wer sich das Büchlein zulegt, hilft, das Vorhaben zu realisieren: Mit dem Kauf spendet er zwei Euro für den Bau des Museums.

Es geht um Poesie. Schönste Texte der deutschen Romantik, hg. von Anne Bohnenkamp, Fischer Taschenbuch, 192 S., 8 E.

Fotos: Archiv

FILMSTARTS

Belle & Sebastian

Regie: Nicolas Vanier. Die erste Kinoadaption des gleichnamigen Kinderbuch der französischen Autorin Cécile Aubry, das bereits in den 1960er Jahren erfolgreich als Fernsehserie in der DDR und in der BRD lief.

Im Mittelpunkt steht der Hund Belle, eine wilde Bestie, die während des Zweiten Weltkriegs den Bewohner eines Bergdorfes in den Alpen nahe der Schweizer Grenze das Leben schwer macht – er wird verdächtigt, ihre Schafe zu reißen, und soll deshalb erschossen werden. Allerdings hat sich in der Zwischenzeit schon der kleine Sebastian mit dem vermeintlichen Monster angefreundet, was niemand weiß. Als die Jagd beginnt, versteckt er seinen vierbeinigen Freund in einer Höhle.

Der berührende Film hat viel Attraktives zu bieten, darunter einen äußerst sympathischen, ausgezeichneten kleinen Hauptdarsteller (Felix Bossuet) und wunderbare Landschaftsaufnahmen in wechselnden Jahreszeiten.

Aber auch der Krieg wird in der Idylle nicht ausgeblendet. Der Arzt, bei dem der Junge lebt, bringt von den Nazis verfolgte Menschen über die Grenze in die Schweiz, was schließlich zu dramatischen Ereignissen führt.

Ein eindrucksvoller schöner Film, der Kinder und Erwachsene gleichermaßen ansprechen dürfte.



Beware of Mr. Baker

Regie: Jay Bulger. Interessante und bemerkenswerte Dokumentation über die wechselvolle Karriere des einflussreichen Rock-Schlagzeugers Ginger Baker, geboren am 19. August 1939 in London.

Ein irrer, exzentrischer, gewalttätiger und reichlich Drogen konsumierender Typ, mit dem es auch das Filmteam nicht leicht hatte. Berühmt wurde der

Drummer in den 60er Jahren, als er u.a. mit Eric Clapton die Band »Cream« gründete, danach spielte er, ebenfalls mit Clapton, in der Gruppe »Blind Faith«, die sich allerdings bald wieder auflöste. Anfang der 70er Jahre ging er für einige Jahre nach Afrika, dann in die USA, um sich schließlich in Südafrika niederzulassen. Ein genialer Musiker, trotz aller Eskapaden – und eine sehr sehenswerte Dokumentation.

Foto: NFP

rührer in Streit geraten, wer der Anführer der Herde werden soll. Der eine ist groß, stark und herrschsüchtig, der andere kleiner, nett,

schlau, mutig – und verliebt in ein Dino-Mädchen. Wer da gewinnt, steht nicht in Frage. Schön sind die Landschaftsaufnahmen, nervend ein

schwarzer Urvogel, der das Geschehen wortreich kommentiert – mit der Stimme von Otto Waalkes. *Gesehen von Renate Biehl*

Im Kino: »Machete Kills« von Robert Rodriguez

Tex-Mex-Terror

Von Tobias Riegel

Erfolg ist relativ. Danny Trejo definiert ihn für sich so: »Ich war seit 1969 nicht mehr im Gefängnis – das ist doch schon was.« Insgesamt elf Jahre hat der US-Schauspieler mit mexikanischen Wurzeln hinter Gittern verbracht, einen Großteil im berühmten US-Knast Sant Quentin. Dass der heute 69-Jährige nach harter Kindheit dort das Boxen entdeckte, die Gefängnis-Meisterschaft gewann und seither in über 250 Filmen zu sehen war – das ist der Stoff, aus dem der amerikanische Traum ist und gäbe genug Fleisch für ein eigenes tränenreiches Hollywood-Stück.

Doch Trejo ist ein Cousin des Regisseurs Robert Rodriguez. Und der Meister der irrsinnigen Übertreibung, der detailversessenen Blut-Oper gibt sich nicht zufrieden mit einem Ghetto-Märchen. Er tat es nicht in der mitreißenden, Trejo auf den geschundenen Leib geschriebenen (unbiografischen) Thriller-Farce »Machete« von 2010 – und schon gar nicht in der noch verrückteren, aber dennoch schwächeren aktuellen Fortsetzung »Machete Kills«.

Im ersten Teil der Tex-Mex-Trilogie um einen einfach nicht totzukriegenden mexikanischen Bundespolizisten auf Rache trip gelang Rodriguez nichts weniger, als mit den Mitteln des Action- und Splatter-Films jenen amerikanischen Traum als das zu entlarven, was er ist: Ein leeres Versprechen, das selbst bei der Handvoll Fälle, bei denen es in Erfüllung geht, noch auf der Ausbeutung eines Heeres von illegalen Einwanderern beruht. Es war eine Mischung aus extra billiger Retro-Optik und großen Stars, aus gestanzten Dialogen und intelligenter sehr politischer Botschaft.

Rodriguez, der Schmuggler, schummelte den Action-Fans so – wie bereits in »Desperado« und »Irrendwann in Mexiko« – im Schat-

ten der bizarren Gewaltdarstellung und des pechschwarzen Humors eine unerwartete Portion kritisches Denken in die Hirne.

»Machete Kills« folgt in großen Teilen den Prinzipien des Vorgängers. Wieder pflastern Hollywood-Granden den Weg des pockennarbigen Schnurrbart- und Zopfträgers Machete, jener Inkarnation des parodierten 80er-Jahre-B-Movie-Helds: Mel Gibson (Superschurke), William Sadler (Redneck-Sheriff) Demián Bichir (schizophrener Revolutionär), Charlie Sheen (US-Präsident), Lady Gaga, Walt Goggins, Antonio Banderas, Cuba Gooding Jr. (alle vier: der Killer »El Chameleon«). Atombusige Amazonen feuern aus gestählten BH-MGs oder anmontierten Penis-Pistolen. Killer-Klone werden an ihren Innereien in rotierende Rotorblätter gezogen. Der versoffene Präsident saniert die Staatsfinanzen durch Waffen- und Drogenhandel. Folgerichtig nennt Trejo dieses kunterbunte »Mex-Ploutation«-Gemetzelt einen »Cartoon für Erwachsene«.

Also nichts Neues an der mexikanischen Grenze? Doch. Leider. Denn im erklärten Willen, den zweiten Teil »um einiges größer« zu gestalten, pumpte Rodriguez den einstigen Grenz-Krimi zu einem globalen Thriller in James-Bond-Maßstab auf – Space-Raketen, Superwaffen und herausgeschnittene und konservert vor sich hin pumpende Herzen als Atombomben-Zünder inklusive.

Soviel Wahnsinn bleibt nicht ohne Witz, der vielen Fans als Motiv womöglich ausreicht. Der subversive, ja anspruchsvolle Subtext aber, der aus »Machete« erheblich mehr machte als eine überspitzte Retro-Parodie, er ist in der neuen Gigantomanie verloren gegangen. Der angekündigte dritte Teil wird auf diesem Weg wohl noch weiter gehen. Er heißt: »Machete Kills – in Space«.

Donnerstag

ARD

- 5.30 Morgenmagazin
- 9.00 Tagesschau
- 9.05 Rote Rosen Telenovela
- 9.55 Sturm der Liebe
- 10.45 Brisant Boulevardmagazin
- 11.00 Tagesschau
- 11.05 ARD-Buffer Erwin
- 12.00 Tagesschau
- 12.15 ARD-Buffer (VPS 11.05)
- 13.00 Mittagmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen Telenovela
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.10 Verückt nach Meer
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant Boulevardmagazin
- 18.00 Verbotene Liebe Soap
- 18.50 Heiter bis tödlich – Alles Klara
- 19.45 Wissen vor acht – Natur
- 19.50 Wetter vor acht
- 19.55 Börse vor acht
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Schom wieder Henriette Krimikomödie, A 2013 · Mit Christiane Hörbiger u.a.
- 21.45 Panorama Magazin
- 22.15 Strohthemen Mit Wetter
- 22.45 Beckmann Talkshow
- 0.00 Nachtmagazin
- 0.20 Schom wieder Henriette (Wh.) · Krimikomödie, A 2013 · Mit Christiane Hörbiger u.a.
- 1.55 Die Bounty Abenteuerfilm, USA/GB 1984 · Mit Mel Gibson

ZDF

- 5.30 Morgenmagazin
- 9.00 heute
- 9.05 Volle Kanne – Service täglich U.a.: Shopping-Sucht
- 9.55 Sturm der Liebe
- 10.30 Notruf Hafenkante
- 11.15 SOKO 5113 Man stirbt nur einmal. Krimiserie
- 12.00 heute
- 12.10 Drehscheibe Deutschland
- 13.00 Mittagmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.00 heute
- 15.05 Topfgeldjäger
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 SOKO Wien Nachtfalken
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 17.45 Leute heute
- 18.05 SOKO Stuttgart Am seidenen Faden. Krimiserie
- 19.00 heute
- 19.20 Wetter
- 19.25 Notruf Hafenkante In der Falle
- 20.15 Der Bergdoktor Allein · Arztserie
- 21.45 heute-Journal Wetter
- 22.15 Urban Priol: Tilt! – Tschüssi-kowski 2013 Show
- 23.15 Der satirische Jahresrückblick 2013 Dokumentation
- 23.45 Markus Lanz Talkshow
- 0.55 heute nacht
- 1.10 George Gently – Der Unbestechliche Die Saat des Bösen · TV-Kriminalfilm, GB 2010 · Mit M. Shaw, L. Ingleby u.a.

Arte

- 5.55 Magische Orte in aller Welt
- 6.25 Reisen für Genießer
- 6.50 Metropolis
- 7.45 Von Berlin nach Tokio
- 8.30 Xenius Magazin
- 9.00 Geliebte Feinde (VPS 8.55)
- 9.40 Geliebte Feinde
- 10.25 Expedition 50° (4)
- 11.10 Heimathafen Lissabon
- 12.00 Reisen für Genießer
- 12.30 Arte-Journal
- 12.40 Silex and the City Streik auf dem Vulkan. Zeichentrickserie
- 13.00 360° – Geo Reportage
- 13.55 Duell in der Sonne (Wh.) · Western, USA 1946 · Mit Jennifer Jones, Joseph Cotten, Gregory Peck u.a.
- 16.00 Die neuen Paradiese
- 16.25 Xenius Magazin
- 16.55 Magische Orte in aller Welt
- 17.20 Die Geheimnisse der Wolkenkrieger Dokumentation
- 18.15 Die Schönheit der Frauen (4/5)
- 19.10 Arte-Journal
- 19.30 Expedition Mittelmeer (4/5)
- 20.15 Dostojewski Dokudrama
- 21.10 Dostojewski Dokudrama
- 22.05 Meeresströmungen – Tanz der Ozeane · Dokufilm, F 2013
- 23.05 Findet Lilly Engel (VPS 23.10) · Jeder kennt jeden über 6 Ecken · Dokumentarfilm, D 2008
- 0.00 Vorsicht Sehnsucht (Wh.) · Drama, I/F 2009 · Mit Sabine Azéma, André Dussollier u.a.

3Sat

- 6.15 Sendepause
- 6.20 Kulturzeit
- 7.00 nano Die Welt von morgen
- 7.30 Alpenpanorama
- 9.00 ZIB
- 9.05 Kulturzeit
- 9.45 nano Magazin
- 10.15 Kölner Treff
- 11.45 ZDF-Reportage
- 12.15 Myriam und die Meisterbäcker
- 13.00 ZIB
- 14.15 Jimmy und die Piraten Kinderfilm, USA 1960 ·
- 15.35 Ali Baba und die 40 Räuber Abenteuerfilm, USA 1944 ·
- 17.00 Molly und Mops – Ein Mops kommt selten allein (3/3) · Komödie, D/A 2011
- 18.30 SOKO Spezial Konsumrausch
- 19.00 heute
- 19.20 Kulturzeit Magazin
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Krupp – Eine deutsche Familie (3/3) · Drama, D 2009 · Mit Iris Berben, Valerie Koch u.a.
- 21.45 Schätze der Welt Das Parlament der Wikinger – Nationalpark Thingvellir (Island)
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Brüder: Auf dem Jakobsweg · Drama, A 2006 · Mit Wolfgang Böck, Andreas Vitasek u.a.
- 0.00 10vor10 (VPS 21.50)
- 0.25 Illegal Drama, B/LUX/F 2010 · Mit A. Coesens, O. Zhdanova u.a.

MDR

- 6.20 LexiTV Wissen für alle
- 7.20 Rote Rosen Telenovela
- 8.10 Sturm der Liebe
- 9.00 Brisant Boulevardmagazin
- 9.45 Tierisch, tierisch
- 10.10 Nashorn, Zebra & Co.
- 11.00 MDR um elf
- 11.45 In aller Freundschaft
- 12.30 Ein Vater für Klette (Wh.) · Gesellschaftsdrama, D 2003
- 14.00 Dabei ab zwei
- 15.00 LexiTV Wissen für alle
- 16.00 Hier ab vier Neues von hier
- 17.45 MDR aktuell
- 18.00 Wetter für 3
- 18.05 Brisant Boulevardmagazin
- 18.54 Unser Sandmännchen Geschichtenerzähler: »Die Bremer Stadtmusikanten«
- 19.00 Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Advent im Zoo-Kindergarten
- 20.15 Die Olsenbande und ihr großer Coup Gaunerkomödie, DK 1972 · Mit Ove Sprogøe, Morten Grunwald u.a.
- 21.50 MDR aktuell
- 22.10 artour Das Kulturmagazin
- 22.40 Nah dran Magazin für Lebensfragen. Mod.: Anja Koebel
- 23.10 The Doors: Live at the Bowl '68 Konzert
- 0.25 Jenseits von Eden Drama, USA 1955 · Mit Raymond Massey, Richard Davalos u.a.
- 2.15 Nah dran Magazin

RBB

- 8.00 Brandenburg aktuell
- 8.30 Abendschau (VPS 10.30)
- 9.00 ZIBB
- 9.55 Brisant (VPS 11.00)
- 10.35 Rote Rosen (VPS 7.20)
- 11.25 Sturm der Liebe (VPS 8.10)
- 12.15 In aller Freundschaft
- 13.00 rbb aktuell
- 13.05 Schloss Einstein
- 13.30 Mord ist ihr Hobby
- 14.15 Mit dem Zug d. Skandinavien
- 15.00 Nils Holgerssons wunderbare Reise (3/4) Die Bewahrung
- 16.00 rbb aktuell
- 16.05 Küche und Moor
- 16.50 kurz vor 5
- 17.00 rbb aktuell
- 17.05 Nashorn, Zebra & Co.
- 17.55 Unser Sandmännchen
- 18.00 rbb aktuell
- 18.25 rbb wetter
- 18.30 ZIBB
- 19.25 rbb wetter
- 19.30 Regional
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Weihnachtswald gesucht Liebeskomödie, D 2002 · Mit Christoph Waltz u.a.
- 21.45 Axel Prah! & Das Inselorchester Das radioBERLIN-Clubkonzert
- 22.15 Axel Prah! & Das Inselorchester Du bist nicht allein Tragikomödie, D 2007 · Mit Katharina Thalbach, Axel Prah! u.a.
- 0.45 Hauptsache Kaviar Schwarz, rot – Goldwert. Dokumentation

NDR

- 10.00 Schleswig-Holstein Magazin
- 10.30 Regional
- 11.00 Hallo Niedersachsen
- 11.30 Expeditionen ins Tierreich
- 12.15 In aller Freundschaft
- 13.00 Die Nordreportage Glühwein und Glockenklang – Der Goslarer Weihnachtsmarkt
- 13.30 Schönes Landleben
- 14.15 Unsere Geschichte
- 15.00 NDR aktuell
- 15.10 Die Nordstory Reportagereihe
- 17.10 Panda, Gorilla & Co.
- 18.00 Regional
- 18.15 Typisch! Der Mann mit dem Tick – Uhren-Experte Martin Stadermann
- 18.45 DAS!
- 19.30 Regional
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mare TV Am Weißen Meer – Russlands kalter Norden
- 21.00 Mare TV St. Petersburg
- 21.45 NDR aktuell
- 22.00 Neues aus Büttengewirder Mambo · Unterhaltungsserie
- 22.25 Neues aus Büttengewirder Donnerschlag · Unterhaltungsserie
- 22.50 Büttengewirder: 15 Jahre – 15 Fragen Dokumentation
- 23.15 Zurück ins Leben Drama, D/A 2013 · Mit Christiane Hörbiger, Michael Mendl u.a.
- 1.05 Ladies Night
- 2.05 Beckmann Talkshow

WDR

- 5.25 Lokalzeit
- 7.20 Erlebnisreisen-Tipp
- 7.30 Mädchen in Uniform Drama, D/F 1958 · Mit Lilli Palmer, Romy Schneider u.a.
- 9.00 Russland, mein Schicksal
- 9.45 Hier und heute
- 10.00 Lokalzeit
- 10.30 Aktuelle Stunde
- 11.10 Nashorn, Zebra & Co.
- 12.00 Leopard, Seebär & Co.
- 12.45 WDR aktuell
- 13.00 Servicezeit
- 13.30 In aller Freundschaft
- 14.15 Mord ist ihr Hobby
- 15.00 Raus aus dem Stress! (4/5)
- 15.45 Hier und heute
- 16.00 WDR aktuell
- 16.15 daheim & unterwegs
- 18.00 Lokalzeit
- 18.05 Hier und heute
- 18.20 Servicezeit
- 18.50 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Tatort 3 x schwarzer Kater · TV-Kriminalfilm, D 2003 · Mit Axel Prah!, Jan Josef Liefers u.a.
- 21.40 WDR aktuell
- 22.00 Menschen hautnah Einfach Glück – Eine Reise mit A. Engelke
- 23.30 West ART Theater: Rote Erde
- 1.15 Mord ist ihr Hobby Der Tote trägt nur einen Schuh

SWR

- 9.15 SWR Landesschau RP
- 10.15 SWR Landesschau BW
- 11.15 Brisant Boulevardmagazin
- 11.40 Eisbär, Affe & Co.
- 12.30 In aller Freundschaft
- 13.15 Planet Wissen
- 14.15 Eisenbahn-Romantik
- 14.45 Bilderbuch
- 15.30 Zwei Mann für alle Gänge
- 16.00 SWR Landesschau aktuell
- 16.05 Kaffee oder Tee
- 17.00 SWR Landesschau aktuell
- 17.05 Kaffee oder Tee (VPS 16.05)
- 18.00 SWR Landesschau aktuell
- 18.09 Stuttgarter Börse
- 18.12 Baden-Württemberg Wetter
- 18.15 Goodbye Lande (2)
- 18.45 SWR Landesschau BW
- 19.45 SWR Landesschau aktuell
- 20.15 WMF Im Härtesten · Marktcheck checkt den Haushaltsgiganten
- 21.00 Marktcheck U.a.: Küchenkauf – bestellt, bezahlt, nie geliefert / Kopfhörer im Test – Mit welchem klingt es am besten?
- 21.45 SWR Landesschau aktuell
- 22.00 SWR Odysso Das will ich wissen! · Der fragwürdigen Methoden der Pharmaindustrie
- 22.30 Der Geheimdiplomate E. Bahr
- 23.15 Iesensturz Zu Gast: Thea Dorn (Schriftstellerin), Ijoma Mangold (Literaturkritiker) u.a.
- 0.15 SWR Odysso – Das will ich wissen! Das will ich wissen!

Bayern

- 13.00 Dahoam is Dahoam
- 13.28 Sternstunden
- 13.30 Stationen. Dokumentation
- 14.15 Zu Gast in Frankreich
- 15.00 Winter in Schwaben
- 15.30 Wir in Bayern
- 16.45 Rundschau
- 17.00 Im Namen der Gerechtigkeit – Wir kämpfen für Sie!
- 16.00 Anwälte im Einsatz
- 17.00 Schicksale – und plötzlich ist alles anders. Liebe vom anderen Stern
- 17.30 Schicksale – und plötzlich ist alles anders. Taxi ins Glück
- 18.00 Navy CIS
- 19.00 Navy CIS
- 19.55 Sat.1 Nachrichten
- 20.15 Criminal Minds · Angebot und Nachfrage
- 21.15 Criminal Minds · Erzfindet
- 22.15 Criminal Minds · Das blaue Kleeblatt
- 23.45 Criminal Minds · Angebot und Nachfrage
- 1.55 Criminal Minds · Erzfindet
- 2.40 Criminal Minds

Sat1

- 5.30 Sat.1-Frühstückfernsehen
- 10.00 Richterin Barbara Salesch
- 11.00 Richterin Barbara Salesch
- 12.00 Richter Alexander Hold
- 13.00 Richter Alexander Hold
- 14.00 Auf Streife
- 15.00 Im Namen der Gerechtigkeit – Wir kämpfen für Sie!
- 16.00 Anwälte im Einsatz
- 17.00 Schicksale – und plötzlich ist alles anders. Liebe vom anderen Stern
- 17.30 Schicksale – und plötzlich ist alles anders. Taxi ins Glück
- 18.00 Navy CIS
- 19.00 Navy CIS
- 19.55 Sat.1 Nachrichten
- 20.15 Criminal Minds · Angebot und Nachfrage
- 21.15 Criminal Minds · Erzfindet
- 22.15 Criminal Minds · Das blaue Kleeblatt
- 23.45 Criminal Minds · Angebot und Nachfrage
- 1.55 Criminal Minds · Erzfindet
- 2.40 Criminal Minds

Pro7

- 5.25 Malcolm
- 7.05 Eine schrecklich nette Familie
- 8.00 Scrubs
- 8.55 Two and a Half Men
- 9.50 The Big Bang Theory
- 11.05 How I Met Your Mother
- 12.30 Scrubs – Die Anfänger
- 12.55 Scrubs – Die Anfänger
- 13.20 Two and a Half Men
- 13.50 Two and a Half Men
- 14.15 The Big Bang Theory
- 14.40 The Big Bang Theory
- 15.10 The Big Bang Theory
- 15.35 How I Met Your Mother
- 16.00 How I Met Your Mother
- 16.30 How I Met Your Mother
- 17.00 Sat.1 Nachrichten
- 18.10 Die Simpsons
- 18.40 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Das Beste aus TV total
- 2013 23.25 Bad Santa. Krimikomödie, USA/D 2003
- 1.25 Apartment 23 · Liebes- und Monster
- 1.50 Apartment 23 · Sexiest Man Alive
- 2.10 Stargate · Der Prototyp
- 1.05 Kalenderblatt

DLF

- 12.10 Info am Mittag
- 12.50 Intern. Presseschau
- 13.35 Wirtschaft am Mittag
- 13.55 Wirtschafts-Presseschau
- 14.10 Deutschland heute
- 14.35 Campus und Karriere
- 15.05 Corso – Kultur nach 3
- 16.10 Büchermarkt
- 16.35 Forschung aktuell
- 17.05 Wirtschaft und Gesellschaft
- 17.35 Kultur heute
- 18.10 Info am Abend
- 18.40 Hintergrund
- 19.05 Kommentar
- 19.15 DLF-Magazin
- 20.10 Aus Kultur- und Sozialwissenschaften
- 21.05 Jazzfacts · Neues von der Improvisierten Musik
- 22.05 Historische Aufnahmen · Subtile Sachlichkeit. Der Pianist Andor Foldes (1913-1992)
- 22.50 Sport Aktuell
- 23.10 Das war der Tag
- 23.57 National- und Europahymne
- 0.05 Deutschlandfunk Radionacht
- 0.05 Fazit · Kultur vom Tage
- 1.05 Kalenderblatt

DRadio

- 9.07 Thema
- 9.07 Feuilleton
- 9.20 Musik
- 9.33 Kritik
- 9.42 Musik
- 9.55 Kalenderblatt
- 10.07 Pressegespräch
- 10.20 Musik
- 10.33 Kritik
- 10.42 Musik
- 10.50 Profil
- 11.07 Thema
- 11.20 Musik
- 11.33 Kritik
- 11.42 Musik
- 12.07 OrtsZeit
- 12.50 Intern. Pressegespräch
- 13.07 Länderreport
- 13.30 Kaka
- 14.07 Thema
- 14.07 Feuilleton
- 14.20 Musik
- 14.33 Kritik
- 14.42 Musik
- 15.07 Thema
- 15.20 Musik
- 15.33 Kritik
- 15.42 Musik
- 15.50 Debatte
- 16.07 Thema
- 16.20 Musik
- 16.33 Kritik
- 16.42 Musik
- 16.50 Elek. Welten
- 17.07 OrtsZeit
- 18.07 Weltzeit
- 18.30 da capo
- 19.07 Fazit am Abend
- 19.30 Forschung und Gesellschaft
- 20.03 Konzert
- 22.00 Chormusik · Dt. romantische Weihnachtslieder
- 22.30 OrtsZeit
- 23.05 Fazit
- 0.05 Klangkunst

Schüttelrätsel: Die in den Fragefeldern stehenden Wörter sind durcheinander geraten. Hier müssen die Buchstaben in die richtige Reihenfolge gebracht werden, damit sich ein vollständiges Rätsel ergibt.

AEG NRT	ADEEI NRRS	AEGI NST	AIKN	ABEE KNRTZ	AERU	LOS	EEL NPS	CEH	DEE HRU	AES
				ACHSS SSSUJ						
			AIL NPT	AEEH OPRT						AKT
IRSS		AEEL LPRZ						EI		DR
EILS			AEK		ILMTU		ADDE			
				AKSU		EEIL MRT				
AEH IMT		ARZ	ABNTU							
AANRW	AIKYZ				NT		AG			
			AENST							
DIR			GHI RTU							
Auflösung von Mittwoch										
S P I E L F E L D ■ G ■ P I A F E I N Z U G ■ E ■ K O B R A ■ R I S O ■ K ■ P E N N I ■ A ■ F A K N I E N ■ G ■ A L E A ■ U N S A G ■ G ■ D E U T L I C H ■ G E N ■ E L S A ■ R E E ■ U R M E T E R ■ M I ■ A I R ■ N ■ E P I K U H R ■ M E T H O D E										

Revolutionärin im Schlabberpulli

Ski-Freestylerin Lisa Zimmermann ist erst 17, aber Medaillenkandidatin für die Olympiapremiere im Slopestyle

Lisa Zimmermann hat Slopestyle revolutioniert. Die 17-Jährige ist eine der großen deutschen Skihoffnungen für die Olympischen Spiele im neuen Wettbewerb.

Von Marco Mader, Copper Mountain

Lisa Zimmermann sieht nicht gerade aus wie eine Revolutionärin. Über dem zierlichen Körper der 17-Jährigen hängt ein langer Schlabberpulli, das struppige blonde Langhaar hat sie unter einer mächtigen Mütze notdürftig verpackt, und in ihrem Gesicht sind noch Spuren der Pubertät zu erkennen. Kurzum: Lisa Zimmermann sieht aus wie ein ganz normaler Teenager. Wer dieses dünne Mädchen aus dem oberbayerischen Bad Aibling sieht, traut ihr nicht zu, dass sie ihren Sport in eine neue Dimension geführt hat – und als eine der größten deutschen Hoffnungen für Olympia in Sotschi gilt.

Zimmermann ist Ski-Freestylerin, ihre Disziplin Slopestyle gehört in Russland erstmals zum olympischen Programm. Zimmermann wird sich dort auf Skiern über mächtige Schanzen katapultieren und in der Luft allerlei waghalsige Tricks vollführen. So, wie sie es vor rund einem Jahr im Stubaital in Österreich getan hat, als sie das Slopestyle revolutionierte. Sie war 16 und stand als erste Frau einen »Double Cork 1260«. »Durch den Double hat die ganze Welt kapiert, wer ich bin«, sagt sie nicht ohne Stolz.

Dieser »Double« ist ein Sprung von höchster Schwierigkeit mit doppelter Überkopfdrehung und dreieinhalb Schrauben, Hände an den Skiern. Viel mehr haben auch die besten Jungs nicht drauf. Zimmermann aber beschreibt den »Double«, als würde sie über eine Rolle vorwärts reden. »Man braucht einfach die Überwindung, in der Luft noch mal reinzudrehen und nicht aufzureißen. Das ist eigentlich schon alles«, sagt sie lächelnd.

Einen Tag, nachdem ihr das zum ersten Mal gelungen war, erhielt sie ihren ersten Heiratsantrag, einen weiteren Tag später klopften die ers-



Stürze gehören dazu: Lisa Zimmermann vom WSV Oberaudorf dreht Salti und Schrauben auf Skiern.

Foto: privat

ten Sponsoren an. Dabei war Zimmermann mit 14 noch Eiskunstläuferin. Auf Skiern stand sie damals höchstens in den Ferien.

Das Eislaufen bestimmte ihr Leben, seit sie acht war. Als Teenager war sie auf dem Sprung in den Nationalkader, sie trainierte täglich vier, fünf Stunden am Olympiastützpunkt München, sechsmal die Woche. Erst ein freies Wochenende im Jahre 2010 veränderte alles: Zimmermann fing im Urlaub Feuer fürs Skifahren. Auf den Brettern, die für sie inzwischen die Welt bedeuten, fühlte sie sich bald »viel freier« als auf Kufen. Irgend-

wann hatte sie ihre kritische Mama überzeugt und durfte zum Slopestyle wechseln.

Ihre Eislaufvergangenheit kam ihr da zugute. Die antrainierte Körperspannung half ebenso wie »das Gefühl fürs Drehen und die Geschwindigkeit«, sagt sie. Fast jeden Stunt, den Zimmermann in der Frühphase ausprobierte, stand sie im ersten Anlauf. Beim »Double« war das anders. Obwohl sie »nicht lebensmüde irgendwas probiere«, sondern sich an neue Tricks »sehr strukturiert« herantaste, stürzte sie beim ersten Schneeveruch schwer. Das Resultat

war eine Gehirnerschütterung und ein Helikopterflug ins Krankenhaus. »Das gehört in unserem Sport dazu«, sagt sie schulterzuckend.

Als echte Skifahrerin fühlt sich Zimmermann aber noch immer nicht. »Beim Slalom würde ich definitiv nur bis zur zweiten Stange kommen«, sagt sie und lacht. Dennoch gewann sie im vergangenen März Slopestyle-Gold bei der Junioren-WM. Beim ersten Weltcup des Olympiawinters Ende August in Neuseeland belegte sie Platz drei. Den Sieg holte sich die Norwegerin Tiril Sjåstad Christianen, die viele Experten als Favoritin

für Olympia sehen. »Aber wenn Christiansen nicht ihren besten Tag hat, kann Lisa den Lucky Punch landen«, sagt Tobi Reindl, der die deutschen Free-Skier als Trainer und Manager betreut.

An Olympia, sagt Lisa Zimmermann, denke sie noch nicht so oft. Für die Schülerin der Sport-Eliteschule in Berchtesgaden geht es zunächst darum, ihre »Runs« einzustudieren. Deshalb startet sie ab Freitag beim Weltcup in Copper Mountain (USA). »Aber klar«, fügt sie an, »wenn ich erstmal in Sotschi bin, will ich auch eine Medaille.« SID

NACHRICHTEN

Borussia Dortmund wird sein Achtelfinalhinspiel in der Fußball-Champions-League bei Zenit St. Petersburg (25. Februar) nicht vor ausverkauftem Haus absolvieren. Die Europäische Fußball-Union bestrafte den russischen Spitzenklub für das Fehlverhalten seiner Fans bei Austria Wien (1:4) mit einer Teilsperre des heimischen Petrowski-Stadions. Zudem muss der Klub ein Bußgeld in Höhe von 40 000 Euro zahlen. Die Anhänger waren mit rassistischen Verfehlungen sowie dem Abbrennen von Feuerwerkskörpern negativ aufgefallen.

Boris Becker wird neuer Trainer des Tennis-Weltranglistenzweiten Novak Djokovic. Die Zusammenarbeit mit dem dreimaligen Wimbledonssieger beginne laut Djokovic Mitte Januar bei den Australian Open, wo der Serbe als Titelverteidiger antreten wird.

Vital Heynen übernimmt als Vereinstrainer den polnischen Erstligisten Transfer Bydgoszcz. Wie der Deutsche Volleyball-Verband mitteilte, soll der 44-jährige Belgier das Schlusslicht aus der Krise führen. Heynens Tätigkeit als Bundestrainer sei davon nicht betroffen, er werde das Nationalteam wie geplant ab dem 19. Dezember auf das entscheidende WM-Qualifikationsturnier in Ludwigsburg Anfang Januar vorbereiten. Agenturen/nd

In Zahlen

Handball: Bundesliga, Männer, 19. Spieltag: Göppingen - Flensburg-Handewitt 28:28.

Eishockey: Länderspiele, Männer, Deutschland - Lettland 3:4 n.P.

TV-Tipp

12.45 - 18.00, 19.30 - 20.45 Eurosport: Winter-Universiade in Trentino, Skilanglauf: Staffeln. Ski alpin: Slalom Männer. 19.45 - 21.45 Sport1: Basketball: Euroleague Bamberg - Kaunas. 21.45 - 0.00 Sport1: Darts: WM in London.

Stoppen, drehen, schießen – bumm!

Sechs Fußballbücher, die man dem Fan guten Gewissens unter den Weihnachtsbaum legen kann

Die WM steht vor der Tür, also fluten die Verlage den Markt wieder mit Fußballbüchern. Darunter sind Flachpässe, Lattenkracher und Volltreffer. Eine Auswahl der Titel, die unter den Tannenbaum gehören.

Von Volker Stahl

»Schöne Fußballbücher« wollen sie machen, verkünden die »Spielmacher« vom gleichnamigen Verlag. Mit dem von Ronald Reng verfassten Werk »Die Weltmeister« ist der Anpfiff gelungen. Alle deutschen Titelgewinner der Weltmeisterschaften 1954, 1974 und 1990 werden prägnant und mit aussagekräftigen Fotos porträtiert. »Kurz und heftig waren seine Beiträge zum Spiel, stoppen, drehen, schießen – bumm!«, heißt es treffend in dem Beitrag über den 74er-Weltmeister Gerd Müller, der das 2:1-Siegtor im Finale gegen die Niederlande in eben jenem unahnlichem Stil erzielte. Geradezu prosaisch beginnt der Beitrag über die gestochenen Pässe Uwe Beins, der

1990 im römischen Finale nur auf der Bank mitjubeln durfte, weil es ein Überangebot an herausragenden Spielern gab: »Er konnte auf dem Spielfeld sehen, ohne zu schauen.«

Ronald Reng: Die Weltmeister. Spielmacher Verlag. 216 S., geb., 16,80 €.

Uneingeschränkt empfehlenswert ist auch Jimmy Burns Geschichte des spanischen Fußballs. Die jüngsten Erfolge der »La Roja« haben viele ausländische Wurzeln. Die jahrzehntelange durch Animositäten zwischen Spaniern, Katalanen und Basken geschwächte Nationalmannschaft wäre ohne den »Cruyff-Faktor« nie Weltmeister geworden, lautet eine These des Autors. Die niederländische Legende hatte dem FC Barcelona als Trainer den von dem La Roja genannten Nationalteam später adaptierten Tiki-Taka-Stil verordnet.

Jimmy Burns: La Roja – Eine Geschichte des spanischen Fußballs. Die Werkstatt. 384 S., brosch., 19,90 €.

Nicht nur den gepflegten Kurzpasp beherrschte auch ein anderer ganz Großer des Fußballs: Pelé. In seinen 1976 erstmals erschienenen Comic-Geschichten über »Pelezinho« lässt der Zeichner Mauricio de Souza – sehr frei erzählt – die Jugend des brasilianischen Idols aufleben. Pelezinho legt darin fieses Hundefängern das Handwerk, profiliert sich als Streitschlichter seiner Fußball-Gang und hilft, natürlich immer fußballspielend, bei der Resozialisierung des Chefs einer Räuberbande – ein großer Spaß, nicht nur für junge Leser! Übrigens: In Brasilien lernen viele Kinder seit Jahrzehnten mit Hilfe der Comicstrips des 1935 geborenen Cartoonisten das Lesen.

Mauricio de Souza: Pelezinho. Susanna Rieder. 96 S., geb., 12,95 €.

Pelé ist Kult, der Frauenfußball (noch) nicht. Zahlreiche Kultur- und Sportwissenschaftler(innen) zeichnen in dem von Markwart Herzog herausgegebenen Band »Frauenfußball

in Deutschland« die frühen Probleme der Fußballerinnen und ihre Entwicklung bis heute nach. Anfangs als »balltrende Amazonen«, die »Furien gleich« über den Platz »gehetzt« seien, verunglimpft, eroberten sich Frauen im Laufe der Jahrzehnte den grünen Rasen Meter für Meter. Die Beiträge in der wissenschaftlichen Dokumentation arbeiten den Wandel der gesellschaftlichen Einstellungen zum Frauenfußball (»Vom Mannweib zur sexy Kickerin«) heraus. Zugleich widmen sie sich Randthemen wie »Frauenbilder im Fußballfilm« und skizzieren die sportliche Geschichte mittels Fallbeispielen aus Frankfurt am Main, Bielefeld, Österreich und der DDR. Carina Linne, Autorin des Beitrags »Bravo, Mädels«, nennt Dresden als »Ausgangspunkt« für die Entwicklung des Frauenfußballs im Osten Deutschlands.

Markwart Herzog (Hrsg.): Frauenfußball in Deutschland – Anfänge, Verbote, Widerstände, Durchbruch. Kohlhammer. 360 S., brosch., 25,90 €.

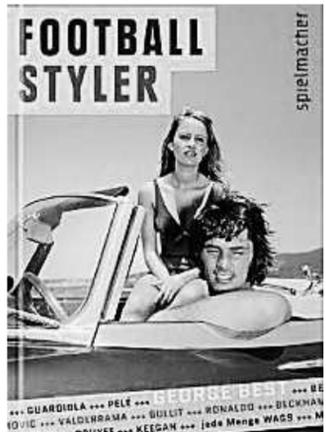
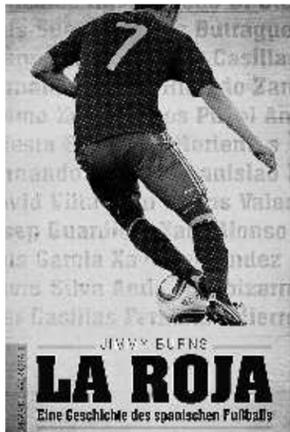
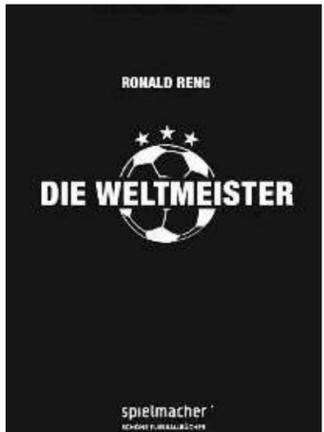
Im Osten wie im Westen Europas sieht sich der Fußball mit dem Problem Rechtsradikalismus konfrontiert. Besonders berüchtigt ist die hochpolitisierte Ultraszene in Italien, schreibt Gerrit Hoekman in seinem Buch »Die braune Wand«. Eins der schlimmsten Beispiele sind die Fans von Lazio Rom, dem Klub, für den Miroslav Klose Tore schießt. In deren Block hängt die Hakenkreuzfahne, seit die Faschisten Mitte der 1990er-Jahre die Südkurve erobert haben. In Osteuropa eilt mehreren Tausend Anhängern von Spartak Moskau ein ähnlich übler Ruf voraus. Sie fantasieren vom »weißen Sport Fußball« und skandieren, den Hitler-Gruß zeigend, »Russland den Russen«. »Wohl nirgendwo sonst in Europa sind militante, rechtsradikale Fans in der Lage, den Fußball so zu terrorisieren wie in Russland«, schreibt Hoekman. Das Buch liefert einen guten Überblick über die rechte Fußballszene in Europa, ist aber leider kaum analytisch.

Gerrit Hoekman: Die braune Wand –

Rechtsradikale Fußballfans in Europa. Unrast. 96 S., brosch., 7,80 €.

Die letzte Empfehlung ist das von Thomas Lötz herausgegebene Buch »Football Styler«. Es ist »nur« ein Bilderbuch – aber was für eins! Zu sehen sind: Der walisische Dribbelkönig George Best im Swimmingpool – mit Freundin und Champagner, Roberto Baggio Zopf, Carlos Valderrama Korkenziehermatte, Christian Zieges Irokesen-Schnitt, Ex-Bundestrainer Helmut Schön mit Gartenschlauch, Franz Beckenbauer in Stiefeln und Fischgrätmantel sowie auf Autos sitzende Fußballer: Toni Schumacher (Opel), Pierre Littbarski (Honda), Kevin Keegan (BMW) und Günter Netzer (selbstverständlich Ferrari). Dass dem Ex-Mönchengladbacher ebenso wie Popikone David Beckham ein eigenes Kapitel gewidmet wurde – Ehrensache. Viel Spaß beim Lesen und Verschenken!

Thomas Lötz (Hrsg.): Football Styler. Spielmacher. 288 S., geb., 19,80 €.



NACHRICHTEN

Bis zum Ende keine Reue

Der britische Postzugräber Ronald Biggs stirbt im Alter von 84 Jahren in London

Ein Schneeleopard ist in einem belgischen Safaripark erschossen worden. Das Tier hatte eine Scheibe seines Geheges durchbrochen und am Dienstag eine stundenlange Suche im Park »Monde Sauvage« nahe Aywaille ausgelöst, so der Rundfunksender RTBF. Die Flucht löste Großalarm auch in der Umgebung des Parks aus. Der Park wurde abgeriegelt, die Schüler einer nahen Schule mussten im Gebäude bleiben. Angestellte des Parks entdeckten das Tier in der Nacht zum Mittwoch in einem Dickicht. »Einer der Wächter fand sich plötzlich im Dunkeln mit dem Tier konfrontiert, sagte der Inhaber des Parks, Joseph Renson. »Er hatte keine andere Wahl, als zu schießen.«

Zwei Frauen aus Irland und Großbritannien sind wegen Drogenschmuggels in Peru zu je sechs Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden. Zudem müssten beide eine Strafe von 10 000 Sol (rund 2600 Euro) Strafe zahlen und 280 Tage gemeinnützige Arbeit leisten, so das Gericht am Dienstag. Die 20-Jährigen waren im August am Flughafen von Lima festgenommen worden, als sie mehr als elf Kilogramm Kokain aus Peru nach Spanien schmuggeln wollten. Die Drogen waren rund 1,7 Millionen Euro wert.

Ein Winter fast wie ein Frühling: Für Donnerstag sagen die Meteorologen Höchsttemperaturen im zweistelligen Bereich voraus. Ursache ist eine von Süd nach Nord ziehende Mischung aus Hoch- und Tiefdruckgebieten. Große Hoffnung auf weiße Weihnachten macht der Deutsche Wetterdienst nicht – die Prognose lautet: »Leider unbeständig und mild.«

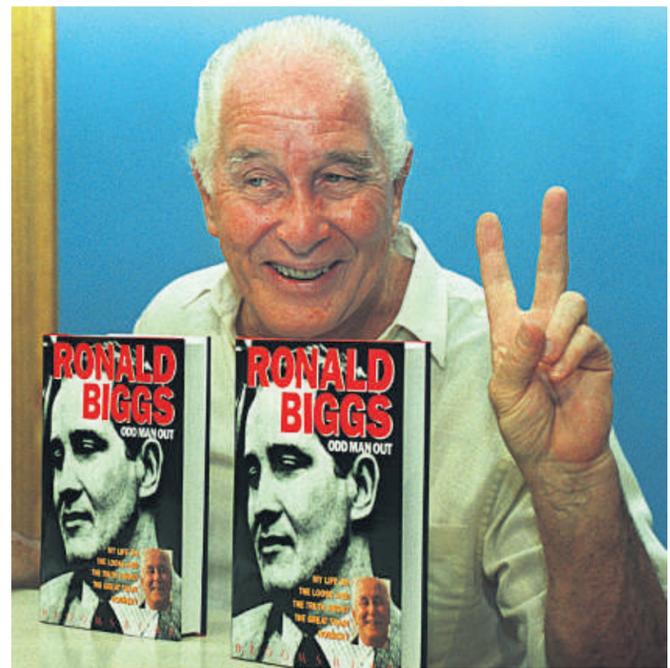
China hat erstmals einen Todesfall gemeldet, der auf das bislang nur unter Vögeln bekannte Virus H10N8 zurückgeführt wird. Eine 73-Jährige starb am 6. Dezember in einem Hospital in Nanchang, Hauptstadt der Provinz Jiangxi, wie die Gesundheitsbehörden erst am Mittwoch mitteilten. Die Frau sei sechs Tage vorher mit einer schweren Lungenentzündung eingeliefert worden, habe einen Herzinfarkt erlitten und sei an Atemversagen gestorben. Sie hatte einen Markt mit lebendem Geflügel besucht.

Eine Jesuskindfigur ist das dritte Jahr in Folge aus einer Krippe auf dem Aristoteles-Platz im griechischen Thessaloniki gestohlen worden. Die Behörden vermuten, dass es sich bei den Übeltätern um eine autonome atheistische Gruppierung handelt. 2009 hatten Unbekannte das Jesuskind durch einen Fernseher ersetzt und darauf »Fortsetzung auf Eurem Bildschirm« geschrieben. 2010 wurde die Krippe angezündet.

Vierzehn Kamele wurden von einem Reisezug im Süden Israels auf den Gleisen erfasst und getötet. Wie der Rundfunk meldete, ereignete sich der Unfall in der Nacht zum Mittwoch auf der Strecke zwischen den Städten Dimona und Beersheba in der Negev-Wüste. Agenturen/nd



Der am 8. August 1963 von Biggs und Co. überfallene Zug



Biggs 1994 in Rio mit seiner Biografie

Ronnie Biggs war der berühmteste der britischen Zugräuber von 1963. Nun ist er im Alter von 84 Jahren verstorben. Er lebte 30 Jahre auf der Flucht, die meiste Zeit in Brasilien. Bereut hat er sein Verbrechen nie.

Von Gabriel Rath, London

Sein Talent für den richtigen Zeitpunkt blieb bis zum letzten Augenblick unübertrefflich: Ausgerechnet an dem Tag, an dem die BBC einen Spielfilm über den großen Postzugraub von 1963 im Hauptabendprogramm hatte, endete am Mittwoch in London das Leben des wohl berühmtesten Angehörigen der Bande. Ronald (Ronnie) Biggs verstarb im 84. Lebensjahr in einem Pflegeheim im Nordlondoner Bezirk East Barnet.

Im Großen Postraub, der als »The Great Train Robbery« in Großbritannien fast mystische Verehrung genießt und dessen 50. Jahrestag 2013 umfassend begangen wurde, spielte Biggs nur eine marginale Rolle. Für den Coup am 8. August 1963 – Biggs' Geburtstag – warb er einen Ingenieur an, der aber die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen konnte. Dennoch erbeutete die 15-köpfige Bande beim Überfall auf den geheimen Geldtransport zwischen Glasgow und London 2,6 Millionen Pfund – nach heutigem Wert rund 46 Millionen Pfund (55 Millionen Euro).

Wenig später von der Polizei gefasst wurden die Täter im April 1964 zu langen Haftstrafen verurteilt. Biggs wurde zu 30 Jahren verurteilt, aber nach 15 Monaten gelang ihm die

Flucht aus dem Hochsicherheitsgefängnis Wandsworth, indem er mit einer Leiter über die Befestigungsmauer stieg. Eine weltweite Verfolgungsjagd – Biggs hielt sich zuerst in Australien auf und setzte sich 1970 nach Brasilien ab – setzte ein. Der Mythos Ronnie Biggs war geboren.

Da Brasilien damals kein Auslieferungsabkommen mit Großbritannien hatte, konnte sich Biggs sicher fühlen. Als wollte er der Polizei in seiner alten Heimat eine Nase drehen, ließ er sich für mehrere Illustrierte am Strand von Rio fotografieren (gerne mit Prominenten), gab fröhlich Interviews und nahm Platten mit den Sex Pistols (»No One Is Innocent«) und den Toten Hosen (»Carnival in Rio«) auf. Den Medien erklärte er: »Nicht nur bereue ich nicht, was ich getan

habe. Ich bin sogar stolz darauf, dass ich eine Rolle in dem größten Verbrechen des Jahrhunderts hatte.«

Nachdem sein Anteil der Beute längst aufgebraucht und seine Gesundheit nach mehreren Schlaganfällen ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen war, kehrte er 2001 nach Großbritannien zurück. Die »Sun« zelebrierte die Reise wie die Rückkehr eines Königs. Dennoch musste er wieder hinter Gitter. Ohne seine jahrzehntelange Flucht wäre er zu der Zeit bei guter Führung längst frei gewesen. So allerdings kam er erst 2009 durch eine Amnestie des damaligen Innenministers Jack Straw nach massivem öffentlichem Druck frei.

Von Resozialisierung blieb Biggs freilich unbeschadet: Er zeigte sich mit dem charakteristischen Victory-

Zeichen und völlig reuelos. Für neue Straftaten war er aber wohl schon zu alt und zu krank. Die letzten Jahre verbrachte er in einem Pflegeheim, zuletzt konnte er nur mehr mit Zeichen oder Schrift mit seiner Umwelt kommunizieren. Zuletzt wurde er im März 2013 auf dem Begräbnis seines Mittäters Bruce Reynolds in der Öffentlichkeit gesehen.

Biggs war das letzte lebende Mitglied der Bande von 1963. Ihr Überfall gilt vielen heute beinahe als »Gentleman-Verbrechen« in Tradition eines Robin Hood. Nichts könnte fern von der Wahrheit sein. Der Zugführer des Postzugs erlitt schwere Verletzungen, von denen er sich nie mehr erholte. Seine Witwe sagte gestern: »Biggs war kein Held. Er war ein vollkommener Bösewicht.«

Rundbrot, Stroh und Lichterketten

Weihnachten hat es in Bulgarien nicht leicht, das anrührende Brauchtum wird nur noch in entlegenen Dörfern gepflegt

Im Wandel der Zeiten wandelte sich in Bulgarien auch die Art und Weise, das Weihnachtsfest zu begehen. Westliche Supermarktketten drängen immer früher in das Weihnachtsgeschäft.

Von Thomas Frahm, Sofia

Leicht hatte es Weihnachten nie in Bulgarien, und das nicht nur wegen der im Westen »üblichen Verdächtigen«, den Kommunisten. Die haben sich die Tatsache zunutze gemacht, dass der Weihnachtsmann bekanntlich einen roten Rock trägt. Sie taufen ihn in »Djado Mraz« (Väterchen Frost) um und ließen ihn seine Bescherung zum Jahreswechsel vornehmen. Alle waren zufrieden – die Brauchtumsbedürftigen und die sektseligen Partylöwen.

Doch schon vor den Kommunisten trat Weihnachten im orthodox geprägten ost- und südosteuropäischen

Kulturraum viel stärker hinter das eigentliche christliche Hauptfest, Ostern, zurück – anders als im katholischen Europa. In den blattgoldschimmernden orthodoxen Kirchen herrscht das ganze Jahr Ostern, denn ihre Festlichkeit will jedem Eintretenden sagen: Wer an die Auferstehung Jesu glaubt, der darf sich als erlöst betrachten und muss nicht vor Höllen- und Fegefeuer bangen, wie die Christen des Westens.

Weihnachten, die Feier von Christi Geburt, hat mit seiner in den Evangelien geschilderten Ärmlichkeit nur den Sinn, die Armut des Erdenwaltens an sich zu zeigen. In den traditionellen bulgarischen Bräuchen zu Heiligabend und Weihnachten herrscht überdies das heidnische Element vor, das Beschwören der Wiederkehr des Lichts und der Fruchtbarkeit von Mensch, Tier und Acker im kommenden Jahr.

Am Heiligmorgen wurde der Teig

für das Ritualbrot geknetet, das unbedingt rund sein musste, rund wie die Sonne, und verziert mit Symbolen des Lebens, stilisierten Vögeln, Blättern, Früchten und Ähren.

Dann wurde der Heiligabendstich gedeckt – auf dem Boden der Stube! Dieser wurde mit Stroh ausgelegt, darauf kamen sieben, neun oder elf typische Speisen: gekochte Bohnen, gefüllte Paprikaschoten oder Krautwickel, gekochte und gesüßte Weizenkörner, Kürbisstrudel, Dörrobst, Knoblauch, Honig, Walnüsse – und eben das Ritualbrot. Beim Brechen des Brotes wird an alle gedacht: Erst an die Toten, deretwegen später, wenn alle schlafen gehen, die Speisen auch nicht abgetragen werden, dann an die Familie um den Strohtisch, und ein Stück wird abgeteilt für das Vieh. Wie sehr das alles landwirtschaftlich-naturreligiös ist, sieht man daran, dass während des Mahls auf dem Boden (meist ja gestampfter

Lehmboden) niemand aufstehen darf, und danach nur alle gemeinsam, – so wie im Sommer auf dem Feld das Korn vollzählig »aufwachsen« soll.

Von diesen anrührenden Bräuchen ist heute nur noch in entlegenen Dörfern etwas zu sehen. In den Städten geht es nach dem Krisenjahrzehnt zwischen Mauerfall und Millennium fast genau so zu wie im Westen: Lichterketten über den Haupteinkaufstraßen und – fast zynisch – in den sterilen Filialen amerikanischer Schnellrestaurants, in den Schaufenstern viel Plastikspielzeug in riesigen, knallbunten Kartons für die Kinder, und auf den Tischen der reicheren Bulgaren erinnert das Spanferkel an eine andere große Tradition: die Weihnachtsschlachtung des Hausschweins, mit dessen Speck, Fleisch, Blut und Innereien die ganze Wirtschaft für den Winter versorgt war.

Insgesamt aber bleibt das Fazit: Weihnachten hat es in Bulgarien nicht

leicht. Zwar versuchen die deutschen und österreichischen Supermarktketten, die seit zehn Jahren den bulgarischen Lebensmittelmarkt immer stärker übernehmen, den in Deutschland üblichen Weihnachtsrummel schon ab November zu entfesseln. Und im Park vor dem Nationaltheater Sofia haben die Deutschen listig einen Weihnachtsmarkt aufgebaut, um auch den Advent als Zeit des Stimmungsaufsangs ins bulgarische Festgedächtnis zu prägen; der Weihnachtsbaum ist ebenfalls bekannt. Doch insgesamt hat Bulgarien auf dem Festthermometer noch einige Grad Celsius bis zum deutschen Weihnachtsfieber zurückzuliegen. Zu Nikolaus etwa wird traditionell immer noch Fisch gegessen und kein Schokoladennikolaus. Das Christkind ist unbekannt. Und das bekannteste Weihnachtslied in Bulgarien ist »Stille Nacht, heilige Nacht« Na, hoffentlich!

Wetter in der Region

Heute erwartet uns ein mit Wolken verhangener Himmel, und die Temperaturen klettern auf 6 Grad. Nachmittags kommt von Westen her stellenweise Regen auf. Der Wind weht mäßig aus Süd. In der Nacht geben dichte Wolken kaum den Blick auf die Sterne frei. Die Tiefsttemperaturen betragen 3 Grad.

Biowetter

Bluthochdruck	Belastung	Atemwegsbeschwerden	Belastung
Kreislaufbeschwerden	●●●●●	Herzbeschwerden	●●●●●
Kopfschmerzen	●●●●●	Erkältungsgefahr	●●●●●
Rheumaschmerzen	●●●●●	Konzentration	●●●●●
Schlafstörungen	●●●●●	Migräne	●●●●●
Reaktionszeit	●●●●●		

keine ● gering ●●●●● mittel ●●●●● stark

Aussichten der nächsten Tage

Freitag	Samstag	Sonntag
3 7	2 6	4 8

08:13 Uhr SA 15:53 Uhr SU 18:19 Uhr MA 09:07 Uhr MU

Wind in km/h

min max des 24h-Tages

Nullgradgrenze: 1700 Meter

Q.met www.wetter.net

Bangkok	heiter	29°
Buenos Aires	heiter	32°
Chicago	Nebel	5°
Delhi	sonnig	23°
Dubai	sonnig	26°
Havanna	wolkig	29°
Hongkong	wolkig	16°
Johannesburg	bewölkt	22°
Kairo	sonnig	18°
Kapstadt	sonnig	28°
Las Palmas	wolkig	22°
Los Angeles	wolkig	13°
Mexico City	heiter	22°
Miami	heiter	25°
Moskau	wolkig	-1°
Nairobi	heiter	28°
New York	wolkig	6°
Peking	wolkig	-2°
Rio de Janeiro	bedeckt	29°
San Francisco	heiter	14°
Seoul	wolkig	-1°
Singapur	Gewitter	34°
Sydney	sonnig	32°
Tel Aviv	sonnig	20°
Tokio	Regen	10°
Toronto	bedeckt	4°
Vancouver	bewölkt	4°

			1	5	
		1		7	2
9				6	
4	2	8	9	3	
					3
			1	5	
3					1
7			9		2
6					4

Sudoku

Das Zahlenrätsel muss so vervollständigt werden, dass in jeder waagerechten und jeder senkrechten Zeile sowie in jedem der neun Unterquadrate jede Ziffer von 1 bis 9 nur einmal auftaucht.

Die Lösung

8	2	6	3	1	7	5	9	4
5	4	1	6	8	9	3	7	2
3	9	7	5	2	4	6	8	1
6	5	8	4	9	3	1	2	7
4	1	2	8	7	6	9	5	3
9	7	3	1	5	2	4	6	8
2	3	9	7	4	5	8	1	6
7	8	4	9	6	1	2	3	5
1	6	5	2	3	8	7	4	9